

Sand im Getriebe 127

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts



In Frieden leben!	
Rainer Werning: Poltergeist(er) in Pyeongchang, Südkorea	3
Afrin : <u>German Foreign Policy</u> : Ankaras Krieg - ein Völkerrechtsverbrechen / <u>Attac DE</u>	5
Karin Leukefeld: Was unseren Blick auf den Syrien -Krieg trübt	6
Russland : <u>German Foreign Policy</u> : Auf dem Weg in den Weltkrieg / <u>Jeremy Corbyn</u> : Das Abdriften in eine konflikthafte Kollision verhindern	8
Europa	
Klaus Busch: Wahlen in Italien – Menetekel für die Europäische Union	11
Attac Österreich: Geheime Steuerdeals zwischen Staaten und Konzernen auf Rekordhoch	13
Aktion Arbeitsunrecht gegen Deliveroo , Fr. 13.4.	14
Dietmar Bartsch, Jean-Luc Mélenchon und Sahra Wagenknecht: Erklärung zum 55. Jahrestag des Élysée Vertrages	15
Deutscher Handel mit Europa	16
Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen – Sozialleistungen endlich erhöhen	17
Klima und Arbeit	
Attac Frankreich /Bündnis: Eine Million Arbeitsplätze für das Klima	18
Deutschland: Kohleausstieg 2025	23
Alter Summit gegen SNCF-“Reform“	24
Anti-Atom-Aktionen in Frankreich und Deutschland	25
Anders Handeln	
Kritik an EU-Partnerschaften mit afrikanischen Ländern	28
Bündnis Anders Handeln in Österreich	29
Netzwerk Gerechter Welthandel in Deutschland	30
Junge Normale in Österreich / Friedensaktionen	32

Vorwort

„**Frieden ist nicht alles , aber ohne Frieden ist alles nichts.**“ (Willy Brandt) Und doch erleiden Menschen in vielen Ländern einen Krieg um Einflussphären und wirtschaftliche Macht (Karin Leukefeld über **Syrien**).

„**In Afrin ist die Menschlichkeit und ein Demokratieprojekt, die Gleichberechtigung von Frauen und das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen in Blut getränkt worden**“ (Kurdische Gemeinde Deutschlands) – Attac Deutschland fordert „den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Türkei“. Die Doktrin „America first“ - nicht nur von Trump! - führt zum Krieg (Rainer Werning über Korea).

German Foreign Policy stellt fest: „Schritt für Schritt nähert sich der Westen dem großen Krieg“, denn „mittlerweile genügt ein ungeklärter Mordversuch mit unbewiesenem Russland-Bezug, um im Machtkampf gegen Moskau die nächste Runde der Aggressionen einzuleiten.“ Corbyn widerspricht Theresa May: „Die Labour Party ist selbstverständlich kein Befürworter des Putin-Regimes. Das heißt aber nicht, dass wir uns mit einem »neuen kalten Krieg« aus eskalierenden Rüstungsausgaben, Stellvertreterkonflikten rund um den Globus und einer Politik der an McCarthy erinnernden Intoleranz gegenüber abweichenden Auffassungen abfinden sollten.“

„Friede den Hütten“ (Büchner) ist auch nicht zu verzeichnen: „Die ständige innere Abwertung Deutschlands im Euroraum durch arbeitnehmerfeindliche Arbeitsmarktreformen hat die soziale Spaltung in Deutschland vertieft und den Wohlstand in Europa untergraben. Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa.“ (Erklärung von Dietmar Bartsch, Jean-Luc Mélenchon und Sahra Wagenknecht anlässlich des 55. Jahrestags des Elysee Vertrags). 30 Organisationen fordern „die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind.“ Alter Summit unterstützt die Gewerkschaften und Nutzer/-innen der französischen SNCF in ihrem Widerstand gegen die Macron-“Reform“ und für eine öffentliche Eisenbahn. Arbeitsunrecht ruft zu Aktionen am 13. April gegen Deliveroo.

Das Bündnis „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ - dazu gehört Attac Frankreich - hebt hervor: „Es geht nicht mehr darum, **ob** der ökologische Umbau in Gang gesetzt wird, sondern **wie** und mit welchem Tempo, aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen werden immer noch allzu oft als unvereinbar mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit betrachtet.“

Der Bericht zeigt auf, dass beides gut zu vereinbaren ist und unterstreicht: Eine Zukunft ohne fossile Energieträger („Kohleausstieg 2025“ in Deutschland), aber auch ohne Atomenergie ist möglich und erstrebenswert. Dafür engagieren sich vielfältige Initiativen (Aktionstage vom 11. März bis zum 26. April).

Naoto Kan, Premierminister in Japan zur Zeit der Fukushima-Katastrophe, berichtet: „*Bis zum Störfall in Fukushima hatte ich immer gedacht, dass dank der vorzüglichen Qualität unserer Technologie ein Unfall wie in Tschernobyl bei uns nicht stattfinden könnte. Ich habe dann begriffen, wie ich mich geirrt hatte.*“

In Österreich wurde die Plattform „Anders Handeln“ gegründet, das Netzwerk Gerechter Welthandel gibt es in Deutschland seit dem Sommer 2017. Ein NGO-Bündnis fordert Moratorium für Handelsabkommen und formuliert seine Kritik an EU-Partnerschaften mit afrikanischen Ländern. Attac DE /AT beteiligen sich daran. (mv)

Zusätzliche Dokumente werden wir nach und nach in die Werkstatt für SiG 127 einstellen.



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!) : <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 117: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften **Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.**

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Rainer Werning

Poltergeist(er) in Pyeongchang

(...) Ungeachtet wiederholter Drohungen von US-Präsident Donald Trump, dem Regime in Pjöngjang mit nie dagewesenem „Feuer und Zorn“ den Garaus zu machen und den „Raketenmann“ Kim Jong-Un in den politischen Orkus zu befördern, hielt die Regierung der Volksrepublik an ihrem ambitionierten Nuklearprogramm fest und ließ bis Anfang Dezember mehrere (darunter auch Langstrecken-)Raketen ins All feuern.

Auf diese Weise unterstrich sie, dass man trotz internationaler Sanktionen und Drohgebärden aus Washington den Status einer neunten Atommacht als „effektive Selbstverteidigung“ anstrebt. Nur so sei gemäß dem Kalkül der Machthaber in Pjöngjang gewährleistet, sich angemessen gegen einen von Washington angestrebten gewaltsamen „Regimewechsel“ à la Irak 2003 und Libyen 2011 und nukleare Erpressung zu wappnen.

Neuerliche Nord-Süd-Annäherung

Aller schrillen Kriegsrhetorik zum Trotz läutete der Jahreswechsel dann eine bemerkenswerte Ära der Entspannung ein, die das Potenzial hat, nach 1972, 1991/92 und 2000 den vierten Anlauf einer innerkoreanischen Annäherung zu markieren. Möglich wurde das nicht zuletzt durch den international viel geschmähten nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-Un. Der nämlich hatte – diesmal in hellem Anzug mit passender Krawatte gekleidet – mit seiner Neujahrsansprache die Tür für einen erneuten Nord-Süd-Dialog unerwartet weit aufgestoßen, als er u.a. verkündete, mit eigenen Sportlern an den Olympischen Winterspielen teilzunehmen und als Goodwill-Geste zudem Musiker und Künstler sowie eine politisch hochrangige Delegation in den Süden zu entsenden.

Und siehe da – als das geschah denn auch! Trotz bestehender harscher Sanktionsmaßnahmen entsandte Pjöngjang annähernd 500 eigene Sportler, Cheerleader, Orchestermusiker, Beobachter und Medienvertreter nach Südkorea – darunter auch erstmalig ein Familienmitglied der Kim-Dynastie. So war es denn Kim Yo-Jong, eine Schwester des Machthabers in Pjöngjang, die immense mediale Aufmerksamkeit erheischte und zusammen mit ihrem Gastgeber, Südkoreas Präsident Moon Jae-In, auf der Ehrentribüne während der offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten in Pyeongchang Platz nahm und weitaus mehr beachtet wurde als die un-

weit platzierten Vertreter aus den USA und Japan, Vizepräsident Mike Pence und Ministerpräsident Shinzo Abe.

Begleitet wurde Frau Kim überdies von Nordkoreas nominellem Staatsoberhaupt Kim Yong-Nam, der dem Großvater ihres Bruders, dem Staatsgründer und Staatsoberhaupt Kim Il-Sung, lange Zeit treu gedient hatte. (...)



Nach der Rückkehr des Kim-Tandems in Pjöngjang zeigte sich Kim Jong-Un hocherfreut über das Ergebnis dieser Stippvisite im Süden. Nach Angaben der amtlichen nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA lobte Kim Jong-Un ausdrücklich das „warmherzige Klima der Versöhnung und des Dialogs“ und betonte, dieser müsse unbedingt fortgesetzt werden. Entsprechend hatte er seiner Schwester ein Einladungsschreiben zu einem Pjöngjang-Besuch für Südkoreas Präsidenten mitgegeben. Für Moon Jae-In war dies eine Steilvorlage, um innenpolitisch zu punkten und sich größeren Manövrierspielraum vis-à-vis Washington zu verschaffen. Zwischenzeitlich hat Moon u.a. seinen 51-jährigen Stabschef Im Jong-Seok damit betraut, für die Fortsetzung des jetzigen innerkoreanischen Dialogs zu sorgen und entsprechend das Momentum zu wahren. Eine außergewöhnliche Geste des Präsidenten; Im Jong-Seok war in den 1980er Jahren ein exponierter Studentenführer, der südkoreanischen Sicherheitsbehörden als „pro-nordkoreanisch“ galt und wegen seiner linken Gesinnung eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen musste.

Vormaliger Interessenabgleich zwischen Washington und Pjöngjang – ein notwendiger Rückblick

All das waren und sind bislang hervorragende Entwicklungen, die es doch eigentlich im Sinne der Konfliktdeeskalation auf der Halbinsel allseitig zu unterstützen gilt. Sie stehen auch in der Tradition einer Entspannungspolitik, die viel verheißend

hätte verlaufen können, wären da nicht so häufig und emsig in der Vergangenheit verlogene Apologeten in Erscheinung getreten, um einzig und allein den Interessen eines militärisch-industriellen sowie nationalen Sicherheitskomplexes zu dienen. Zumindest lohnt hier ein kurzer Rückblick auf die Jahrtausendwende. Um zu demonstrieren, wie man schon damals all jene Probleme auf der koreanischen Halbinsel hätte politisch-diplomatisch lösen können, mit denen man – leider – heute noch immer konfrontiert ist.

William J. Perry, von 1994 bis 1997 US-Verteidigungsminister, war als Sonderemissär von US-Präsident Bill Clinton im Rahmen einer intensiven Ostasien-Shuttle-Diplomatie damit betraut worden, gegen Ende der Clinton-Ära Richtlinien künftiger US-amerikanischer Nordkoreapolitik zu entwerfen. In seinem am 12. Oktober 1999 veröffentlichten Report gelangte Perry zu dem Ergebnis, dass entgegen früheren Annahmen in den USA nicht davon auszugehen sei, Nordkorea drohe kurz- bis mittelfristig der Zusammenbruch. Ausdrücklich befürwortete Perry die „Sonnenschein“-beziehungsweise Nordpolitik Kim Dae-Jungs und erreichte immerhin Nordkoreas Verzicht auf weitere Raketentests, woraufhin Washington im Gegenzug Wirtschaftssanktionen lockerte und sich für die Aufstockung von Hilfslieferungen an die Volksrepublik einsetzte. [1]

Der an der Universität Chicago lehrende Historiker und Koreaexperte Bruce Cumings merkte dazu an:

„Die sechsmonatige Arbeit (Perrys und seiner Kollegen – RW) schloss mit der Empfehlung, die Verhandlungen mit Pjöngjang zu intensivieren. Der Neuansatz mündete in ein vorläufiges Abkommen über die nordkoreanischen Raketen, das den Vereinigten Staaten wie der gesamten asiatisch-pazifischen Region große Vorteile brachte. Damals schien Nordkorea bereit, die Produktion, Stationierung und Ausfuhr aller Raketen mit einer Reichweite von über 500 Kilometern einzustellen. In beiden strategischen Fragen – in der Atompolitik und bei den ballistischen Raketen – schien man einer Vereinbarung näher zu kommen.“ [2]

Architekt der erwähnten „Sonnenscheinpolitik“ war Südkoreas früherer **Staatschef Kim Dae-Jung** (1998-2003), der dafür im Dezember 2000 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Am 13. Juni 2000 war eben dieser Kim Dae-Jung zum ersten innerkoreanischen Gipfel seit der Gründung beider Länder im Jahre 1948 von Kim Jong-Il (dem Vater des jetzigen Machthabers Kim Jong-Un) in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang per Handschlag freundschaftlich empfangen worden. Beide Staatschefs unterzeichneten zwei Tage später eine historische „Nord-Süd-Erklärung“, wodurch u.a. Familienzusammenführungen, der Ausbau bilateraler Wirtschaftsbeziehungen sowie regelmäßige Treffen der Verteidigungsminister und schließlich die gemeinsame Teilnahme ihrer Sportteams an den bevorstehenden Olympischen Sommerspielen in Sydney vereinbart wurden. Ein veritabler Durchbruch, der seinerzeit auch seitens der EU und Washingtons ausdrücklich begrüßt wurde. [3]

Die Früchte dieser weitgehenden Avancen und Arrangements schienen im Folgejahr voll aufzugehen. Für Pjöngjang war es zweifellos ein Höhepunkt seiner Außenpolitik und Diplomatie, als Vize-Marschall Jo Myong-Rok (damals die Nummer 2 der nordkoreanischen Nomenklatur) am Morgen des 11. Oktober 2000 im Oval Office des Weißen Hauses von einem gut gelaunten US-Präsidenten Bill Clinton per Handschlag als Gast willkommen geheißen wurde. [4] Kurz darauf, am 23./24. Oktober 2000, weilte im Gegenzug US-Außenministerin Madeleine Albright in Pjöngjang. Es waren dies wahrlich historisch zu nennende Begegnungen; niemals zuvor hatten sich solch hochrangige Vertreter beider Regierungen getroffen! Ja, unmittelbar nach Albright's Stippvisite in Pjöngjang liefen dort die protokollarischen Vorbereitungen auf Hochtouren, um zum Jahreswechsel 2000/2001 Präsident Clinton höchstpersönlich in der Volksrepublik zu empfangen.

Backlash unter Bush

Was also zu Beginn des Jahres 2001 vielversprechend auf einen behutsamen, kontinuierlichen Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel hindeutete, wurde mit dem Amtsantritt George W. Bushs abrupt beiseite geschoben. Selten ist ein Staatsgast, dazu noch ein gerade erst mit dem Friedensnobelpreis geehrtes Staatsoberhaupt, dermaßen brüskiert worden, wie das Anfang März 2001 Kim Dae-Jung widerfuhr. Anlässlich dieses ersten Staatsbesuchs eines asiatischen Regierungschefs beim neuen republikanischen Chef im Weißen Haus nannte Präsident Bush Nordkorea am 7. März 2001 ohne Umschweife einen „Bedrohungsfaktor in Ostasien“, mit dem weitere Gesprä-

che ausgesetzt und erst nach einer kompletten Neubestimmung der US-amerikanischen Asienpolitik wieder aufgenommen würden. [5]

Als Bush überdies den innerkoreanischen Dialog in Zweifel zog und signalisierte, die USA würden dessen Unterstützung einstellen, ließ das den südkoreanischen Staatsgast als naiven Eiferer und seine Entourage wie begossene Pudel dastehen. Noch einen Tag zuvor (am 6. März) hatte der neue Außenminister Colin Powell den noch zuversichtlichen Gästen aus Seoul versichert, sein Land werde die „vielsprechenden Elemente“ der Nordkorea-Politik seines Vorgängers weiterführen und da anknüpfen, wo die Clinton-Administration aufgehört habe. Stattdessen schlug die US-Regierung mit Blick auf Nordkorea eine Tür zu, für deren Öffnung es eines sensiblen und stetigen politisch-diplomatischen Engagements bedurft hatte. Schlimmer noch: Gerade ein Jahr im Amt, brandmarkte der US-Präsident die Volksrepublik nebst Irak und Iran international als Teil (s)einer ominösen „Achse des Bösen“, die es zu zertrümmern galt.

Alles nur „Propagandabluff“ und „Charmeoffensive“?

Kurz bevor sich US-Vizepräsident Mike Pence und Japans Ministerpräsident Shinzo Abe auf den Weg gen Pyeongchang machten, um dort auch an der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele teilzunehmen, hatte Pence während einer Pressekonferenz am 7. Februar in Tokio erklärt, dass die Trump-Regierung bald „die härteste und aggressivste Runde wirtschaftlicher Sanktionen gegen Nordkorea“ einläuten würde, um die Volksrepublik dazu zu zwingen, „total abzurüsten, ihre Nuklearwaffen zu verschrotten sowie ihr ballistisches Raketenprogramm einzufrieren.“ Um dann noch hinzuzufügen, er werde der nordkoreanischen Propaganda nicht erlauben, die Botschaft und Bilder der Olympischen Spiele zu kapern. Ins selbe Horn stieß auch Abe, der Pjöngjang seinerseits vorwarf, die Spiele lediglich als „Charmeoffensive“ zu missbrauchen.

In der koreanischen Öffentlichkeit kamen diese Attacken überwiegend gar nicht gut an. Vor allem Vizepräsident Pence habe sich, so zahlreiche südkoreanische Kommentatoren, als „Spielverderber“ erwiesen und wenig staatsmännische Größe demonstriert, als er anlässlich von Festbanketts vorzeitig aufbrach und es tunlichst vermied, die nordkoreanischen Staatsgäste wenigstens mit einem kurzen Handschlag zu begrüßen. Ein schlechter Stil

eines so hochrangigen Vertreters der selbsterklärten „Schutzmacht“ Südkoreas, hieß es denn auch in einem Kommentar in einer der beiden großen englischsprachigen Tageszeitungen des Landes. [6] Was den Gründer und Präsidenten der US-amerikanischen *Future of Freedom Foundation*, Jacob G. Hornberger, dazu verleitete, zwei Tage vor Beginn der offiziellen Eröffnung der Olympischen Winterspiele in seinem Blog sec anzumerken: „Das Beste, was dem amerikanischen Volk und der Bevölkerung in Korea, sowohl im Norden als auch im Süden, passieren könnte, bestünde darin, dass hochrangige US-Politiker, einschließlich (Vizepräsident Mike – RW) Pence, während der Winterspiele zuhause blieben, die in Südkorea stationierten (annähernd 30.000 GIs zählenden – RW) US-Truppen nach Hause holten und sie ausmusterten. Es ist der US-Interventionismus in Korea, der die eigentliche Ursache der Probleme im dortigen Teil der Welt bildet.“ [7]

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler & Publizist mit den Schwerpunkten Ost- und Südostasien, befasst sich seit Ende der 1960er Jahre intensiv mit den Regionen. Er ist u.a. Koautor des in diesen Tagen in der *Edition Berolina* (Berlin) erscheinenden Buches „*Brennpunkt Nordkorea*“.

[<1] „Review of United States Policy Toward North Korea: Findings and Recommendations“. Unclassified Report by Dr. William J. Perry, U.S. North Korea Policy Coordinator and Special Advisor to the President and the Secretary of State, Washington, DC, October 12, 1999, 11 S.

[<2] Bruce Cumings: „Kehrtwende in den USA: Washingtons Spannungspolitik in Ostasien“, in: *Le Monde diplomatique* (dtsh. Ausg.), Berlin/Zürich: Mai 2001, S. 5.

[<3] „Unterstützung von allen Seiten für Kim Dae-jung“ in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 21. Oktober 2000. – Siehe auch: Hanns W. Maull & Dirk Nabers (Hg.): „Multilateralismus in Ostasien-Pazifik: Probleme und Herausforderungen im neuen Jahrhundert“, Hamburg: Institut für Asienkunde, 2001

[<4] Mike Chinoy: „Meltdown: The Inside Story of the North Korean Nuclear Crisis“, New York: St. Martin's Press, 2009

[<5] Brian Knowlton: „Bush Tells Korean He Distrusts North“ in: *International Herald Tribune* (Washington/Paris) v. 8. März 2001

[<6] Lyman McLallen: „Pence could have done better“, in: *The Korea Times* (Seoul) v. 10. Februar 2018

[<7] Jacob G. Hornberger: „[Hating the North Korean Reds](#)“, 7. Februar 2018

Aus <http://www.nachdenkseiten.de/?p=42483#more-42483>

Von der SiG-Redaktion leicht gekürzt

S. auch: *Nachdenkseiten*, [Kims klare Kante](#),

German Foreign Policy

Ankaras Krieg - ein Völkerrechtsverbrechen

Der Angriffskrieg des NATO-Partners Türkei, ein gravierendes Völkerrechtsverbrechen, belastet auch die Bundesregierung. Selbst wenn Ankara sich zur Legitimierung seiner Operationen auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta berufe, habe es doch zu berücksichtigen, dass dieses "den Prinzipien der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit" unterliege, heißt es in einem vor zwei Wochen fertiggestellten [Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags](#). "Umfang, Ziele und Dauer des militärischen Vorgehens der Türkei in Nordsyrien" erweckten zumindest "Zweifel an der Verhältnismäßigkeit" der Operationen, urteilen die Parlamentsjuristen. Vor allem "das militärische Verfolgen" geostrategischer Ziele gehe "über ein strikt am Gedanken der Selbstverteidigung ausgerichteter militärisches Handeln hinaus". Ganz abgesehen davon bleibe Ankara auch den unabdingbar erforderlichen

"konkreten Beweis für das Vorliegen eines das Selbstverteidigungsrecht auslösenden 'bewaffneten Angriffs' schuldig", heißt es weiter. Der NATO und ihren Mitgliedern "obliege" es daher eigentlich, die Türkei "z.B. im Rahmen von NATO-Konsultationen nach Art. 4 NATO-Vertrag aufzufordern, triftige Beweise für das Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Art. 51 VN-Charta beizubringen" und vor allem "von einer Weiterverfolgung der militärstrategischen Ziele in Nordsyrien Abstand zu nehmen". Die Bundesregierung hat freilich nichts dergleichen unternommen.

Mit deutschen Panzern

Dabei weitet die Bundesregierung zur Zeit ihre Kooperation mit Ankara sogar noch aus - selbst auf dem Feld der Rüstung. Obwohl die türkischen Streitkräfte weiterhin deutsche Leopard 2-Panzer für ihren Angriffskrieg gegen Syrien nutzen - auch der Einsatz der Kampfpanzer in

Afrin ist belegt -, genehmigt Berlin unvermindert die Lieferung von Rüstungsgütern in die Türkei. Demnach wurden allein in den ersten fünfeneinhalb Wochen nach dem türkischen Überfall vom 20. Januar 20 Exportgenehmigungen für Militärgerät im Wert von 4,4 Millionen Euro erteilt - deutlich mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (1) Dabei hatte der damalige Außenminister Sigmar Gabriel am 16. Februar behauptet, man liefere derzeit "keinerlei Rüstungsgüter": Das sei wegen des türkischen Angriffskriegs gegen Syrien "in Deutschland verboten". Bereits in den drei Wochen vor dem Überfall hatte Berlin 14 Genehmigungen für Exporte in einem Wert von 5,3 Millionen Euro erteilt.

(1) Millionenschwere Rüstungsexporte in die Türkei trotz Syrien-Kriegs. handelsblatt.com 15.03.2018

[Vollständiger Text](#)

Koordinierungskreis von Attac Deutschland

Bundesregierung muss sich gegen Überfall auf Afrin einsetzen

26.02.2018 - Seit dem 20. Januar 2018 greift das türkische Militär das Gebiet Afrin in Rojava/ Nordsyrien an, das in der Mehrheit von Kurd_innen und von Geflüchteten aus anderen Teilen Syriens bewohnt wird. Syrien braucht Frieden und Demokratie. Mit ihren Angriffen eskaliert die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdogan den Krieg in Syrien. Attac Deutschland **verurteilt den türkischen Überfall** auf syrisches Gebiet als klaren Völkerrechtsbruch und fordert den sofortigen Rückzug der türkischen Armee und ihrer Verbündeten. *Wir fordern die Bundesregierung auf, klar und unmissverständlich diesen Krieg zu verurteilen, jegliche Beihilfe über NATO-Strukturen einzustellen und sich in UNO, EU und NATO für die Beendigung des Überfalls einzusetzen.* (...) Humanitäre Hilfe für die Region Afrin, insbesondere für Verwundete und

Geflüchtete, ist dringend erforderlich. Der NATO-Partner Türkei und seine Verbündeten setzen bei diesen Angriffen auch **deutsche Leopard-II-Panzer** ein. Trotz aller Ankündigungen, Waffenlieferungen zu reduzieren, hat die Große Koalition (2013 bis 2017) die Rüstungsexporte gegenüber der schwarz-gelben Vorgängerregierung um 21 Prozent gesteigert. Medienberichten zufolge hat Außenminister Sigmar Gabriel sein Ministerium angewiesen, die Lieferung weiterer Leopard-II-Panzer wohlwollend zu prüfen. *Wir fordern den sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Türkei. Wir fordern den Stopp aller Pläne, türkische Panzer durch die Firma Rheinmetall nachzurüsten.*

In der Türkei selbst werden alle Menschen, die sich gegen diesen Krieg und für Frieden aussprechen, als Terrorist_innen und Vaterlandsverräter_innen ver-

folgt. Bisher sind seit Beginn der Angriffe mehr als 600 Menschen in der Türkei **verhaftet** worden, weil sie sich öffentlich oder auf sozialen Medien gegen den Angriffskrieg auf Afrin ausgesprochen haben. Die türkische Regierung verschärft damit ihre **Repressionen** gegen Andersdenkende, durch die in den letzten Jahren zehntausende Bedienstete aus dem Staatsdienst entlassen wurden und hunderte Journalist_innen und demokratische Politiker_innen inhaftiert worden sind. *Wir fordern die Freilassung aller politisch Inhaftierten und die Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei.*

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rufen wir dazu auf, gemeinsam für Frieden in Afrin auf die Straße zu gehen und gegen die türkische Aggression zu protestieren. (...)

[Vollständiger Text](#)

Norman Paech „Krieg gegen Afrin – Am großen Tisch des Syrien-Pokers“, [SiG 126](#)

Kurdische Gemeinde Deutschlands „In Afrin ist Europa Gefallen“ - Aus dem Appell an die deutsche Öffentlichkeit ([Text](#)) : „ Die EU-Hilfen, die die Türkei im Rahmen des sogenannten „Flüchtlingsabkommens“ erhält (die aktuelle Marge beträgt 3 Milliarden Euro), sind ein Blutgeld. Erdogan produziert derzeit die Flüchtlinge selbst, für deren „Abhalten“ er sich von der EU bezahlen lässt. Das ist das „Geschäftsmodell“ eines Verbrechers. (...) In Afrin ist die Menschlichkeit und ein Demokratieprojekt, die Gleichberechtigung von Frauen und das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen in Blut getränkt worden. In Afrin ist Europa gefallen.“

Internet-Seiten [ANFNews](#) ; Dossier über Afrin : [Friedensratschlag](#) ; [Die NATO und der Dschihad](#), von Nick Brauns

Was unseren Blick auf den Syrien-Krieg trübt

„Statt die politische Macht zu kontrollieren, statt Unrecht, Lüge und Heuchelei aufzuzeigen, begleiten die Medien wie Kriegstrommler die neuen Beutezüge der westlichen Welt“, meint Karin Leukefeld.

Auszüge eines ungehaltenen [Impulsreferats](#) für die Tagung „[Krieg und Frieden in den Medien](#)“ am 27. Januar 2018 in Kassel.

Unser Blick auf Syrien ist nicht nur getrübt, weil bestimmte Gruppen – Kurden, syrische Opposition, Militärs, Regierungen – gern ihre Sicht der Dinge verbreiten und Medien und Öffentlichkeit entsprechend bedienen. Auch **Redaktionen**, die Korrespondenten eigentlich den Rücken stärken sollten, greifen ein, maßregeln, verändern Texte und Bilder oder lassen einfach weg, schneiden raus, ergänzen mit Agenturmeldungen.

(...) Stellungnahmen, Berichte von „Bürgerjournalisten“, Aussagen von „Aktivisten“ werden verbreitet – die sich schon mal als falsch herausstellen können, wie in dem Fall des „lesbischen Mädchens aus Damaskus“, dessen Tagebuchaufzeichnungen es bis in die BBC schafften. Als die junge Frau angeblich entführt wurde in Damaskus, wandte sich sogar der damalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung an die syrische Regierung, umgehend für die Freilassung der Frau zu sorgen. Tatsächlich handelte es sich bei der Person um die Erfindung eines US-Studenten in Schottland, der sich einen Spaß erlaubt hatte.

Wir hören nicht von den vielen Freiwilligen des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes, von **Versöhnungskomitees**, aus der Gesellschaft, die sich für Verletzte, Vertriebene, Entführte einsetzt. Stattdessen gibt es Schlagzeilen über die selbstlosen „**Weißhelme**“, die Menschen aus Trümmern bergen. Denen sogar ein Film und viele Preise gewidmet wurden. Aber die gleichen Medien zeigen nicht die Bilder, auf denen manche dieser „Weißhelme“ Fahnen der Al Qaida und/oder Gewehre schwenken. Die breitbeinig über Leichen auf Lastwagen stehen und das Siegeszeichen in die Kamera machen. Die gerade Hingerichtete in Plastiksäcke packen und abtransportieren. Kaum jemandem ist bekannt, dass die „Weißhelme“ keine traditionelle syrische Hilfsorganisation ist, sondern erst 2014 von einem ehemaligen britischen Elitesoldaten gegründet wurden. Westliche Staaten – Großbritannien, Frankreich, USA, Türkei und Deutschland – unterstützen die Gruppe großzügig finanziell. Allein die Bundesregierung unterstützt die „Weißhelme“ aus dem Fonds des Auswärtigen Amtes bisher mit sieben Millionen Euro.

Unser Blick ist getrübt von Leid, Flucht, Tod und von Trümmern, Trümmern und noch mehr **Trümmern**. Syrien, ein Land in Trümmern?

Ja, es ist richtig, wer Syrien aus dem Jahr 2010 und 2011 kennt, wird es heute nur schwer wieder erkennen. Die Zerstörungen sind immens und doch gibt es weite Teile

des Landes, die unversehrt geblieben sind. Gegenden, wo 6 Millionen Inlandsvertriebene klaglos aufgenommen wurden, wo die Schulen in zwei Schichten arbeiten und die Universitäten überfüllt sind. Es gibt Syrien und es gibt Millionen Syrer, die sich helfen, die hoffen, dass der Krieg und die Sanktionen endlich ein Ende haben werden. Unser trüber Blick sieht das nicht – oder soll es nicht sehen.

Unser Blick ist getrübt, weil die Medien über die **Wirtschaftssanktionen** und deren Auswirkungen auf den Alltag der Bevölkerung nicht berichten. Eine Studie von ESCWA – der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien mit Sitz in Beirut – über die „*Humanitären Folgen der einseitigen ökonomischen Strafmaßnahmen gegen Syrien*“ (Mai 2016) stellte fest, dass es sich bei den von der EU und den USA seit 2011 gegen Syrien verhängten Sanktionen um die schärfsten Sanktionen handelt, die jemals (!) seit Gründung der UNO gegen ein Land verhängt wurden. Deren Folgen, so die Autoren, betreffen jeden Syrer. Und Deutschland hat die Verschärfung der Sanktionen durch das Auswärtige Amt immer besonders vorangetrieben.

Unser Blick ist getrübt, weil es für den Krieg in Syrien eine bestimmte **Sprache** gibt: Es wird von einem „Bürgerkrieg“ gesprochen, von einem „Machthaber“ oder „Diktator, der sein Volk umbringt“.

Da gibt es eine „syrische Opposition“ und es gibt „die wichtigste syrische Oppositionsgruppe“, die nach Genf zu Gesprächen eingeladen wird.

Es gibt „ein Regime“ und es gibt „Assads Armee“, die Giftgas einsetzt.

Es gibt „Rebellen“ und „moderate Rebellen“ und es gibt eine „Freie Syrische Armee“, deren Bewaffnung in hiesigen Medien nicht nur von syrischen Oppositionellen, sondern auch von Journalisten gefordert wurde. Ein Kommandeur dieser „Freien Syrischen Armee“ wurde sogar ins Europaparlament nach Brüssel eingeladen, wo er vor den Abgeordneten in Uniform auftrat und – natürlich – auch mehr Waffen forderte.

Oft wurde ich von Redakteuren und bei Veranstaltungen ermahnt, nicht von „Präsident“ Assad oder von der „Regierung“ zu sprechen, es handele sich um einen „Diktator“, „Machthaber“ und um ein „Regime“. Die syrische Armee habe sich aufgelöst, es gäbe nur noch Milizen, die sich „Assads Armee“ nennen würden.

In Syrien wurde ich darauf angesprochen. Mehr als einmal wurde ich als ausländische Korrespondentin von Armeemitgliedern –

ungefragt – darauf hingewiesen: „*Wir sind Angehörige der syrischen Armee, wir kämpfen nicht für einen Mann, wir kämpfen für Syrien. Herr Bashar al Assad ist unser Präsident.*“

Und kurz vor Palmyra – das von der syrischen Armee mit ihren Verbündeten zwei Mal zurückerobert wurde, hängt über der Straße ein großes Transparent auf dem sinngemäß steht: „*Ja, wir können das. Weil Jesus und Mohammed, die Propheten gemeinsam für uns gebetet haben. Wir sind nicht ‚Assads Armee‘. Wir sind die Armee aller Syrer, Christen, Muslime und anderer.*“

Haben Sie von dem früheren Außenminister Katars Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani gehört, der im Oktober vergangenen Jahres im katarischen Fernsehen offen darüber sprach, wie die **Waffen** zu den Kämpfern nach Syrien kamen und wer das organisierte? Man habe die Waffen an die „moderate“ Opposition geschickt, sagte er, doch viele Waffen seien in die Hände der Nusra-Front, der Al Qaida gelangt. Die Waffenlieferungen seien mit Saudi Arabien, Türkei und den USA koordiniert worden: „*Alles (was nach Syrien geschickt wurde) ging über die Türkei und wurde mit den USA koordiniert. Die Verteilung von allem lief über US-Militärs.*“

Lassen Sie mich dazu Moktar Lamani zitieren. Er war Stellvertreter des UN-Sondervermittlers für Syrien Lakdhar Brahimi und ich hatte 2013 in Damaskus die Gelegenheit, ihn zu befragen.

„*Die Medien sprechen ja immer über die ‚Freie Syrische Armee‘ und die Opposition. Wenn man genau ist, muss man von ‚Armeen‘ und von ‚Oppositionsgruppen‘ sprechen.*“

„*Eine ‚Brigade‘ kann nicht militärisch definiert werden. Es können fünf oder auch 5000 Leute sein. Wir haben mehr als 2.000 verschiedene Gruppen ausgemacht. Es gibt Nationalisten, die Demokratie wollen. Es gibt Extremisten, die ein Programm haben, das mit Syrien nichts zu tun hat. Es gibt Kriminelle, die die Situation ausnutzen, um ein Museum zu plündern oder Leute zu entführen und dann Geld erpressen. Und natürlich gibt es auf der Seite der Regierung Hardliner und Leute, die einlenken.*“

„*Das ist normal. Tatsache ist, dass sie nicht miteinander reden, außer mit Waffen. Sie hören sich nicht zu. Es wäre wichtig, innerhalb des Landes einen Konsens herzustellen und die Syrer gegen den Einfluss von außen zu immunisieren. International muss ‚Genf II‘ unterstützt werden, sonst gibt es Chaos. Und zwar nicht wie in Somalia,*“

sondern viel schlimmer. Denn die Auswirkungen werden regional sein.“

Niemand hat auf den Mann gehört, er quittierte 2014 seinen Dienst.

Unser Blick ist getrübt von den vielen **Hilfsangeboten**, den Milliardensummen, die die Bundesregierung gibt, um den Opfern des „Assad-Krieges“ zu helfen. Doch wohin fließt das Geld?

Die Bundesregierung gibt Geld an UN-Organisationen und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die gemäß dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind, allen Syrern und überall zu helfen. Diese Organisationen koordinieren ihre Arbeit mit der syrischen Regierung, wie es das humanitäre Völkerrecht, dem sie verpflichtet sind, vorschreibt.

Weit mehr Geld aber fließt in die Nachbarländer Irak, Türkei, Libanon und Jordanien in Flüchtlingslager, wo die Menschen gar nicht leben wollen. Anstatt sich für ein Ende des Krieges und die Rückkehr der Menschen in ihre Heimat einzusetzen, werden Projekte in den Flüchtlingslagern finanziert, die nicht nur Mitarbeiter deutscher NGOs in Lohn und Brot bringen, sondern die dafür sorgen, dass die Flüchtlinge bleiben, weil ihnen eine entsprechende Unterstützung in ihrer Heimat Syrien nicht angeboten wird.

Private Hilfsorganisationen – übrigens auch mit Geld aus staatlichen Hilfsfonds ausgestattet – helfen Oppositionellen in Syrien und auch die Bundesregierung hilft der syrischen Opposition und zwar nur und ausschließlich der Opposition. Zum Beispiel bei der Ausbildung für das „humanitäre Minenräumen“ in Manbij oder Rakka oder beim Aufbau einer „Freien Syrischen Polizei“ in Idlib. Auch die eben genannte Unterstützung der „Weißhelme“ gehört dazu. Wie und durch wen diese Hilfe in den von bewaffneten Gruppen kontrollierten Gebieten umgesetzt wird, darüber schweigt die Bundesregierung sich aus.

Eines allerdings haben verschiedene Außenminister – US-amerikanische, deutsche und französische – in den letzten Jahren immer wieder gesagt:

„Es gibt keine Zukunft für Assad in Syrien“. Und: „Wiederaufbau in Syrien wird erst finanziert, wenn der politische Übergangsprozess ohne Assad begonnen hat“. Humanitäre Hilfe wird politisch instrumentalisiert. Dazu noch einmal Moktar Lamani im Jahr 2013:

„Wenn versucht wird, humanitäre Hilfe zu politisieren, ist das ein Problem. Es gibt sogar den Versuch, die Arbeit der UN-Organisationen zu politisieren. Wir lehnen das ab. Ich persönlich finde es zynisch, wenn das Leid der Menschen für politische Zwecke benutzt wird. Viele Gruppen haben mich angesprochen, weil sie Unterstützung für die Einrichtung einer Hilfsorganisation haben wollten. Ich habe sie gefragt, warum

sie das als politische Partei wollten? Um Stimmen zu fangen? Wer vertritt die schweigende Mehrheit in diesem Land? Mehr als 157 Parteien und Gruppen sind zu uns gekommen, dazu kommen noch die Kurden mit ihren 35 verschiedenen Gruppen. Jeder hat erklärt, 70 Prozent der Bevölkerung zu vertreten. Wie viele 70 Prozent passen eigentlich in 100 Prozent! Alle geben an, die Mehrheit zu vertreten.“

Das wäre in der Berichterstattung zu Syrien zu vermitteln, zu hinterfragen. Doch es geschieht nicht oder kaum.

Unser Blick auf Syrien ist nicht zuletzt dadurch getrübt, dass in den öffentlich-rechtlichen und anderen **Medien** Korrespondentenstellen gestrichen werden.

Die ARD schloss beispielsweise ihr Korrespondentenbüro in Amman im März 2013 just zu dem Zeitpunkt, als der Krieg in Syrien eskalierte und Jordanien zu einer militärischen Drehscheibe für die Bewaffnung von Kampfverbänden in Syrien wurde. Stattdessen werden Agenturmeldungen übernommen, was dazu führt, dass die Meldungen nahezu gleichlautend in vielen Medien zu finden sind. Dass man sie überall lesen und hören kann, macht sie nicht unbedingt richtiger. Ich habe häufig Agenturmeldungen überprüft, die nicht nur aufgrund der Auswahl eines Themas und der angebotenen Einschätzung einseitig waren, sondern auch oft fehlerhaft und von Unkenntnis der lokalen Gegebenheiten oder der involvierten Akteure geprägt. Redaktionen und Vorstände maßregeln zudem die Korrespondenten und machen ihnen Vorgaben, was sie wie zu berichten haben. Auch das trübt den Blick der Öffentlichkeit. Folgendes Beispiel möchte ich schildern.

Ein arabischer BBC-Reporter wurde bedroht, als er (Januar 2012) berichtete, dass der französische Kollege Gilles Jacquier (France 2) bei einem Mörsergranatenbeschuss von bewaffneten Oppositionellen in Homs getötet worden war. Der Tod von Jacquier wurde umgehend politisch instrumentalisiert. Die französische Regierung und die US-Administration machten die syrische Regierung und den syrischen Präsidenten persönlich dafür verantwortlich, denn es sei deren Verantwortung, die „Sicherheit internationaler Journalisten in ihrem Staatsgebiet zu gewährleisten“, so der damalige französische Außenminister Alain Juppé. Die Sprecherin des US-Außenministeriums Victoria Nuland erklärte: „Präsident Assad (...) geht weiter gewaltsam gegen sein eigenes Volk vor, anstatt für ein Klima zu sorgen, in dem Journalisten arbeiten und friedliche Proteste stattfinden können.“

Die BBC entschuldigte sich und zog ihren Reporter ab. Ein halbes Jahr später bestätigte eine offizielle Untersuchung in Frankreich, dass tatsächlich die bewaffnete Opposition (aus Baba Amr) für den Tod von Gil-

les Jacquier und acht weiteren Menschen verantwortlich war. Diese Meldung fand kaum Aufmerksamkeit.

Unser Blick auf Syrien ist zudem getrübt, weil kaum jemand das Land und die Gesellschaft dort vor dem Krieg gekannt hat. Diejenigen, die dort Jahrzehntlang gearbeitet haben, sind bis auf wenige Ausnahmen verstummt. Und sie werden nicht gefragt.

Stattdessen geht es jetzt um die „Stunde null“, wie eine Studie der Brandenburgischen Technischen Universität heißt, in der eine digitale Karte der Altstadt von Aleppo entworfen wurde. „The Day After“ heißt eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, wo ein Szenario für Syrien nach dem Sturz von Präsident Assad und seinem „Regime“ – wie es heißt – entworfen wird.

„Die Fragmentierung Syriens“ heißt eine andere SWP-Studie, die den Zerfall des Landes entlang von ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten beschreibt und einer Studie des Brookings Institute in den USA ähnelt.

Der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) bietet Stipendien für Programme mit dem Titel „Leadership for Syria“ an, „Führung in Syrien“. Journalisten, Künstler, Schriftsteller und Kulturschaffende, die Syrien verlassen haben, finden ein breites Netz von Unterstützern – über Künstler, Theaterschaffende in Syrien selbst wird immer weniger berichtet.

Doch warum ist das so, warum wird unser Blick auf Syrien getrübt? Weil es nicht um Syrien und um die Syrer, sondern weil es um **geostrategische** Interessen geht. In unseren Gedanken, in unserer Vorstellung soll Syrien zerfallen und ein neues Syrien geschaffen werden. Nicht, wie es den Syrern, sondern wie es anderen gefällt. Es geht um die systematische Zerstörung eines intakten und friedlichen Landes im Mittleren Osten, das 2011 wirtschaftlich und politisch den Ausgleich mit seinen Nachbarn suchte, die Kooperation mit Europa und alles für eine gute Bildung und Ausbildung seiner Jugend tat.

Das deutsche militärische und zivile Engagement wie es sich in Syrien und in der Region darstellt, dient nicht dazu, dem Land und seinen Nachbarn dabei zu helfen, inneren und äußeren Frieden wiederherzustellen. Es sichert Flüchtlingslager, es sichert die fortgesetzte Destabilisierung. Es dient der Kontrolle, der Einmischung und Einflussnahme, der Spaltung von Gesellschaften. (...)

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac DE: a) Erklärung zum Syrienkrieg (Januar 2017), SiG123 ; b) „Der Frieden in Syrien kann nur mit Kompromiss erreicht werden“ (Mai 2017), eine Antwort auf „Adopt a Revolution“.
Vieles hier: [AG Globalisierung und Krieg](#)

German Foreign Policy

Auf dem Weg in den Weltkrieg

LONDON/BERLIN/MOSKAU (Eigener Bericht) - Mit Rückendeckung aus Berlin hat Großbritannien am gestrigen Mittwoch 23 russische Diplomaten des Landes verwiesen und noch weitere Maßnahmen gegen Moskau in Aussicht gestellt. Offizieller Anlass ist der Doppelmordversuch von Salisbury; zwei Opfer eines Giftanschlags kämpfen dort weiterhin um ihr Leben.

Zahlreiche Unklarheiten prägen den Fall; dazu zählt, dass bereits 1995 ein Mord mit dem Nervengift Nowitschok begangen wurde - nicht von staatlichen Stellen, sondern im Umfeld des russischen Oligarchenmilieus. Wie Scotland Yard erklärt, ist eine Lösung des Falls nicht in Sicht und kann noch "viele Wochen" dauern. Obwohl belastbare Erkenntnisse nicht vorliegen, hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel ein gemeinsames Vorgehen des Westens gegen Russland gefordert. Tatsächlicher Hintergrund ist, dass Moskau, wie eine deutsche Außenpolitik-Expertin konstatiert, "als Akteur zurück auf der Weltbühne" ist - 2018 sei "das Jahr, in dem sich Russland endgültig als globaler Player etabliert haben wird". Dagegen richtet sich die jüngste westliche Aggression.

Ungereimtheiten

Im Fall der Vergiftung des Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julija in der britischen Stadt Salisbury nehmen die Unklarheiten zur Zeit eher zu als ab. Laut britischen Angaben ist der Mordversuch mit dem Nervengift Nowitschok begangen worden, das einst in der Sowjetunion entwickelt worden ist.

Russland dringt weiterhin darauf, endlich Zugang zu der polizeilichen Untersuchung des Falles bzw. zu dem Gift zu erhalten, um selbst Nachforschungen anstellen zu können. Außenminister Sergej Lawrow begründet dies mit Vorschriften der internationalen Chemiewaffenkonvention, aber auch damit, dass eins der Opfer - Skripals Tochter Julija - Bürgerin Russlands ist.

Moskaus Forderung kann sich auch darauf stützen, dass - westliche - Experten öffentlich über Ungereimtheiten in dem Fall diskutieren; so weist Gwyn Winfield, ein Publizist, der sich unter anderem auf Chemiewaffen spezialisiert hat, darauf hin, dass Symptome, die Skripal laut Berichten zeigte, den gängigen Kenntnissen über die Wirkung von Nowitschok nicht entsprechen. Man müsse demnach womöglich von der Nutzung eines eigentümlichen Giftcocktails ausgehen.[1]

International melden selbst Kommentatoren von Medien, die gewöhnlich ablehnend über die russische Politik berichten, Zweifel daran, dass russische Dienste - zumal

kurz vor den Wahlen und der prestigeträchtigen Fußball-WM - im Ausland ausgerechnet ein Gift einsetzen würden, das sich unweigerlich als Spur nach Moskau interpretieren lässt.

Beobachter weisen nicht zuletzt darauf hin, es sei eine der *"ungeschriebenen Regeln im Spionage-Metier, dass ausgetauschte Agenten wie Skripal Immunität genießen"* [2]; ein Staat, der sich nicht strikt daran halte, beraube sich für die Zukunft der Möglichkeit, inhaftierte Spione per Austausch zurückzuholen [3]. Dies entspreche der bisherigen russischen Politik nicht.

Der erste Nowitschok-Mord

Hinzu kommt, dass die angeblich exklusive Verfügung des russischen Staates über Nowitschok nicht gegeben ist. So berichtet Séamus Martin, einstmalig Russland-Korrespondent der Irish Times, ihm gegenüber habe ein renommierter Fachmann des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) bereits im Herbst 1993 auf die Gefahr hingewiesen, dass in der damaligen Lage - der russische Staat war dem Kollaps nahe - Gifte wie Nowitschok in den Besitz krimineller Banden gelangen könnten. Der SIPRI-Experte habe verlangt, Moskau schnellstmöglich beim Versuch, seine Kontrolle über die Bestände zu sichern, finanziell zu unterstützen.[4] Die Unterstützung blieb aus.

Tatsächlich wurde schon 1995 in Russland ein Mord mit Nowitschok verübt: Ein Banker und seine Sekretärin wurden im Auftrag eines Geschäftspartners mit dem Gift umgebracht. Der Mörder hatte es bei einem Mitarbeiter des Instituts gekauft, das Nowitschok entwickelt hatte.[5] Dies weist ins Milieu russischer Oligarchen, von denen viele, die mit der russischen Regierung im Streit liegen, nach London ausgewandert sind.

Zudem trifft es nicht zu, dass nur Russland Nowitschok produzierte: Im August 1999 begannen US-Experten mit dem Abbau einer Chemiewaffenfabrik in Usbekistan, in der das Gift hergestellt wurde.[6] Abgesehen davon hat Nowitschok-Erfinder Vil Mirzayanov mehrfach darauf hingewiesen, die Chemikalie sei einfach zu produzieren: Man könne sie aus handelsüblichen Düngemitteln und Pestiziden mixen.[7] Mirzayanov floh in den 1990er Jahren in die Vereinigten Staaten und packte dort seine Kenntnisse über Novichok aus.

"Keine Hinweise auf Verdächtige"

Mit Blick auf die zahlreichen Unklarheiten in dem Fall haben die britischen Polizeibehörden eine womöglich lange andauernde Fortsetzung ihrer Untersuchung angekündigt. Es sei "eine mühsame Operation", alle

zu identifizieren, die in Zusammenhang mit dem versuchten Giftmord stehen könnten, äußerte ein Polizeisprecher am Dienstag. Die Untersuchung könne eventuell sogar "viele Wochen dauern"; man wisse noch nicht einmal, auf welche Weise das Gift den Opfern verabreicht worden sei.[8] Gegenwärtig könne man keinerlei Hinweise auf Verdächtige geben.

Ausweisungen und der Bündnisfall

Das hat die britische Regierung nicht daran gehindert, ihre Polizei offen zu brüskieren und sich auf die Täterschaft des russischen Staates festzulegen: Es gebe "keinen anderen Schluss" als den, dass dieser "die Schuld" an dem Mordversuch trage, behauptete Premierministerin Theresa May am gestrigen Mittwoch.[9]

Bereits am Dienstag hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und May gemeinsam erklärt, man müsse jetzt geschlossen gegen Russland vorgehen; Beweise für die angebliche russische Täterschaft vorzulegen hielt auch die Bundesregierung für überflüssig. May hat gestern nun 23 der 58 in Großbritannien akkreditierten russischen Diplomaten aufgefordert, binnen sieben Tagen das Land zu verlassen; die Quote von 40 Prozent gilt als ungewöhnlich hoch.

Hinzu kommen weitere Maßnahmen wie die Ausweitung der Kontrollen russischer Privatflieger und die Einstellung aller hochrangigen bilateralen Beziehungen. Indem May den Mordversuch freihändig als ungesetzliche Gewalthandlung des russischen Staates eingestuft hat, kommt sogar eine Berufung auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, mithin die Ausrufung des "Bündnisfalls", in Betracht.[10]

"Zurück auf der Weltbühne"

Tatsächlicher Auslöser für die von Deutschland und anderen westlichen Staaten im Grundsatz mitgetragene Aggression ist nicht der Mordversuch von Salisbury; wäre er es, hätte London der Aufklärung des Falles Vorrang gegeben.

Hintergrund ist vielmehr der Machtkampf des Westens gegen Russland. Moskau sei *"als Akteur zurück auf der Weltbühne"*, hat vor kurzem mit Blick auf die russischen Aktivitäten in Syrien, Nordafrika, Afghanistan und weiteren Staaten Liana Fix, Programmleiterin Internationale Politik der einflussreichen Hamburger Körber Stiftung, geäußert: *"2018 ist das Jahr, in dem sich Russland endgültig als globaler Player etabliert haben wird."*[11] Dabei trete Moskau *"gegenüber Europa und den USA ... mit neuem Selbstbewusstsein auf"*: Dies sei *"geopolitische Realität"*.

Die westlichen Aggressionen seit 2014 sind der - im Wesentlichen erfolglose - Versuch,

Russland in die Schranken zu weisen. Mittlerweile genügt ein ungeklärter Mordversuch mit unbewiesenem Russland-Bezug, um im Machtkampf gegen Moskau die nächste Runde der Aggressionen einzuleiten. Schritt für Schritt nähert sich der Westen dem großen Krieg.

Innerwestliche Rivalitäten

Dabei wird der globale Machtkampf von innerwestlichen Rivalitäten begleitet. Indem es den NATO-Bündnisfall in den Blick nimmt, strebt London auch eine Führungsrolle unter den NATO-Staaten Europas an. Damit beißt es allerdings in Berlin auf Granit. Tatsächlich wurde in London zunächst diskutiert, nicht nur russische Diplomaten des Landes zu verweisen, sondern auch neue Wirtschaftssanktionen zu verhängen und zur "Vergeltung" womöglich sogar noch einen Cyberangriff auf Russland zu starten; May hat das allerdings unterlassen, vermutlich, "weil eine Ablehnung oft ver-

letzt", wird ein Londoner Außenpolitik-Experte zitiert.[12] Der innerwestliche Machtkampf verkompliziert die eskalierende Lage noch mehr - und erhöht die Kriegsgefahr.

[1] Adam Rawnsley, Tanya Basu: "Sorry I Developed the Weapon" That Poisoned a Russian Spy. thedailybeast.com 14.03.2018.

[2] Marcus Theurer, Reinhard Vesper: Das May-Ultimatum. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.03.2018.

[3], [4] Séamus Martin: Unlikely that Vladimir Putin behind Skripal poisoning. irishtimes.com 14.03.2018.

[5] Todbringend und schwer nachzuweisen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.03.2018.

[6] Louise Hidalgo: US dismantles chemical weapons. news.bbc.co.uk 09.08.1999.

[7] Vil S. Mirzayanov: Dismantling the Soviet/Russian Chemical Weapons Complex: An Insider's View. In: The Henry L. Stimson Center: Chemical Weapons Disarmament in Russia: Problems and Prospects. Report No. 17.

October 1995. S. 21-33.

[8] Salisbury spy probe could take weeks with 'painstaking' inquiry on nerve agent. home.b-t.com 13.03.2018.

[9], [10] Spy poisoning: How is the UK retaliating against Russia? bbc.co.uk 14.03.2018.

[11] Liana Fix: Russland schafft die Rückkehr auf die Weltbühne, verfügt aber über keine strategische Vision. nzz.ch 25.01.2018.

[12] Patrick Wintour: UK sanctions against Russia: what impact will they have? theguardian.com 14.03.2018.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7563/>

Weitere Artikel:

German foreign policy, Immer aggressiver, 19.3.2018

Nachdenkseiten Fragen und Antworten zum Fall Skripal bei der Tagesschau „**Eskalation in die Nowitschok-Falle**“ von Stephan BEST, Martin ZEIS

Jeremy Corbyn nach dem Attentat von Salisbury Das Abdriften in eine konflikthafte Kollision verhindern

Wir (Heft „Sozialismus“) dokumentieren einen Beitrag[1] des Vorsitzenden der Labour Party und Oppositionsführers im britischen Unterhaus, in dem er seine Position zu den Schlussfolgerungen nach dem Attentat von Salisbury aufgreift, die er in der Parlamentsdebatte[2] im Anschluss an die Regierungserklärung von Premierministerin May vorgetragen hat.

Die Debatte war einerseits gekennzeichnet durch die von Regierungsseite und der Tory-Fraktion im Konjunktiv vorgetragenen, noch nicht durch abschließende Untersuchungsergebnisse gestützten Schlussfolgerungen in Richtung außerpolitischer Aktivitäten. Das Argumentationsmuster ruft Erinnerungen wach an die vorbereitenden Phasen des Falklandkriegs (1981), des Kosovokriegs (1999) und vor allem des Irakkriegs (2003).[3] Andererseits war die Debatte bemerkenswert, weil eine Reihe von mit außenpolitischen Funktionen befassten Abgeordneten der Labour-Fraktion im Doppelpass mit der für einen harten Brexit und ein Globales Britannien kämpfenden konservativen Premierministerin versuchte, ihren Fraktions- und Parteivorsitzenden ein weiteres Mal zu desavouieren, indem sie der konservativen Regierung ihre vorbehaltlose Unterstützung zusicherten.

Es kann niemanden in Britannien geben, der oder die nicht empört ist über den schrecklichen Angriff auf Sergej Skripal und seine Tochter Julia in Salisbury Anfang letzter Woche. Der Einsatz eines militärischen Nervengifts auf den Straßen Großbritanniens ist barbarisch und vollkommen unverantwortlich. Dieses schreckliche Ereignis

erfordert vor allem die gründlichste und akribischste strafrechtliche Untersuchung durch unsere Polizei- und Sicherheitsdienste.

Sie erwarten zu Recht die volle Unterstützung für ihre Arbeit, ganz so wie die Öffentlichkeit von den politischen Entscheidungsträgern Besonnenheit und eine angemessene Reaktion erwarten kann. Es dient weder der Gerechtigkeit noch der nationalen Sicherheit, wenn in einer aufgeheizten parlamentarischen Atmosphäre voreilige Schlüsse gezogen werden, bevor die Polizei ihre Untersuchungen abgeschlossen hat.

Theresa May hatte am Montag ganz richtig nur zwei Möglichkeiten für die Quelle des Angriffs in Salisbury benannt in Anbetracht dessen, dass das verwendete Nervengas als originale Substanz russischer Herstellung identifiziert wurde: Entweder war dies ein Verbrechen, das vom russischen Staat verübt wurde, oder dieser Staat hat es zugelassen, dass diese tödlichen Toxine seiner Kontrolle entzogen worden sind, zu deren Ausübung er verpflichtet ist. Wenn letzteres der Fall sein sollte, kann eine Verbindung zu russischen mafiaähnlichen Gruppen, die sich in Großbritannien einen Brückenkopf erkämpfen durften, nicht ausgeschlossen werden.

Auch am Mittwoch hat die Premierministerin in ihrer Regierungserklärung keine der beiden Optionen ausgeschlossen. Welche davon sich letztendlich als richtig erweisen wird, ist Sache der Polizei und der Sicherheitsexperten. Hoffentlich wird der nächste Schritt die Verhaftung der Verantwortlichen sein.

Wie ich bereits am Mittwoch im Parlament sagte, müssen die russischen Behörden auf der Grundlage der Beweise zur Rechenschaft gezogen werden, und unsere Antwort muss sowohl entschlossen als auch verhältnismäßig sein. Aber lassen Sie uns keine Spaltung über Russland herstellen, wo es keine gibt. Die Labour Party ist selbstverständlich kein Befürworter des Putin-Regimes, seines konservativen Autoritarismus, der Missachtung der Menschenrechte oder der politischen und wirtschaftlichen Korruption. Und wir zollen den vielen Menschen in Russland, die für soziale Gerechtigkeit und für Menschenrechte eintreten, auch für die Rechte von Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, unsere volle Anerkennung.

Das heißt aber nicht, dass wir uns mit einem »neuen kalten Krieg« aus eskalierenden Rüstungsausgaben, Stellvertreterkonflikten rund um den Globus und einer Politik der an McCarthy erinnernden Intoleranz gegenüber abweichenden Auffassungen abfinden sollten. Stattdessen muss Großbritannien seine Gesetze und Werte uneingeschränkt aufrechterhalten. Und diese sollten mit einer Außenpolitik verbunden sein, die jede Gelegenheit nutzt, um Spannungen und Konflikte abzubauen, wo immer dies möglich ist.

Die Diplomatie dieser konservativen Regierung lässt das Land im Stich. Die uneingeschränkte Unterstützung für Donald Trump und das Ausrollen des roten Teppichs für einen saudischen Despoten verrät nicht nur unsere Werte, sondern schränkt auch unsere Sicherheit ein.

Unsere Fähigkeiten, mit den Gewalttaten aus Russland fertig zu werden, werden durch die Flutwelle unrechtmäßig erworbener Gelder beeinträchtigt, die russische Oligarchen - sowohl die mit der russischen Regierung alliierten als auch die gegen sie agierenden - in den letzten zwei Jahrzehnten in London gewaschen haben. Wir müssen unterbinden, dass Großbritannien dem russischen Vetternkapitalismus als Trittbrettdient und dass die korrupten Milliardäre London weiterhin als Schutzschirm für ihren Reichtum nutzen.

Deshalb werde ich nicht aufhören zu fordern, dass russisches Geld aus unserem politischen System ausgeschlossen wird. Wir werden diese Regierung solange grüßen, bis sie die von Labour in Anlehnung an das Manitsky-Gesetz des US-Kongress von 2012 vorgeschlagenen Sanktionen [4] gegen jene, die die Menschenrechte verletzen, voll und ganz unterstützen, genauso wie unsere Vorschläge für ein umfassenderes Vorgehen gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Wir sind mit dem Vorgehen der Regierung in Bezug auf russische Diplomaten einverstanden, aber Maßnahmen zur Bekämpfung der Oligarchen und deren Raubgut hätten weitaus größere Auswirkungen auf die russische Elite als Geplänkel gegenseitiger begrenzter Ausweisungen. Wir sind bereit, weitere Sanktionen zu unterstützen, sobald die Untersuchungsergebnisse zum Attentat in Salisbury vorliegen.

Aber wenn wir unsere Verbündeten hinter den notwendigen Maßnahmen vereinen wollen, müssen wir die bestehenden internationalen Verträge und Verfahren für den Umgang mit chemischen Waffen voll ausschöpfen. Das heißt Einbezug und Kooperation mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), um die Bedrohung durch diese schrecklichen Waffen zu verringern, einschließlich – wenn erforderlich – einer Untersuchung durch Inspektoren dieser Organisation, wo chemische Waffen aus der Sowjetzeit verblieben sind.

Es kann und sollte eine Grundlage für eine gemeinsame politische Antwort auf dieses Verbrechen geben. Aber während meiner langen Zeit als Abgeordneter habe ich bei internationalen Krisen immer wieder gesehen, dass klares Denken durch Emotionen und überstürzte Urteile ersetzt worden ist. Fehlerhafte Aufklärung und zwielichtige Dossiers führten zur Katastrophe der **Irak-Invasion**. Es gab eine überwältigende überparteiliche Unterstützung für den Angriff auf **Libyen**, aber er erwies sich als falsch. Auf die universale Abneigung gegen die Anschläge vom 11. September 2001 folgte ein Krieg gegen **Afghanistan**, der bis heute andauert, während sich der Terrorismus auf der ganzen Welt ausgebreitet hat.

Die anhaltenden Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des faktischen Zusammenbruchs des russischen Staates in den 1990er Jahren müssen durch internationales Recht und Diplomatie bekämpft wer-

den, wenn wir das Abdriften in eine konflikthafte Kollision zurückbiegen wollen. Für den Augenblick müssen die Täter des Attentats in Salisbury identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden. Nur durch entschlossenes multilaterales Handeln können wir sicherstellen, dass ein solch schockierendes Verbrechen nie wieder möglich sein wird.

[1] Jeremy Corbyn: [The Salisbury attack was appalling. But we must avoid a drift to conflict](#). In: The Guardian, 16.3.2018. Übersetzung: Hinrich Kuhls.

[2] [Salisbury Incident: Further Update](#), 14 March 2018. Hansard Online.

[3] vgl. hierzu: Otto König/Richard Detje: [Schuldspruch ohne Konsequenz](#). Der Chilcot-Bericht zum Irakkrieg 2003. Sozialismus Online, 25.7.2016.

[4] Am 21. Februar 2017 verabschiedete das britische Unterhaus einstimmig die Criminal Finance Bill. Das Gesetz enthält Bestimmungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, zur Rückforderung von Erträgen aus Straftaten und zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Außerdem sieht es die Ahndung von solchen Verstößen vor, bei denen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen finanziell profitiert oder materielle Unterstützung bezogen wurden. Vgl. Criminal Finances Bill: [Briefing for Lords Stages](#), 3.3.2017.

[Sozialismus online, März 2018](#)

Deutsche Bank, Commerzbank, Allianz: Don't Bank on the Bomb!



Wie die kürzlich veröffentlichte Studie ["Don't Bank on the Bomb"](#) zeigte, wird das weltweite nukleare Wettrüsten auch von deutschen Kreditinstituten finanziert. Die Kampagne ["Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt"](#) hat deshalb die folgende Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, damit **Deutsche Bank, Commerzbank und Allianz** ihre Investitionen in Hersteller von Atomwaffen beenden.

Petition: Kreditinstitute finanzieren mit Milliardenbeträgen die Herstellung von Atomwaffen. Zu den größten deutschen Geldgebern für Atomwaffen gehörten in den vergangenen Jahren (2014-2017) die Deutsche Bank (6,620 Mrd. Dollar), die Commerzbank (1,264 Mrd. Euro) sowie die Allianz (1,036 Mrd. Dollar). Wir fordern diese drei Finanzdienstleister auf:

Beenden Sie die Investitionen in Atomwaffen!

<https://www.friedenskooperative.de/atombombengeschaeft>

Gabriele Krone-Schmalz: Eiszeit – Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist

Gabriele Krone-Schmalz erinnert an die äußerst gefährlichen Konfrontationen während der frühen achtziger Jahre, vor allem im Zusammenhang des NATO-Großmanövers ›Able Archer 83‹, das die Welt an den Rand eines Atomkrieges gestellt habe. Ebenso steuere man heute auf einen Tanz am Abgrund zu. Der Ausweg aus der gegenwärtigen Konfrontation könne nur darin liegen, dass man zu einem Dialog zurückkehre. Der Westen bzw. die NATO könne die berechtigten Vorbehalte Russlands nicht weiterhin ignorieren, sondern müsse bereit sein, in einen Dialog einzutreten.

Sie wirbt für eine neue Entspannungspolitik, für eine Strategie des Friedens. ([Titel-Kulturmagazin](#))



1968 - Vietnamkrieg: Das Massaker von My Lai

Am 16. März 1968 ermordeten US-amerikanische Soldaten 504 vietnamesische Dorfbewohner. Dem US-Militär gelang es 18 Monate, die Tat zu verheimlichen. Es war der US-Journalist Seymour Hersh, der das Verbrechen und seine Hintergründe aufdeckte. [Text der DLF-Radio-Sendung von Holger Senzel](#) am 15.3.2018 - [Ergänzende Hinweise und Fotos, zusammengestellt von Claus Kittsteiner hier](#)

Wahlen in Italien - Menetekel für die Europäische Union

Das Wahlergebnis in Italien am 4. März 2018 ist einerseits die Fortsetzung eines allgemeinen Trends, den wir schon bei den Wahlen des letzten Jahres in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland und in Österreich beobachten konnten, andererseits etwas Besonderes, nämlich ein Menetekel für die EU.

Bei den Wahlen in den genannten fünf Ländern seit dem Frühjahr 2017 sind – wenn auch in den verschiedenen Staaten mit unterschiedlicher Intensität – folgende Tendenzen sichtbar geworden: eine Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts, eine Stärkung der rechtspopulistischen Parteien, ein Niedergang der Sozialdemokratie, eine zunehmende Zersplitterung bzw. ein Aufbrechen bewährter Parteiensysteme und damit eine Zunahme der politischen Instabilität.

In Italien haben die populistischen Parteien, das rechte Dreier-Bündnis aus Lega, Forza Italia und Fratelli d'Italia sowie der Movimento Cinque Stelle (M5S), zusammen einen Stimmenanteil von fast 70% erreicht. Das Besondere ist dabei das nach den Umfragen nicht erwartete starke Abschneiden der Lega mit Salvini, die ihren Stimmenanteil mit fast 18% gegenüber 2013 mehr als vervierfacht hat und im Dreierbündnis Berlusconi Forza als führende Kraft abgelöst hat. Der Anteil der Forza ist gegenüber 2013 von 21% auf 15% abgesunken. Die Lega ist eine europa- und ausländerfeindliche Partei, mit deren Erfolg die Grundausrichtung des Dreier-Bündnisses noch einmal deutlich ins Rechtsextreme verschoben wurde. Die Lega ist beinahe so stark geworden, wie die sozialdemokratische Partito Democratico (PD) von Matteo Renzi, die von 25% auf 19% abgerutscht ist. PD und Forza haben in der abgelaufenen Wahlperiode eine Große Koalition gebildet, die für ihre neoliberale Reformpolitik und ihre Unfähigkeit, die sozioökonomische Krise zu überwinden, abgestraft worden ist. Auch in den Niederlanden, in Deutschland und in Österreich hat eine Große Koalition 2017 jeweils massive Stimmenverluste erlitten.

Als Einzelpartei ist der M5S mit 32% der eindeutige Wahlsieger, der seinen Stimmenanteil gegenüber 2013 um sieben Prozentpunkte steigern konnte und auch erheblich besser abschnitt als in den Umfragen bis kurz vor den Wahlen erwartet wurde. Die Antisystempartei M5S, die von sich behauptet, weder links noch

rechts zu sein, aber wie die Lega einen sehr europaskeptischen und ausländerfeindlichen Kurs verfolgt und im Europaparlament in der Fraktion »Europa der Freiheit und der direkten Demokratie« mit europafeindlichen Parteien, wie UKIP und AfD, verbündet ist, reüssierte vor allem im Süden Italiens, während die Lega den Norden eroberte. Nur noch im Alto Adige und der Toskana konnte der PD siegen.

Die WählerInnen des sozial und ökonomisch abgehängten Mezzogiorno konnten mit ihrer Stimme für den M5S ihre Wut und Enttäuschung über die »Systemparteien« zum Ausdruck bringen, liegt doch im Süden die Arbeitslosenrate, vor allem der Jugendlichen, weit über dem Landesdurchschnitt und die Armutsrate erheblich höher als im Norden des Landes. Mit seinen Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung punktete der M5S bei vielen sozial deprivierten WählerInnen des Südens.

Der Rechtsblock unter der Führung der Lega siegte im ökonomisch besser gestellten Norden bei den Mittelschichten vor allem mit der Forderung nach radikalen Steuersenkungen. Den Enttäuschten der unteren Schichten wurden die Flüchtlinge als Sündenböcke angeboten. Die Lega hetzt in kaum zu überbietender Weise gegen die 600.000 Flüchtlinge, die sich in Italien mittlerweile aufhalten, und will diese in kürzester Frist aus Italien hinauswerfen.

Die im Vergleich zu den jüngsten Umfragen überdurchschnittlichen Erfolge von Lega und M5S sind sicherlich auch auf die Diskussionen nach der Ermordung einer jungen Italienerin und dem rechtsradikalen Anschlag auf Flüchtlinge in der Stadt Macerata zurückzuführen. Die Parteien des Rechtsbündnisses und der M5S nutzten diesen Anschlag, um ihre ausländerfeindliche Propaganda noch einmal deutlich zu verstärken.

Da weder der M5S noch das rechte Dreier-Block noch das Mitte-Links-Bündnis eine Mehrheit der Mandate erringen konnte, dürfte die Regierungsbildung in Italien schwierig werden. Aufgrund der großen Verluste des PD und der Forza dürfte eine erneute Große Koalition ausgeschlossen sein, auf die – als einzige »europafreundliche« Alternative – vor allem Brüssel, Berlin und Paris gehofft hatten. Der zurückgetretene Parteichef des

PD, Matteo Renzi, hat bereits den Gang in die Opposition verkündet. Das Rechtsbündnis müsste noch etliche Abgeordnete aus anderen Fraktionen abwerben, um eine Mehrheit der Mandate zu erreichen und um Salvini zum Premier wählen zu können. Nach der Niederlage Berlusconi dürfte das fragile Bündnis zwischen ihm und Salvini ohnehin sehr gefährdet sein.

Der M5S ist im Hinblick auf die Regierungsbildung gespalten. Beppe Grillo fordert an der Position festzuhalten, keinerlei Koalition einzugehen, während der Spitzenmann der Partei, di Maio, an die Macht möchte und auch zu einer Koalition bereit zu sein scheint. Eine solche Koalition mit der bei den Anhängern des M5S verhassten Partei Renzi einzugehen, dürfte schwierig werden. Größere politische Übereinstimmungen bestehen dagegen mit der Lega, mit der man sich auf der Basis der Europaskepsis und der Ausländerfeindlichkeit verständigen könnte. Salvini hat sich bislang gegenüber einer solchen Konstellation ablehnend verhalten, und auch dem linken Flügel der M5S dürfte eine solche Koalition schwer zu vermitteln sein. Die geschäftsführende Regierung unter Gentiloni dürfte deshalb noch einige Zeit im Amt bleiben.

Auf der Suche nach Gründen für diesen Wahlausgang in Italien und die oben erwähnten Wahlergebnisse in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich des Jahres 2017 stößt man auf vier entscheidende Faktoren, die in jedem der genannten Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Mischung, eine Rolle gespielt haben. Es handelt sich erstens um die sozio-ökonomischen Probleme im Kontext der Austeritätspolitik, die die EU-Staaten seit 2010 verstärkt praktiziert haben. Des Weiteren geht es zweitens um die wachsende soziale Ungleichheit, unter der zumindest die im Niedriglohnsektor abgehängten Beschäftigten und die unteren Mittelschichten leiden. Drittens spielt die Unfähigkeit der herrschenden Parteien, trotz ihrer Versprechungen diese sozialen und ökonomischen Probleme ihrer Länder befriedigend zu bewältigen, eine gewichtige Rolle und viertens ist die Flüchtlingskrise von Bedeutung, die die EU-Staaten offensichtlich nicht solidarisch lösen können und die von den populistischen Parteien genutzt wird, Ängste zu schüren und Sündenböcke für die soziale Unzufriedenheit der unteren Schichten zu finden. Unter den genannten fünf

Staaten hat Italien am intensivsten unter diesen genannten sozial-ökonomischen und politischen Problemen zu leiden.

Italien verzeichnet eine anhaltende ökonomische Stagnationsphase, die Arbeitslosigkeit erreichte nach der Großen Finanzkrise mit 11-12% überdurchschnittlich hohe Werte, und auch die ungelöste Bankenkrise belastet bis heute das Land. Wie vor dem Hintergrund der Wachstumsschwäche und der hohen Arbeitslosenquote zu erwarten, haben sich die Reallöhne des Landes seit 2010 negativ entwickelt. Auch der Verteilungsindikator – reale Lohnstückkosten – verweist auf eine Umverteilung zugunsten der Kapitaleigentümer. Der Gini-Koeffizient erreicht in der Gruppe der fünf Staaten in Italien den höchsten Wert, was die komparativ höchste Einkommensungleichheit anzeigt. Paradigmatisch sei auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Lande verwiesen, die junge Erwachsene im Alter von 25 bis 35 zwingt, nach wie vor im Elternhaus zu leben, und die von Jahr zu Jahr immer mehr junge ItalienerInnen zum Verlassen des Landes antreibt.

Die Regierungen Berlusconi, Monti, Letta und Renzi haben seit der Finanzkrise daran gearbeitet, die Empfehlungen der europäischen Institutionen für eine Reform der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik Italiens umzusetzen. Diese zielten vor allem darauf ab, das Tarifvertragssystem zu dezentralisieren und die Kündigungsschutzvorschriften aufzulockern. Das Tarifvertragssystem Italiens wurde durch verschiedene Schritte radikal verändert. Den radikalsten, ohne Vereinbarung mit den Gewerkschaften getroffenen Eingriff vollzog die Regierung Berlusconi mit dem Gesetz Nr. 148 vom September 2011. Danach können betriebliche Tarifverträge von Branchentarifverträgen und auch bestimmten gesetzlichen Arbeitsbestimmungen nach unten abweichen, und zwar bei Löhnen, Lohnstrukturen, Arbeitszeiten, atypischen Beschäftigungsformen und Kündigungsschutzbestimmungen. Der betriebliche Vertrag muss von der Mehrheit der repräsentativen Gewerkschaften im Unternehmen unterzeichnet werden.

Was den Kündigungsschutz anbelangt, so galt bis zum Inkrafttreten eines von der Regierung Renzi verabschiedeten Gesetzesdekrets im März 2015 der Artikel 18 des Arbeitnehmerstatuts, wonach MitarbeiterInnen in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bei einer ungerechtfertigten Entlassung auf Gerichtsbeschluss wieder eingestellt werden mussten. Seit Renzis Reform wird den ArbeitnehmerInnen

bei einer unrechtmäßigen Kündigung nur noch eine finanzielle Entschädigung gewährt. Das Gesetz hat damit die Kapitaleseite einseitig zulasten der abhängig Beschäftigten gestärkt. Trotz des massiven Widerstandes der Gewerkschaften ist die Regierung Renzi damit der neoliberalen Deregulierungsstrategie des Arbeitgeberverbandes Confindustria gefolgt.

Wie in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich hat auch in Italien die sozialdemokratische Partei PD neoliberale Arbeitsmarktreformen durchgesetzt und damit an Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Gewerkschaften und den unteren sozialen Schichten deutlich verloren. Die aktuelle Wahlniederlage ist in dieser neoliberalen Praxis begründet. Auch in den Niederlanden ist die Sozialdemokratie nach einer harten Sparpolitik in einer Großen Koalition von 25% auf 5% abgerutscht, in Frankreich nach dem Scheitern der Wirtschaftspolitik Hollands von 31% auf 5%, in Deutschland nach zwei Großen Koalitionen von 35% im Jahre 2005 auf 20% in 2017, und in Österreich hat die SPÖ nach einer Großen Koalition mit der ÖVP bei den Wahlen 2017 die Regierungsmacht verloren.

Neben diesen sozio-ökonomischen Gründen war in Italien die große politische Instabilität für den Aufschwung der populistischen Parteien verantwortlich. Das tradierte Parteiensystem Italiens (pentopartito) brach unter dem Druck der Korruptionsaffären (tangentopoli) Anfang der 1990er Jahre zusammen, womit der Weg frei war für drei rechtspopulistische Parteien (Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale, die Vorläuferin der Fratelli d'Italia), die unter Führung Berlusconis von 1994 bis 2011 in insgesamt vier Kabinetten das Land regierten, wenn auch mit Unterbrechungen.

Es gehört zur Tragik des Landes, dass sich diese Rechtsregierungen nicht nur ebenfalls als unfähig erwiesen, die sozio-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, sondern auch – wie das vorherige Parteiensystem – an Affären (Steuerhinterziehung, Korruption, Sexskandale Berlusconi) zugrunde gingen. Von den Trümmern des Systems Berlusconis profitierte dann der Movimento Cinque Stelle (M5S), der bei den Parlamentswahlen 2013 im Abgeordnetenhaus auf Anhieb 25% der Stimmen errang. Die politische Instabilität kennzeichnet Italien im EU-Kontext wie kaum einen zweiten Staat. Sie ist neben der sozio-ökonomischen Krise und der zunehmenden sozialen Ungleichheit der zentrale Erklärungsfaktor

für die starke Bedeutung des Rechtspopulismus im Lande.

Hinzu kommt seit 2015 noch die Flüchtlingskrise, die von den populistischen Parteien genutzt wird, um Ausländerfeindlichkeit zu schüren und die Migranten als Sündenböcke für die zahlreichen Krisen des Landes abzustempeln. Da seit dem EU-Türkei-Abkommen viele Flüchtlinge den Weg über die Libyenroute nach Italien suchen, hat im Jahre 2017 die Migrationskrise einen neuen Höhepunkt erreicht. Von den EU-Staaten allein gelassen, die in der Frage eines Verteilungsmodus keinerlei Solidarität mit Italien zeigen, gewinnt die Kritik an der EU zusätzlich an Schwung, fordern doch die populistischen Parteien immer wieder auch einen Ausstieg aus dem Euro.

Für die aktuelle Entwicklung in der EU, die sich seit über einem Jahrzehnt in der schwersten Krise seit Beginn der Integration befindet, ist dieses italienische Wahlergebnis eine schwere Hypothek. Schon die harte Austeritätspolitik, mit der die Eurozone auf die Große Finanzkrise antwortete, hat den Integrationsprozess stark geschwächt. Den überdurchschnittlich betroffenen Staaten Südeuropas wurde eine solidarische Unterstützung, etwa durch die Einführung von Eurobonds, eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik und Maßnahmen zur Beseitigung der Leistungsbilanzungleichgewichte, verweigert. Im Resultat stieg in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit, sanken die Reallöhne, wurden die sozialen Sicherungssysteme abgebaut und ihre Gewerkschaften geschwächt. Auch in anderen EU-Staaten führte die Austeritätspolitik zu einer Stagnation der Wirtschaft – so in Frankreich und Österreich – oder zu sehr harten sozialen Einschnitten, wie in den Niederlanden. In Folge dieser Politik sank nicht nur die Akzeptanz der EU, und zwar selbst in Ländern, wie Italien, die einst zu glühenden Anhängern der Integration zählten. Es erstarkte darüber hinaus angesichts der sozio-ökonomischen Schwierigkeiten der Rechtspopulismus, was in den Europawahlen 2014 besonders sichtbar wurde.

Schon dieser damalige Rechtsruck hat alle in den Jahren 2011 bis 2013 diskutierten grundlegenden Reformvorschläge (Blaupause der Barroso-Kommission; Andor-Plan für eine soziale WWU) zur Überwindung der Strukturdefizite der Eurozone zur Makulatur gemacht. Pläne zur Einführung einer Europäischen Fiskalpolitik (Wirtschaftsregierung), einer nachhaltigen Stärkung des Haushalts, um symmetrische und asymmetrische wirt-

schaftliche Krisen besser bekämpfen zu können, zur Einführung von Eurobonds und zur Verwirklichung einer sozialen Komponente der WWU, verschwanden nach den Europawahlen 2014 in der Schublade, weil Vertragsrevisionen angesichts des politischen Rechtsrucks als illusionär betrachtet wurden.

Der Rechtsruck in wichtigen EU-Staaten nach den Wahlen 2017 und erst recht der erdrutschartige Sieg der Populisten in den Märzahlen in Italien machen es kaum möglich, selbst die mittlerweile sehr moderaten Reformpläne der Europäischen Kommission in die Tat umzusetzen. Für den von ihr geforderten Stabilisierungsfonds, der Staaten unter die Arme greifen soll, die sich im Unterschied zum EU-Durchschnitt in einer Wirtschaftskrise befinden, benötigt die EU höhere

http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/wahlen-in-italien-menetekel-fuer-die-europaeische-union/

Haushaltsmittel. Diese müssten aber in der Mittelfristigen Finanzplanung (MFP) von 2020 bis 2027 mit Einstimmigkeit vom Europäischen Rat beschlossen werden. Angesichts des Rechtsrucks in vielen EU-Staaten ist eine solche Einstimmigkeit aber momentan nicht in Sicht.

Wer auch immer die neue Regierung Italiens stellen wird, weder eine vom Rechtsblock noch eine vom M5S geführte Regierung wird die großen sozio-ökonomischen Probleme des Landes lösen. Das Rechtsbündnis hat jedenfalls in vier Kabinetten zwischen 1994 und 2011 in dieser Hinsicht komplett versagt. Bleibt aber Italien mit geringen Wachstumsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit, hohen Staatsschulden und einem maroden Bankensektor ein angeschlagenes Land, wird jede Verschlechterung der weltwirtschaftli-

chen Rahmenbedingungen eine neue Schuldenkrise im Euroraum auslösen, dieses Mal aber in Italien, das mit Mitteln des ESM angesichts der Schuldendimensionen kaum ausreichend aufgefangen werden könnte. Ein Zusammenbruch der Eurozone wäre dann eine realistische Perspektive, und auch in dieser Hinsicht ist das Wahlergebnis in Italien ein Menetekel für die EU.

Klaus Busch ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di. Im März erscheint im VSA-Verlag von ihm gemeinsam mit Joachim Bischoff und Hajo Funke das Buch [Rechtspopulistische Zerstörung Europas?](#)

Attac Österreich Trotz Luxleaks: Geheime Steuerdeals zwischen Staaten und Konzernen auf Rekordhoch

Geheime Steuerabsprachen zwischen EU-Regierungen und multinationalen Konzernen - wie sie etwa im LuxLeaks Skandal öffentlich wurden - haben ein neues Rekordhoch erreicht. Dies belegen neue Daten der Europäischen Kommission. (1) Besonders bemerkenswert: Die Anzahl dieser Absprachen (Advance Pricing Agreements, APAs) nimmt trotz der von der Kommission angestrebten Verfahren wegen unzulässiger Beihilfe gegen Staaten wie Luxemburg, die Niederlande oder Irland zu. Die Leidtragenden sind oftmals andere Staaten, denen Millionen an Steuereinnahmen entgehen – darunter häufig gerade die ärmsten Länder der Welt.

Belgien an der Spitze – plant Österreich eine Ausweitung?

Am auffälligsten ist, dass die Zahl der besonders problematischen unilateralen Absprachen um 64 Prozent von 1252 Ende 2015 auf 2053 Ende 2016 angestiegen ist. (Für 2017 liegen noch keine Daten vor). Mit 1081 APAs hat Belgien Luxemburg als das Land mit der höchsten Anzahl überholt. Luxemburg liegt mit 599 Absprachen an zweiter Stelle. Die Niederlande liefern keine Zahl der geltenden Abkommen. Nach Schätzungen der Organisation Eurodad rangieren sie in der Rangliste auf Platz 2 zwischen Belgien und Luxemburg. (2)

Österreich meldet, dass es derzeit keine unilateralen APAs hat. Steuerliche Vereinbarungen zum Vorteil von Konzernen werden hierzulande oftmals auf informeller Ebene und unverbindlich getroffen. Die Regierung plant jedoch angeblich noch heuer eine Ausweitung verbindlicher Steuerabsprachen.

Attac: Können uns nicht auf Regierungen verlassen

"Nicht einmal die großen Steuerskandale wie LuxLeaks und die Verfahren der EU-Kommission halten einige Regierungen davon ab, immer neue geheime Steuerdeals mit multinationalen Konzernen abzuschließen", kritisiert David Walch von Attac Österreich. Das zeigt: Wir können uns nicht auf die Regierungen und ihre Steuerverwaltungen verlassen, wenn es darum geht dass Konzerne ihren gerechten Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Attac fordert daher, dass alle Steuerabsprachen zwischen Konzernen und Staaten veröffentlicht werden müssen. Vor allem aber sollten Konzerne öffentlich machen müssen, wie viel Gewinne sie je Land machen und wie viel Steuern sie zahlen. Dies wird auch vom EU-Parlament gefordert, doch viele Regierungen - darunter auch Österreich - wollen, dass Konzerne weiter Geheimniskrämerei bei ihren Geschäften betreiben können. (3)

Attac fordert Gesamtkonzernsteuer

Um die Steuertricks multinationaler Konzerne wirksam zu bekämpfen, fordert Attac eine Gesamtkonzernsteuer mit Mindeststeuersätzen in der EU. Dabei werden Konzerntöchter auf Basis des global erzielten Gewinns eines Konzerns besteuert. Dieser Gewinn wird je nach realer Wertschöpfung anteilig auf Länder aufgeteilt und dann entsprechend besteuert. Die Gewinnverschiebungen zwischen Konzerntöchtern hätten damit ein Ende.

(1) Quelle: <http://bit.ly/2FUUnVOK>

Advance Pricing Agreements (APAs) sind in einem Vorabverständigungsverfahren getroffene geheime Vereinbarungen, die zwischen multinationalen Unternehmen und Regierungen unterzeichnet werden, um die zukünftigen Bedingungen der Besteuerung festzulegen. Der LuxLeaks-Skandal und die darauffolgenden Fälle von staatlichen Beihilfen haben gezeigt, dass sie die Grundlage für Unternehmenssteuervermeidung schaffen können, bei der einige Unternehmen ihre Steuersätze auf weniger als 1 % senken. Die unglaubliche Anzahl an APAs macht eine Überprüfung durch die Kommission kaum möglich. Zudem haben die Kommission und die Öffentlichkeit nur sehr begrenzte Kenntnisse über den tatsächlichen Inhalt dieser höchst vertraulichen Absprachen.

(2) Ein ausführliches Briefing zur Problematik hat die Organisation [Eurodad](#) verfasst:

(3) Siehe: Finanzminister Löger will, dass Konzern-Steuertricks im Dunkeln bleiben, [attac News](#) 12. Feb. 2018

Aktion Arbeitsunrecht

Protest & Widerstand gegen Fertigmacher und Union Buster

Schwarzer Freitag, der 13. April 2018: **deliveroo**

Warum Deliveroo?

- Betriebsratsbehinderung durch Massenentlassung
- Scheinselbständigkeit
- Ketten-Befristung als Drohkulisse
- Niedriglohn, der zum Leben nicht reicht
- Asoziale Experimente mit Null-Euro pro Stunde und Ein-Stunden-Schichten

Scheinselbständigkeit: Laut Informationen der B.Z. ermittelte das Hauptzollamt Berlin gegen den Lieferservice: „Gemeinsam mit rund 200 anderen Fahrern wurde ich vom Hauptzollamt für eine Befragung geladen. Sie wollten herausfinden, ob wir scheinselfständig sind.“

2017 gab Deliveroo eine Quote von 40 Prozent (Schein-)Selbständigen unter den insgesamt 1.000 Kurieren an. Die FAU Berlin schätzte im Mai 2017, dass sich 100 der 500 Berliner Fahrer/-innen als Selbständige abstrampelten.

Null Euro pro Stunde garantiert | Ein-Stunden-Schichten: Freie Mitarbeiter von Deliveroo arbeiten in der Regel für 7,50 Euro die Stunde, erhalten pro Lieferung eine Pauschale von ein bis zwei Euro extra. In Berlin wird mit Null-Euro pro Stunde experimentiert. *„Die Leute kriegen null Euro pro Stunde, dafür 4,75 Euro pro Auslieferung“*, schrieb die B.Z. im Mai 2017: *„An sonnigen Nachmittagen bestellt kaum jemand Essen. Der Fahrer ist trotzdem im Dienst, darf ihn dann mit Warten verbringen – für lau. Nach einem neuen Konzept gibt es inzwischen nur noch einstündige Schichten. Liegt der Auftrag weit entfernt, sodass Hin- und Rückfahrt lange dauern, kostet die einstündige, bezahlte Schicht auch mal eine weitere Stunde – unbezahlt.“*

Viele Freelancer arbeiten de facto unter Mindestlohn: Rund 9,- Euro Stundenlohn sind weniger als der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn, wenn sich die Fahrer*innen als Scheinselbständige davon auch noch anständig versichern müssen. Für angestellte Fahrer gibt es eine Betriebschaftspflicht. Freelancer müssen ihre Beiträge zur Berufsgenossenschaft - schätzungsweise 900 Euro im Jahr - selbst bezahlen. Oder sie fahren unversichert durch die Straßen, was nicht selten der Fall sein dürfte. Hinzu kommen noch Strafzettel und Kosten für Zubehör wie Beleuchtung und Reparaturen mit geschätzt 500 bis 600 Euro im Jahr. Die FAU Deliver Union berichtete im Januar 2018, dass Deliveroo nach Protesten in

Berlin für Reparaturen nun pauschal 10 Cent pro Kilometer extra zahlen würde. Man habe aber noch niemanden getroffen, der das Geld tatsächlich erhalten habe.



Unregelmäßigkeiten in der Lohnauszahlung und zu wenig Schichten

Viele Essenslieferanten haben Schwierigkeiten mit dem Lohn. Ein Kurier in Köln verlor seine Wohnung, da bei ihm mehrere Wochen kein Lohn angekommen war. Hinzu kommen Probleme, an genügend Schichten zu kommen. Die FAU Deliver Union fordert daher einen Einstellungsstopp und transparente Vergaberegeln für die Schichten. *„Wir wissen am Monatsanfang nie, ob wir am Ende genug Schichten gehabt haben, um davon unsere Miete zu bezahlen“*, rief eine Fahrerin auf einer Protestkundgebung in Berlin ins Megafon.

Betriebsratsgründung in Köln sabotiert:

Im November 2017 haben Deliveroo-Fahrer/-innen in Köln gegenüber der Geschäftsführung den Wunsch nach einem Betriebsrat geäußert. Sie organisierten sich über die facebook-Seite *Liefern am Limit* und in der Gewerkschaft NGG.

Das Management in Berlin reagierte durch ein gezieltes Abschmelzen der Festangestellten. Es würde zukünftig auf selbstständige Kurier*innen gesetzt werden, hieß es. Zum Zeitpunkt der Wahl am 16. Februar 2018 waren von schätzungsweise fast 200 Fahrer*innen nur noch ca. 35 wahlberechtigte Festangestellte vorhanden, so dass der Betriebsrat statt 7 Sitzen nur noch 3 Mitglieder gehabt hätte. Mithilfe der NGG konnte dann allerdings ein 5-köpfiges Gre-

mium durchgesetzt werden, da Deliveroo die letzten Entlassungen zu spät vorgenommen und die entsprechende Wählerliste verspätet eingerichtet hatte.

Die Verträge waren bis dato durchgängig auf 6 Monate befristet. Unter den Fahrer_innen, die Deliveroo durch Auslagerung als Scheinselbständige oder Nicht-Verlängerung von Verträgen entsorgte, war auch der Wahlvorstandsvorsitzende.

Das Management stellte die Deliveroo-App Hipchat, über die das Unternehmen die Arbeit organisiert, so um, dass die Fahrer inzwischen untereinander nicht mehr frei kommunizieren können. Jetzt können sie nur noch mit ihrem Schicht-Koordinator (Dispatcher) Kontakt aufnehmen. Zuvor konnten sie deutschlandweit miteinander chatten aufnehmen - was die Arbeit eigentlich erleichtert, weil so selbständig Schichten getauscht und Aushilfen gefunden werden konnten.

Durch die Kommunikationssperre soll offenbar der **Betriebsrats- und Gewerkschafts-Virus** an einer deutschlandweiten Ausbreitung gehindert werden.

In Berlin weigerte sich Deliveroo kategorisch, mit der dort aktiven Gewerkschaft FAU Deliver Union auch nur zu sprechen - anders als der Konkurrent und Marktführer Foodora.

Mehr: [Arbeits Arbeitsunrecht](#)

Frankreich:

Arbeitskämpfe bei Deliveroo, [Labournet](#)

Mediapart:

Arbeitsinspektion packt mit Deliveroo die Uberisierung an

Nach Informationen von Mediapart erhielt die Pariser Staatsanwaltschaft im Februar einen dicken Bericht der Arbeitsaufsichtsbehörde, in dem sie Verstöße gegen diese Plattform, die als Vermittler zwischen Restaurants und Privatpersonen fungiert, anprangert. Dieser Fall wird derzeit von der Staatsanwaltschaft "geprüft" und kann zu einem Strafverfahren führen. Die Arbeitsaufsichtsbehörde ist der Ansicht, dass Fahrradkurier*innen für Deliveroo keine "Partner", sondern klassische Angestellte sind und sich nicht als Kleinstunternehmer deklarieren sollten; Die Urssaf (Sozialversicherung) schätzt, dass die Höhe der ausstehenden Beiträge in den Jahren 2015 und 2016 6,4 Millionen Euro übersteigt. Mehr: [Mediapart](#)

Dietmar Bartsch, Jean-Luc Mélenchon und Sahra Wagenknecht

Erklärung zum 55. Jahrestag des Élysée Vertrages

Als Fraktionsvorsitzende französischer und deutscher Fraktionen in der französischen Nationalversammlung und dem deutschen Bundestag würdigen wir, was die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern zur Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. 55 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrage muss diese Zusammenarbeit unserer beiden Länder erneuert werden, um den neuen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Wir werden jedoch nicht akzeptieren, dass dies als Vorwand dient, um unsere beiden Länder als eine Art Direktorium zu installieren, das über das Schicksal der 26 anderen europäischen Mitgliedstaaten entscheidet. Wir können keine deutsch-französische Kooperation akzeptieren, die darauf beruht, die anderen Länder beiseite zu drängen und die sich zum Ziel setzt, den Rest Europas zu dominieren. Für uns ist kein Europa möglich oder wünschenswert, wenn die Nationalstaaten nicht gleichberechtigt sind.

Es stimmt - wir müssen handeln. Doch ein halbes Jahrhundert nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs befinden sich die deutsch-französische Zusammenarbeit und die europäische Integration in einer schweren **Krise**:

Die ständige innere Abwertung Deutschlands im Euroraum durch **arbeitnehmerfeindliche Arbeitsmarktreformen** hat die soziale Spaltung in Deutschland vertieft und den Wohlstand in Europa untergraben. Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wie Frankreich und Italien haben seit der Einführung des Euros 25 Prozent ihrer industriellen Wertschöpfung eingebüßt. In Südeuropa wurde nach der Finanzkrise ein antidemokratischer Coup vollzogen, der von der deutschen Regierung sowie der Finanzoligarchie ausging und dazu führte, dass Löhne, Renten, der Sozialstaat und öffentliche Investitionen gekürzt wurden, öffentliches Eigentum privatisiert wurde und die Parlamente an Macht einbüßten. Die Jugendarbeitslosigkeit hat dramatisch zugenommen und eine verlorene Generation in Europa geschaffen, die unfreiwillig ins Ausland abwandern muss.

Der **Europäische Binnenmarkt** wurde über die EU-Verträge und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes mehr und mehr in den Dienst der Banken und Konzerne gestellt. Das ursprüngliche Verbot der wirtschaftlichen Diskriminierung wurde zunehmend überdehnt, um heimische Löhne, soziale Rechte und Umweltnormen gemäß der Herkunft der Unternehmen zu unterlaufen.

Dieses Modell soll mit Handels- und Investitions-

tionsschutzabkommen wie **CETA, TISA oder JEFTA und einer privaten Paralleljustiz der Konzerne** auf die Welt ausgedehnt werden.

Da Großbritannien die Europäische Union verlässt, wollen die deutsche und die französische Regierung die Gunst der Stunde nutzen, um durch permanente Aufrüstung den **militärisch-industriellen Komplex** zu stärken und ihren Einfluss in Nordafrika, im Nahen Osten sowie in Osteuropa auszuweiten. Doch die Regime-Change-Kriege, die Öl- und Gaskriege, die Einkreisung Russlands sowie die ökonomische Verwüstung durch unsere Handels- und Nachbarschaftspolitik haben Staatenzerfall, Terror und Flucht geschaffen.

Bundeskanzlerin Angela **Merkel** und der französische Präsident Emmanuel **Macron** wollen das Europa der Banken und Konzerne vertiefen, das den Aufschwung reaktionärer Kräfte links und rechts des Rheins gefördert hat.

Der neue deutsch-französische Deal für die Eurozone lautet Geld gegen Struktur reformen, permanente Kürzung von Löhnen, Renten und öffentlichen Investitionen, eine Agenda 2010 in Frankreich statt einer Stärkung der Binnenwirtschaft sowie dem Abbau der deutschen Exportüberschüsse.

Die nationalen Parlamente sollen überdies bei internationalen Handelsverträgen entmachtet werden.

Der deutsch-französische Deal für die Verteidigungsunion lautet: Aufrüstung statt Abrüstung einschließlich der nuklearen Konfrontation gegenüber Russland, Schwächung der Parlamente bei der Kontrolle des Militärs und die Ausnahme von Rüstungsinvestitionen vom Fiskalpakt.

Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa

Uns hingegen eint der Wunsch nach einer immer engeren Zusammenarbeit von Deutschen und Franzosen auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Wir wollen ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa. Daher verpflichten wir uns – ob in Regierung oder Opposition –, folgende **Initiativen der deutsch-französischen Zusammenarbeit** und der guten Nachbarschaft voranzutreiben. Dies sind für uns die **Grundlagen eines neuen Élysée-Vertrages**:

- **Deutschland** muss sich gemäß dem Stabilitätsgesetz von 1967 im Rahmen der EU auf einen **ausgeglichene Außenhandel** zum Wohle der Beschäftigten in Deutschland sowie der europäischen Partner verpflichten und **Löhne sowie öffentliche Investitionen stärken**. Chronische

Exportüberschüsse Deutschlands oder Frankreichs sollten durch eine unverzinsliche Einlage sanktioniert werden, die der Entwicklungsbank des Nachbarlandes zugeführt wird.

- Deutschland und Frankreich sollten eine **europäische Schuldenkonferenz** initiieren und eine zeitlich befristete **Vermögensabgabe von Millionären** nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg erheben. Der **Fiskalpakt ist auszusetzen** und bis zu einer Änderung der EU-Verträge sind zivile öffentliche Investitionen von den Defizitkriterien von Maastricht auszunehmen.

- Die Europäische Zentralbank bzw. die Bundesbank sowie die Banque de France sollten gemeinsame **strategische Investitionen in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts** - etwa in Forschung, Bildung, zur Bekämpfung des Klimawandels sowie der Jugendarbeitslosigkeit – finanzieren. Bis zu einer erforderlichen Änderung der EU-Verträge und der Statuten der EZB könnten die nationalen Entwicklungsbanken Deutschlands und Frankreichs hierzu gemeinsame Anleihen begeben, die von der EZB bzw. den nationalen Notenbanken gekauft werden.

- Deutschland und Frankreich sollten in einer Protokollerklärung das Prinzip **gleicher Lohn für gleiche Arbeit und den Vorrang der nationalen Lohn-, Sozial- und Umweltstandards** vor den Binnenmarktfreiheiten und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes verankern. Das gilt insbesondere auch für die Entsenderichtlinie. Der **Mindestlohn** in Deutschland und Frankreich ist mittelfristig bei 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes zu harmonisieren.

- Deutschland und Frankreich verabreden einen effektiven **Mindeststeuersatz von 25 Prozent auf Unternehmensgewinne** und erheben auf alle konzerninternen Zahlungen wie Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren, die in Steueroasen innerhalb und außerhalb zu geringeren Sätzen versteuert werden, eine **Quellensteuer**. Gemeinsam legen unsere beiden Länder einen **ermäßigten Mehrwertsteuersatz für lebensnotwendige Güter** fest.

- Deutschland und Frankreich gehen gemeinsam **gegen Steuerparadiese** vor, auch wenn diese Mitglied der Europäischen Union sind.

- Deutschland und Frankreich schließen weitere **Handels- und Investitionsabkommen** aus, wenn diese zur Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher und kommunaler Dienste, zur Schwächung von Löhnen, Sozialstaat, Umwelt und Ver-

braucherschutz führen. Eine Sondergerichtsbarkeit von Konzernen schließen wir aus.

- Deutschland und Frankreich verpflichten sich zu gegenseitigen **Abrüstungszielen**, einem sofortigen Stopp von Waffenexporten in Krisengebiete und der Stärkung des sicherheitspolitischen Dialogs mit **Russland** im Rahmen der OSZE.

- Analog zum deutsch-französischen Ministerrat sollen die **Parlamente** Deutschlands und Frankreichs in einem gemeinsamen Ausschuss regelmäßig beraten und Bundeskanzler bzw. Staatspräsident eine Regierungserklärung zu deutsch-französischen Gipfeln abgeben. Hierbei sollen Abgeordnete des jeweils anderen Parlaments auf Einladung einer Fraktion im Plenum des Bundestages bzw. der Nationalversammlung auf Deutsch oder Französisch das Wort ergreifen dürfen.

- Wir verpflichten uns zur deutlichen Aufstockung der Mittel des **deutsch-französischen Jugendaustauschs**, des Ausbaus der deutschen sowie französischen Sprachkurse im Schulsystem und der Mittel für deutsch-französische Kulturinitiativen wie dem Fernsehsender ARTE. Jugendliche mit Wohnsitz in Deutschland

<https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/europa-aus-der-krise-fuehren-ein-neuer-elysee-vertrag/>

oder Frankreich sollten bei Vollendung der Volljährigkeit für ein Jahr kostenfrei den Zugverkehr des jeweils anderen Landes nutzen dürfen.

- Frankreich und Deutschland kooperieren beim gemeinsamen **Ausstieg aus der Atomenergie und aus den fossilen Energieträgern**. Es muss damit Schluss gemacht werden, dass die französische Atomindustrie Europa bedroht und die Braunkohletagebaue in Deutschland Europa verpesten. Wir wünschen uns eine größtmögliche verstärkte Zusammenarbeit, um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie zu erreichen.

- Frankreich und Deutschland engagieren sich **für das Recht aus Asyl** und dafür, diesem Recht Anerkennung in Europa zu verschaffen. Die beiden Länder arbeiten gemeinsam im **Kampf gegen Fluchtursachen**, die Elend, Ausbeutung und Tod bedeuten. Deshalb weisen sie alle Freihandelsverträge zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten zurück, betonen erneut die Dringlichkeit, notwendige Schritte gegen den Klimawandel zu unternehmen und lehnen alle militärischen Destabilisierungsmaßnahmen ab, die den massiven Fluchtbewegungen zugrunde

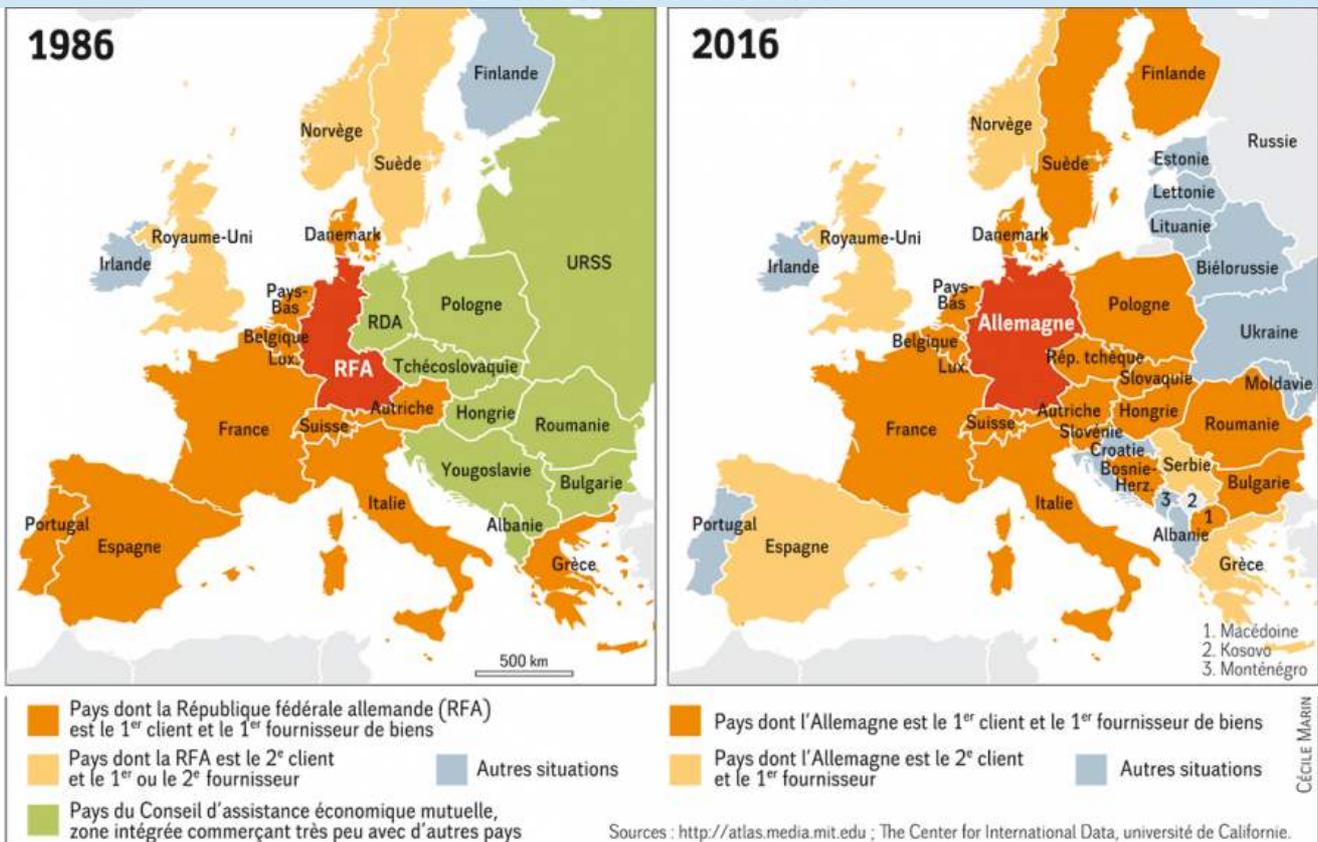
liegen. Wir fordern dazu auf, eine jährliche Migrationskonferenz unter der Schirmherrschaft der UN einzuberufen.

- Frankreich und Deutschland legen gemeinsam einen **Ausstiegsplan für die Anwendung von Pestiziden im landwirtschaftlichen Bereich** vor, definieren rigide Normen gegen das Leiden von Tieren und die Massentierhaltung, rufen ein Moratorium für den Raubbau an der Natur in ihren beiden Ländern aus und werden aktiv, um den von den Konzernen vorangetriebenen vorzeitigen Verschleiß von Produkten (**Obsoleszenz**) zu stoppen.

- Die beiden Länder setzen sich bei der **UNO** für die Einrichtung eines **Gerichtshofs für wirtschaftliche Gerechtigkeit** ein, der die Verbrechen transnationaler Investoren wie internationaler Steuerbetrug, Spekulation und Korruption behandelt, sowie für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs für Umweltgerechtigkeit.

- **Wir streben in diesem Geiste neue EU-Verträge an**, die in allen EU-Mitgliedstaaten **Volksabstimmungen** unterworfen werden und wollen bis dahin die oben genannten Initiativen im Wege der deutsch-französischen Kooperation sowie der verstärkten Zusammenarbeit umsetzen.

Deutscher Handel



■ Länder, für die die BRD (1986) bzw. Deutschland (2016) sowohl größtes Export- als auch Importland ist
■ Länder, für die die BRD (1986) zweitgrößtes Exportland und größtes oder zweitgrößtes Importland ist; bzw. Länder, für die Deutschland (2016) zweitgrößtes Exportland und größtes Importland ist

Aus Pierre Rimbart: „Le Saint Empire économique allemand“ in *Le Monde Diplomatique*, französische Ausgabe von Feb. 2018 . Die deutsche Februar-Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* enthält die Übersetzung des Artikels; leider fehlt die Karte (SiG-Red.).

Bündnis aus 30 aktiven Organisationen Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen - Sozialleistungen endlich erhöhen

Initiiert von: DGB, Nationale Armutskonferenz, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Sozialverband VdK Deutschland, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Deutscher Kinderschutzbund, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und PRO ASYL. Weitere Träger: S. [Tacheles](#); www.der-paritaetische.de/aufwurf

Die momentan geführte öffentliche Diskussion um eine Tafel zeigt, dass arme Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sozialstaatliche Leistungen müssen dafür sorgen, dass für alle hier lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das Existenzminimum sichergestellt ist. Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. Damit drohen neue Verteilungskämpfe.

Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.

Wieder einmal wird sichtbar, worauf Fachleute seit Jahren hinweisen: Die Regelsätze in Deutschland sind zu gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich 4,77 Euro für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für Kinder im Alter unter sechs Jahren sind 2,77 Euro vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren 3,93 Euro.

Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens in diesem reichen Land. Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armutspolitisches Unterlassen auszugleichen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.

Aus der Pressemitteilung:

„Die Leistungen in der Altersgrundsicherung,

bei Hartz IV oder im Asylbewerberleistungsgesetz sind ganz einfach zu gering bemessen und schützen nicht vor Armut. Die Regelsätze müssen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe garantieren. (...) so **Annelie Buntenbach**, Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Kritik äußert in diesem Zusammenhang **Ulrich Schneider**, Hauptgeschäftsführer des **Paritätischen Gesamtverbands**, auch am Koalitionsvertrag der künftigen Regierung: „(...) Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements. Niemand dürfte in unserem Sozialstaat auf Lebensmittelspenden angewiesen sein. Der Koalitionsvertrag zeigt hierzu eine bemerkenswerte Leerstelle.“

Nachbesserungsbedarf wird dabei unter anderem beim Thema Kinderarmut gesehen. **Heinz Hilgers**, Präsident des **Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB)**: „Die Tafeln leisten großartige Arbeit. Aber dass in einem reichen Land wie Deutschland 360.000 Kinder und Jugendliche gezwungen sind, die Tafeln zu nutzen, um satt zu werden, ist eine Schande. Der Staat hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass jemand, der Kinder hat, ganz normal im Supermarkt einkaufen gehen kann, und nicht auf kostenlose und freiwillige Angebote Dritter ausweichen muss. Dafür müssen die Regelsätze ausreichen und entsprechend bemessen werden.“

Gemeinsam positionieren sich die Organisationen ganz klar für Integration und eine offensive Sozialpolitik für alle hier lebenden Menschen. **Günter Burkhardt**, Geschäftsführer von **PRO ASYL**: „Deutschland ist reich, in Deutschland gibt es genug Geld und erst recht genug Nahrung für alle. Flüchtlinge und Migranten werden als Sündenböcke instrumentalisiert und für Fehlentwicklungen wie Armut und Wohnungsnot verantwortlich gemacht, die die Politik zu verantworten hat. Wir brauchen eine auf Gerechtigkeit und Integration abzielende Sozialpolitik, die Flüchtlinge und Migranten einschließt. Dazu gehört auch die Sicherstellung des Existenzminimums für alle Menschen in Deutschland. Hilfsbedürftige dürfen nicht nach Pass oder Nationalität gegeneinander ausgespielt werden.“

Auch **Barbara Eschen**, Sprecherin der **Nationalen Armutskonferenz** und Diakonie-

direktorin in Berlin-Brandenburg, warnt vor einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung und unterstreicht: "Alle in Armut lebenden Menschen leiden unter einer ungerechten Politik, die Armut nicht bekämpft. Es ist unerträglich, dass von Armut Betroffene Menschen jetzt in Konkurrenz zueinander stehen. Es kann nicht länger sein, dass staatliche Maßnahmen wie der Regelsatz das Auskommen nicht sichern und Ehrenamtliche einspringen sollen, die das an die Belastungsgrenze bringt. So dürfen auch die Tafeln nicht länger die Ausputzer der Nation sein!"

Interessierte Organisationen und Initiativen, auch lokal und regional aktive, sind eingeladen, den Aufruf mit zu unterstützen.

Anne Karrass

»Troika für alle«? EU-Kommission schlägt erneut finanzielle Belohnungen für Sozialabbau vor

EU-Gelder als Belohnung für die Anhebung des Renteneintrittsalters, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder die Absenkung von Mindestlöhnen? Weitgehend unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit treibt die EU-Kommission genau dies voran.

Während der Eurokrise wurden die Mitgliedstaaten unter dem Rettungsschirm als Gegenleistung für die »Hilfszahlungen« zur Durchführung von Strukturreformen gezwungen. Da dies insofern »erfolgreich« im Sinne der Urheber war, als Reformen wie die Anhebung des Renteneintrittsalters und die Beschneidung der Tarifsysteme gegen den teils massiven Protest der Bevölkerung durchgeführt wurden, diskutierte man in den Jahren 2012/13, dieses Instrument dauerhaft und für alle Mitgliedstaaten auch in Nichtkrisenzeiten einzuführen: Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten sich vertraglich auf mehrjährige Reformprogramme verpflichten und nach Umsetzung Geld aus dem EU-Haushalt bekommen. Dies geschah vor allem auf Initiative der deutschen Bundesregierung sowie der EU-Kommission unter den Namen »**Pakt für Wettbewerbsfähigkeit**« bzw. »vertragliche Vereinbarungen«.

Die Gewerkschaften protestieren scharf gegen dieses undemokratische, unsoziale und unnütze Instrument, und auch viele Mitgliedstaaten verbateten sich derartige Eingriffe in ihre nationalen Zuständigkeiten, so dass die Diskussionen wieder aufhörten. Nun hat jedoch die Kommission das Thema erneut auf die Agenda gesetzt. [Blickpunkt-wiso](#)

Kampagne in Frankreich

Eine Million Arbeitsplätze für das Klima!

Attac Frankreich: Arbeit ist für alle vorhanden Warum der ökologische Umbau uns alle angeht

„Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ („One Million Climate Jobs“), so lautet der Titel eines Berichts, der 2014 unter der Ägide der Bürgerbewegung „Campaign against climate Change“ („Kampagne gegen den Klimawandel“) veröffentlicht wurde. Mit Blick auf einen Zeitraum von 20 Jahren sieht das Szenario für das Vereinigte Königreich Folgendes vor: eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 86%, die Schaffung von einer Million festen, gut bezahlten Arbeitsplätzen in einem „nationalen Klimadienst“ und die Schaffung von zusätzlichen 500.000 Arbeitsplätzen, die durch die Aktivitäten dieses riesigen öffentlichen Dienstleisters angestoßen werden. Ziel dieser Studie ist es, die Menschen davon zu überzeugen, dass durch entschlossenes Handeln gegen den Klimawandel weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als durch die Umstrukturierung des Industriesektors vernichtet werden. Die Träger der Kampagne schlagen insbesondere vor, dass die Beschäftigten in jenen Bereichen, die umstrukturiert werden müssen, die Sicherheit haben sollen, einen Arbeitsplatz zu behalten.

Die Kampagne „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ wird heute von Gewerkschaften und Verbänden in sieben Ländern getragen: **Kanada, Südafrika, Norwegen, New York State, Großbritannien, Portugal und Frankreich.** Den Kampf gegen den Klimawandel im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen erstrebenswert zu machen und starke Allianzen zwischen Umweltorganisationen und Gewerkschaften aufzubauen, ist daher das erklärte Ziel dieser Kampagne. <https://globalclimatejobs.wordpress.com/>

Im Januar 2017 veröffentlichte das französische Bündnis www.emplois-climat.fr einen Bericht, um einen Vorschlag zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen in Frankreich zu diskutieren. Das Bündnis „emplois-climat“ ist ein offenes Forum für Austausch, Diskussion und Vorschläge zu Themen, die die Herausforderungen der ökologischen Transformation mit jenen der Beschäftigung, der Produktionsumstellung und der Ausbildung verbindet. Es vereint Gewerkschaften, Umwelt-, Sozial- und Bildungverbände.

Klimakrise und soziale Krise sind die beiden großen Krisen unserer Zeit

Wir sind mit einer **Klimakrise**, ganz allgemein mit einer Umweltkrise konfrontiert, die unser Ökosystem vor völlig neue Herausforderungen stellt und bereits jetzt die Lebensbedingungen auf unserem Planeten verändert: Vermehrtes Auftreten extremer Wetterphänomene, Artensterben, ökologisch bedingte Umsiedlungen ganzer Bevölkerungsgruppen, dazu kommen natürlich die Umweltverschmutzung und andere Auswirkungen auf unsere Gesundheit.

Einige Fakten: 2017 stehen alle Indikatoren für die globale Klimaerwärmung auf Rot und bis 2030 könnte der Rekord für die weltweiten Treibhausgasemissionen jedes Jahr aufs Neue gebrochen werden. Unser „Kohlenstoffbudget“, das eingehalten werden muss, damit die Klimaerwärmung auf unter 2° C begrenzt werden kann, wird rasend schnell aufgebraucht. Allein mit den (unverbindlichen!) Verpflichtungen, die die Staaten auf der COP 21 eingegangen sind, werden wir bis 2030 75% dieses Kohlenstoffhaushalts verbraucht haben. Die einzige Möglichkeit, eine globale Erwärmung von weit über 3° C bis zum Jahr 2100 zu vermeiden, besteht darin, aus dem fossilen Zeitalter auszusteigen, indem man die Entscheidung trifft, 80% der fossilen Energieträger unter der Erde zu belassen.

Darüber hinaus sind wir mit einer **sozialen Krise** konfrontiert, die unsere Gesellschaften seit Jahrzehnten quält. Massenarbeitslosigkeit mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen für jede(n) einzelne(n) Arbeitslose(n) und mit Auswirkungen auf unsere Gesellschaft als Ganzes: allgegenwärtiges Drängen in prekäre Verhältnisse; Beschäftigte werden mit der Aussicht auf Arbeitslosigkeit erpresst; Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme unter dem Vorwand, die Arbeitsplätze durch „konkurrenzfähige Arbeitskosten“ zu sichern, usw.

Einige Fakten: eine Million mehr Arme in zehn Jahren, vor allem als Folge der steigenden Arbeitslosigkeit. Nach der sehr engen internationalen Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, www.ilo.org) sind 2,8 Millionen Men-

schen in Frankreich (ohne Überseegebiete) von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,7% Ende 2016. Im Jahr 1970 lag sie bei 2,6%. Ein Drittel der Arbeitslosen erhält keinerlei Leistungen, die Hälfte von ihnen erhält nicht mehr als 500 Euro pro Monat und ihre Sterblichkeitsrate ist dreimal so hoch wie die der übrigen Bevölkerung. 3,2 Millionen Menschen, das sind 12,3% der Beschäftigten, haben einen prekären Status. Frauen sind erheblich benachteiligt: 2015 waren 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen – entgegen ihrem Wunsch – nur teilzeitbeschäftigt gegenüber 471.000 Männern. 27% des Gesamteinkommens gehen an die reichsten 10% der Franzosen, zehnmal mehr als an die ärmsten 10%. Darin spiegeln sich Lohnunterschiede, Altersrenten und die sehr ungleiche Verteilung von Renditen und Vermögen wider. Ein Drittel der Franzosen befürchtet, in den nächsten fünf Jahren arm zu werden. Diese soziale Krise untergräbt unsere Gesellschaft.

Die massive Schaffung von „Klimaarbeitsplätzen“, d. h. in den Bereichen, die für einen ökologischen Wandel notwendig sind, ist eine Antwort auf diese doppelte Krise.

Das im Dezember 2015 unterzeichnete und im November 2016 in Kraft getretene [Pariser Abkommen](#) bekräftigt dies in seiner Präambel: Der Kampf gegen die globale Erwärmung muss „die zwingende Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und die Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten“ berücksichtigen. Maßnahmen in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung sind in der Tat von entscheidender Bedeutung dafür, den Kampf gegen den Klimawandel zu verstärken und eine gerechte Transformation zu ermöglichen, die der zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Arbeit einen Sinn geben wird.

Wir müssen heute die Weichen stellen für eine ökologische und soziale Neuausrichtung

Der Glaube an die unbegrenzte Fortführung der Produktivitätssteigerungen und

des Wachstums als Lösung für die Probleme der Arbeitslosigkeit und des ökologischen Umbaus wird zunehmend in Frage gestellt. Sofern sie unter strengen ökologischen und klimatischen Auflagen erfolgen, werden die wesentlichen auf uns zukommenden Änderungen darin bestehen, weniger Güter zu produzieren und zu verbrauchen. Unter der generellen Prämisse des schonenden Umgangs mit Rohstoffen und Energie werden langlebige Güter und Dienstleistungen anders produziert und konsumiert werden als bisher. Und gerade in diesem Übergang von einer Logik der Produktivitätssteigerungen hin zu einer Logik von mehr Qualität, mehr Nähe und mehr Nachhaltigkeit liegt das größte Potential für sinnvolle Arbeitsplätze in der Energie- und Klimawende und nicht in einer Wachstumshypothese, die sich auf die Technologie und unbeschränkt andauernde Produktivitätssteigerungen stützt.

Eine Million Arbeitsplätze werden benötigt

Zahlreiche aktuelle Studien belegen die positiven Beschäftigungseffekte, die von der Umsetzung einer Politik des ökologischen Umbaus zu erwarten sind. In Frankreich nimmt die Zahl der in den Branchen des ökologischen Umbaus geschaffenen Arbeitsplätze von Jahr zu Jahr weiter zu. Rund 320.000 Menschen arbeiten in Berufen, die in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung der Klimawende stehen. Von der Dynamik des ökologischen Umbaus profitieren somit mehrere Wirtschaftszweige: Sanierungsbetriebe, erneuerbare Energien, Recyclingwirtschaft usw.

Um den Anstieg der globalen Temperatur auf maximal 1,5° C bzw. 2° C zu begrenzen, wie im Pariser Abkommen vorgese-

hen, müssen wir dieser Dynamik einen starken Impuls verleihen. Wir müssen unseren Produktionsapparat, unseren Lebensstil sowie unsere Art, zu konsumieren und Handel zu betreiben, verändern, indem wir neue Aktivitäten schaffen. Wir müssen auf die Anzahl der in den Branchen des ökologischen Umbaus geschaffenen Arbeitsplätze einwirken, um die Transformation voranzubringen. Wir müssen aber auch die Arbeitsbereiche erweitern, die ebenfalls am ökologischen Umbau beteiligt werden könnten.

Die massive Schaffung von „Arbeitsplätzen für das Klima“ wäre eine Antwort auf die doppelte Krise unserer Gesellschaft

Selbst wenn der Effekt des Umbaus sich insgesamt positiv auf die Gesamtbeschäftigung auswirkt, werden einige Branchen Arbeitsplätze verlieren. Diese Politik darf jedoch nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Ein ökologischer, sozial gerechter Umbau muss die Herausforderungen der Branchen berücksichtigen, die durch eine Klimapolitik gefährdet werden.

Der hier unterstützte ökologische Umbau erfordert einen Ausstieg sowohl aus der fossilen Energie als auch aus der Atomenergie.

Anlagen wie Raffinerien, Kernkraftwerke oder Kohlekraftwerke werden verschwinden. Branchen, die von fossilen Brennstoffen besonders abhängig sind (Straßenverkehr, Luftfahrt usw.), werden ebenfalls betroffen sein, sobald eine CO₂-Steuer oder Emissionsnormen eingeführt werden. In einigen Branchen wird es unweigerlich zu einem Rückgang der Produktion kommen, während sich andere Sektoren wie die Automobilindustrie oder die industrielle Landwirtschaft verändern müssen.

Das ökologische Transformationsprojekt attraktiv zu machen bedeutet, allen Beschäftigten in den betroffenen Branchen eine Zukunft zu bieten, die erleben, dass ihre berufliche Tätigkeit aufgrund deren umweltbelastender und/oder energieintensiver Natur abnimmt, sich verändert oder sogar verschwindet. Die Beschäftigten in diesen Branchen dürfen nicht zu „grünen Arbeitslosen“ werden. Die Begleitung der Arbeitnehmer/-innen hin zu den durch den Umbau neu geschaffenen Arbeitsplätzen und die Begleitung der Unternehmen hin zu anderen Wirtschaftsmodellen ist unerlässlich. Diese Übergänge und Umstellungen müssen antizipiert, begleitet und finanziert werden, um Krisensituationen zu vermeiden. Ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin eines Kohlekraftwerks, der seinen/die ihren Arbeitsplatz in Nordfrankreich verliert, kann nicht am nächsten Tag als Installateur/-in für Solarmodule in Marseille arbeiten. Die Stärkung der Aus- und Weiterbildung in Berufen des ökologischen Umbaus ist von zentraler Bedeutung dafür, diese Herausforderung zu meistern. Die Arbeitsplätze, die durch eine Politik des ökologischen Umbaus geschaffen werden, werden allein nicht in der Lage sein, die Herausforderungen des notwendigen Strukturwandels der französischen Gesellschaft zu lösen. Aber eine der bedeutendsten Maßnahmen für diesen Strukturwandel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, die einen echten sozialen und ökologischen Mehrwert darstellen, die unsere begrenzten Ressourcen schützen und diejenigen aufwerten, die in diesen Bereichen tätig sind.

Auszüge aus einem „[petit guide](#)“, 2017 Bericht über Workshops „Arbeitsplätze – Klima“ auf der Europäischen Sommeruniversität in Toulouse, August 2017

Bündnis „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“

„Wenn wir soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutz verbinden, werden die Menschen für diese Zukunft kämpfen.“

Naomi Klein, Paris, April 2015

1. Die Klimakrise ist da! „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ bis 2020 zu schaffen, ist unerlässlich, notwendig, dringlich und möglich“

Es geht nicht mehr darum, ob der ökologische Umbau in Gang gesetzt wird, sondern wie und mit welchem Tempo, aber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen werden immer noch allzu oft als unvereinbar mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit betrachtet. Es besteht jetzt dringender Bedarf an einer gemeinsamen Debatte darüber, wie dieser

Umbau beschleunigt und auch gerechter und attraktiver gestaltet werden kann. Darum haben sich Gewerkschaften und Umwelt-, Sozial- und Erwachsenenbildungsverbände im Bündnis „Arbeitsplätze für das Klima“ zusammengeschlossen, um für eine bessere Verknüpfung einer ambitionierten Klimapolitik, der Stärkung ökologischer Umstellungsmöglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und des Schutzes der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sorgen. Sie bringen in die öffentliche Debatte einen Bericht ein, in dem sowohl die notwendige Beschleunigung des ökologi-

schen Umbaus als auch das Problem der Arbeitslosigkeit angegangen werden: die Schaffung von netto einer Million Arbeitsplätzen bis 2020 in den Wirtschaftszweigen, die mit dem ökologischen Umbau in Verbindung stehen, mit einem Gesamtvolumen von rund 105 Mrd. € jährlich für öffentliche und private Ausgaben und Investitionen. Diese Vorschläge stehen allerdings in einem schwierigen Kontext, in dem die traditionellen Bestimmungen von Arbeit und Arbeitsbedingungen einer wachsenden Prekarität weichen. Der Erfolg eines gerechten ökologischen Umbaus wird in hohem Maße von der

kollektiven Fähigkeit abhängen, die Gleichung zwischen zerstörten und geschaffenen Arbeitsplätzen zu lösen und qualitativ hochwertige und nachhaltige Arbeitsplätze im Klimabereich zu schaffen. Sozialer und ökologischer Umbau müssen daher parallel laufen und sich gegenseitig verstärken. Dieser Bericht zeigt, dass ein ökologischer Umbau mit vielen qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen möglich ist.

Für netto eine Million Arbeitsplätze im Jahr 2020 müssen 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitnehmer aufzufangen, die aufgrund der Schwächung bestimmter Wirtschaftszweige wie Kohlekraftwerke, Straßenverkehr und Kernkraftwerke ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Die Herausforderung für die neuen politischen Maßnahmen ist somit dreifacher Art: Förderung und Unterstützung der Entwicklung neuer Tätigkeiten, die für den ökologischen Umbau notwendig und unter sozialen Gesichtspunkten nützlich sind, insbesondere in Gebieten, die von den mit der ökologischen Wende einhergehenden Veränderungen betroffen sind; Umschulungsangebote, die auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer/-innen in den betroffenen Branchen und Gebieten zugeschnitten sind; gleichbleibend hohe Attraktivität der geschaffenen Arbeitsplätze.

Die Organisationen des Bündnisses „Arbeitsplätze für das Klima“ schlagen hierfür sieben praktische Maßnahmen vor:

1. Schaffung von **250.000 überwiegend öffentlich finanzierten, hochwertigen Arbeitsplätzen** mit gutem Status (Vollzeit, langfristig) unter dem Label „ökologischer Umbau“. Dies sind Tätigkeiten, die für den ökologischen Umbau unentbehrlich sind (z. B. lokale Reparaturketten) und deren rein ökonomische Rentabilität kurzfristig nicht gegeben ist.

2. Schaffung von **100.000 ökologisch ausgerichteten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst**. Der Bedarf an öffentlichen Bediensteten auf nationaler und lokaler Ebene zur Umsetzung einer gerechten Politik des ökologischen Umbaus ist hoch.

3. **Investitionen** in die **privaten** Sektoren des ökologischen Umbaus zur Schaffung von **650.000 Arbeitsplätzen**. Ziel ist es, das in umweltschädlichen Sektoren investierte Kapital in den ökologischen Umgestaltungsprozess umzuleiten und diese Finanzströme zu stärken.

4. Lösung des Widerspruchs zwischen Klimaschutz und Arbeitsplatzverlust in gefährdeten Bereichen durch **Umschu-**

lung, die frühzeitig und lokal erfolgen muss, sowie durch angepasste **Ausbildungsangebote**. Für einen gerechten ökologischen Umbau muss die Gleichung zwischen zerstörten und geschaffenen Arbeitsplätzen gelöst werden. Das Ziel muss „null umweltbedingte Arbeitslosigkeit“ sein.

5. **Sicherung der Qualität der Arbeitsplätze** und deren soziale Absicherung in einem gerechten ökologischen Umbau. Die Arbeitsplätze des ökologischen Umbaus müssen menschenwürdige Einkommens- und Arbeitsbedingungen gewährleisten und auf Dauerhaftigkeit angelegt sein.

6. **Einleitung struktureller Veränderungen**, um die Arbeitsplätze an den ökologischen Umbau anzupassen. Um den strukturellen wirtschaftlichen, sozialen, digitalen und ökologischen Veränderungen zu begegnen, müssen neue Formen qualitativ hochwertiger Beschäftigung und menschenwürdiger Entlohnung ausprobiert werden.

7. **Unterstützungsmaßnahmen im Privatsektor** müssen von der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, insbesondere in den Bereichen des ökologischen Umbaus, abhängig gemacht werden. Um die Umstellung der Produktionsmethoden und der strategischen Ausrichtung der Unternehmen zu beschleunigen, müssen die Hilfsmaßnahmen **im Einklang mit den Grundsätzen eines gerechten ökologischen Umbaus stehen** und an präzise Kriterien für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Umweltbedingungen geknüpft sein.

2. Schaffung von netto einer Million Klima-arbeitsplätzen bis 2020, um den ökologischen Umbau zu beschleunigen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen

Mehr Dynamik für den ökologischen Umbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen

Es gibt immer mehr Studien und Analysen und niemand bestreitet es mehr: Der ökologische Umbau schafft eindeutig Arbeitsplätze im Vergleich zu einer Welt ohne Klima- und Energiepolitik, in der die Preise für fossile Brennstoffe steigen und die Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Biodiversität, die Gesundheit, die landwirtschaftliche Produktion und die Wirtschaftstätigkeit im Allgemeinen immer stärker zunehmen. Die Klimakrise zwingt aber zum Handeln: Wir müssen mit der Beschleunigung der Politik des ökologischen Umbaus Ernst machen. Wir müssen sowohl die Zahl der

in ökologischen Bereichen geschaffenen Arbeitsplätze erhöhen, um das Tempo des Umbaus zu beeinflussen, als auch das Spektrum der damit verbundenen Arbeitsplätze erweitern. Die vorgeschlagene Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen für das Klima bis 2020 betrifft vor allem, aber nicht nur, die „klassischen“ Berufe des ökologischen Umbaus.

330.000 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien

80% der fossilen Energieträger in der Erde zu belassen erfordert schnelles Handeln: Der Energieverbrauch muss gesenkt werden durch einen sparsamen Umgang mit Energie, durch eine verbesserte Energieeffizienz und die Verdreifachung des Anteils an erneuerbaren Energien. 100% Strom aus erneuerbaren Energien im Jahr 2050, das ist möglich und schafft viele Arbeitsplätze: Produktion, Errichtung und Wartung von Windkraftanlagen und Solarmodulen, Ausrüstung für Gezeitenkraftwerke, Bau neuer Stromnetze usw.

230.000 Arbeitsplätze im Sozialbereich, um einen ökologischen Umbau „der zwei Geschwindigkeiten“ zu vermeiden

Das angestrebte Projekt des ökologischen Umbaus ist ein gesellschaftliches Projekt für alle Bürgerinnen und Bürger. Fast 20% der französischen Bevölkerung, d. h. 6 Millionen Haushalte, leben in Energiearmut. Ihre Wohnungen sind schlecht isoliert, sie haben keinen Zugang zu einem effizienten öffentlichen Verkehrssystem usw., sie haben daher vor allem sehr hohe Treibstoff- und Heizkosten. Im Zuge des Umbaus entstehen sehr viele Arbeitsplätze im sozialen Bereich. Sozialberater/-innen müssen für den ökologischen Umbau geschult werden und mit den spezifischen Fördersystemen vertraut sein, damit diese Haushalte langfristig aus der Energiearmut herauskommen können.

350.000 Arbeitsplätze für nachhaltigen Wohnkomfort für alle

Der Wohn- und Dienstleistungssektor, der für 23% der französischen Treibhausgasemissionen im Jahr 2015 verantwortlich ist, ist mit 45% des Gesamtverbrauchs der größte Energieendverbraucher, und das Sanierungsprogramm (mehr als 97% des Gebäudebestands bis 2050) ist daher für den Bausektor mit seinem hohen Beschäftigungsanteil sehr umfangreich. Viele Gewerke sind daran beteiligt: Wärmedämmung, Austausch von Energiesystemen, Forschung und Entwicklung, Architekten, Herstellung neuer Materialien und Geräte usw.

50.000 Arbeitsplätze für eine gesunde und solidarische Ernährung

Die industrielle Landwirtschaft ist mit enormen Problemen für die Gesundheit der Landwirte und der gesamten Bevölkerung und mit negativen Folgen für die Umwelt verbunden: Böden werden ausgelaugt, das Grundwasser schwindet, die Artenvielfalt nimmt ab. Zudem werden große Erdölmengen für den Betrieb von Maschinen, die Produktion von Betriebsmitteln oder den Transport von Produkten über weite Strecken benötigt. Eine lokale, nachhaltige, wirtschaftliche und autonome bäuerliche Landwirtschaft würde Arbeitsplätze schaffen und zugleich die Umwelt schonen. Sie würde zu einem geringeren Verbrauch von Betriebsmitteln und fossilen Brennstoffen, zu weniger Landnutzungsänderungen führen und weniger Treibhausgasemissionen verursachen.

26.000 Arbeitsplätze für eine Verkehrs- wende

Der Straßenverkehr ist der erdölintensivste Sektor, und der Verkehr ist heute zu 95 % erdölabhängig. Mehr als 80 % der in Frankreich zurückgelegten Strecken werden mit dem Pkw gefahren, während 11 % auf den Zug und 6 % auf den Busverkehr entfallen. 87 % der Güter werden heute auf der Straße und nur noch 10 % auf der Schiene transportiert. Der Anteil des Schienenverkehrs ist in den letzten 30 Jahren auf ein Drittel gesunken, im Gegensatz zu Deutschland (+23 %), Schweden (+39,4 %) und Österreich (+40,8 %). Die Umgestaltung unseres Verkehrs erfordert ein wahres Mosaik von Aktionen auf allen Ebenen: Ausbau der öffentlichen Verkehrsnetze und Erweiterung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln, Erneuerung des SNCF-Netzes, Entwicklung der gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen und ressourcensparenderer Verkehrsmittel. Alle diese Veränderungen werden Tausende von Arbeitsplätzen entstehen lassen – beim Bau und der Instandhaltung von Infrastrukturen (Bahnhöfe, Buslinien, Fahrradwege, Wasserstraßen), beim Betrieb von Straßenbahnen, Zügen, Bussen, U-Bahnen, in der Ausbildung und in der Erforschung neuer Technologien usw.

Den Gegensatz zwischen Klimaschutz und Arbeitsplatzverlust in gefährdeten Branchen durch eine frühzeitige und lokale Umstrukturierung lösen

Die Klimapolitik wird eine Reihe von Wirtschaftszweigen schwächen und damit Arbeitsplätze vernichten. Um hemmende Faktoren zu überwinden reicht es nicht aus, nur die deutlich sichtbaren arbeitsplatzschaffenden Effekte des ökologischen Umbaus zu betonen, denn dadurch

wird die Problematik des Verhältnisses zwischen geschaffenen und verlorenen Arbeitsplätzen nicht gelöst.

Ein sozial gerechter Umbau erfordert eine Reihe von Voraussetzungen, von denen die erste die Art und Weise der Umstellungen von Branchen und der Umschulung der Menschen betrifft, deren Arbeitsplätze sich zwangsläufig grundlegend verändern müssen. Allen Beschäftigten in den (direkt oder indirekt) betroffenen Sektoren/Branchen, deren Tätigkeiten aufgrund ihrer umweltschädlichen und/oder energieintensiven Natur an Bedeutung verlieren, sich verändern oder sogar ganz verschwinden (Straßen- und Luftverkehr, Gas- und Kohlekraftwerke, industrielle Landwirtschaft usw.), muss eine Zukunft geboten werden, wenn man das Projekt des ökologischen Umbaus attraktiv machen möchte.

Alternative Zukunftsperspektiven erfordern lokale Veränderungen: sowohl eine Weiterentwicklung der beruflichen Erstausbildung als auch der beruflichen Weiterbildung sowie passende Vorschläge zur Umschulung für die betroffenen Beschäftigten (vorhandene und von ihnen erstrebte neu zu erwerbende Qualifikationen, begrenzte Mobilität usw.). Dieses Angebot muss unverzüglich entstehen und sich bereits vorzeitig an die betroffenen Branchen richten, um Situationen, die ein Krisenmanagement erfordern, zu vermeiden. Entscheidend ist aber auch, alternative Projekte zur Neuausrichtung des Standorts und zur Neuorientierung der Arbeitskräfte entwickeln zu können, wenn ein Unternehmen durch energie- und klimapolitische Maßnahmen tatsächlich von der Schließung bedroht ist (z. B. wenn der Kohlepreis die Tätigkeit des Unternehmens unrentabel macht usw.)

Damit diese Zukunft von den Beschäftigten als Chance erlebt und nicht als aufgezwungen erlitten wird, was zur Ablehnung führt, müssen die betroffenen Arbeitnehmer/-innen vollwertige Akteure sein. Deshalb muss man die vorhandenen Hebel richtig in Bewegung setzen (Instrumente des vorausschauenden Beschäftigungs- und Kompetenzmanagements auf Unternehmensebene, koordinierte regionale und lokale Strategien für Beschäftigung, Beratung und Berufsbildung, Verträge auf regionaler Ebene zur beruflichen Entwicklung und Orientierung, Ausweitung des Angebots der Berufsschulen und die Förderung der Landwirtschaft in Richtung Agrarökologie, Entwicklung von „Standortlebensläufen“, die die Fähigkeiten und Qualifikationen einer Gruppe von Beschäftigten identifizieren

und bewerten, um mögliche Entwicklungsoptionen und Perspektiven für neue Aktivitäten einzuschätzen) und, wenn nötig, neue Hebel schaffen, um diese Veränderungen zu antizipieren und zu begleiten: Branche für Branche, Standort für Standort, Region für Region und Individuum für Individuum.

Die Qualität und die soziale Absicherung der Arbeitsplätze im Rahmen eines gerechten ökologischen Umbaus gewährleisten

Der gegenwärtige Kontext der Arbeit ist besonders schwierig: Prekarität, Infragestellung der Verkürzung der Arbeitszeit und der sozialen Absicherung, ja sogar einiger Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches, „Uberisierung“ vieler Sektoren/Branchen (zerstückelte und selbständige Tätigkeiten ohne die sozialen Rechte traditioneller Lohnempfänger), selbständige Unternehmer ohne Organisation in Gewerkschaftsstrukturen, mit sehr begrenztem Sozialschutz (Arbeitslosigkeit, Berufskrankheit, Ruhestand usw.). Um den Grundsätzen eines gerechten ökologischen Umbaus gerecht zu werden, halten wir es für notwendig, gemeinsam gegen diesen Trend anzukämpfen, der über den Rahmen von „Arbeitsplätzen für das Klima“ hinausgeht, und wir fordern, dass die Regierung in Absprache mit den Gewerkschaften und den betroffenen Branchen Überlegungen zur Stärkung der sozialen Absicherung in den jeweiligen Wirtschaftszweigen anstellt.

Strukturveränderungen einleiten, um die Arbeitsplätze den Bedingungen des ökologischen Umbaus anzupassen

Parallel zur kurzfristigen Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen für das Klima halten wir es für unerlässlich, dass die französische Gesellschaft zur Antizipation wirtschaftlicher, sozialer, digitaler und ökologischer Strukturveränderungen die Entwicklung neuer Beschäftigungsformen ausprobiert. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Gegenwärtig wird die Arbeit aufgeteilt zwischen denen, die sie haben, und denen, die sie nicht haben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit führt zu einer anderen Art und Weise der Gestaltung der Lebenszeit, die es ermöglicht, selbst gewählte solidarische, ehrenamtliche, freundschaftliche und familiäre Aktivitäten aufzuwerten. Daher ist es notwendig, ab 2017 eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten, die im Rahmen des gerechten ökologischen Umbaus den Interessengruppen und Forschern zu diesen Themen offensteht.

3. Nicht das Geld fehlt, sondern der politische Wille

Wenn man eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze schafft, hat das einen Preis, da man vermehrt in arbeitsplatzschaffende Bereiche des ökologischen Umbaus investiert (erneuerbare Energien, Sanierung von Gebäuden, öffentlicher Verkehr, Recyclingbranchen usw.) und die Schaffung einer Reihe von Arbeitsplätzen, insbesondere im Dienstleistungssektor, durch Subventionen und andere Mechanismen finanziert. Das Geld dafür ist durchaus vorhanden, denn sehr große Summen werden verschwendet oder in umweltschädliche Aktivitäten investiert, sei es durch Steuerbefreiungen oder -erstattungen, durch Steuerflucht oder durch unwirksame bzw. in einigen Fällen sogar schädliche Zuschüsse. Um einen erfolgreichen Übergang zu einer ökologischeren und gerechteren Gesellschaft zu erreichen, muss die französische Regierung diesen Praktiken ein Ende setzen und neue Einnahmen für den gerechten ökologischen Umbau, insbesondere für die Schaffung von Arbeitsplätzen, sicherstellen.

Der Umbau ist finanzierbar: Die lange Liste von Steuerschlupflöchern, die dem ökologischen Umbau abträglich sind, und die Einnahmeverluste durch Steuerhinterziehung und -flucht sind die Quellen, die zur Finanzierung des Umbaus genutzt werden müssen; zusätzlich muss das Kreditwesen wieder unter Kontrolle gebracht werden.

Zusammenfassung der verfügbaren Einnahmen

Um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, ist es an der Zeit, dass die Regierung ihre Klima-, Wirtschafts- und Finanzpolitik aufeinander abstimmt: Die Fortsetzung des Schutzes von Unternehmen und klimafeindlichen Projekten im Namen von Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Entwicklung führt uns in eine „Klimafalle“. Dabei sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Klimapolitik jedoch perfekt miteinander vereinbar, wenn die richtigen Hebel in Bewegung gesetzt werden.

Es ist daher notwendig, die Einnahmen neu auszurichten, nicht nur, um Arbeitsplätze in den Bereichen/Wirtschaftszweigen des ökologischen Umbaus zu schaffen, sondern auch, um Veränderungsprozesse für Wirtschaftszweige zu unterstützen, deren Arbeitsplätze durch den ökologischen Umbaus gefährdet sind, und für Investitionen, um die französischen Unternehmen mit den Grundsätzen des ökologischen Umbaus besser in Einklang zu bringen.

4. Schlussfolgerung

Unserer Ansicht nach ist es dringend geboten, ein Gegengewicht zu den Debatten zu bilden, die weitgehend von Sicherheitsproblemen beherrscht werden: Attentate, Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, Aufnahme von Flüchtlingen, Überisierung eines Teils der Wirtschaft, abgehängte ländliche Regionen, wachsende soziale Ungleichheiten ... Die Nachrichten und Kommentare konzentrieren sich auf die Verteidigung von Einzelinteressen sowie die Infragestellung von Politik und Institutionen, ohne echte glaubwürdige Alternativen zu entwickeln.

Angesichts der Neigung zu einer „kollektiven Abschottung“ ist es notwendig, Handlungsmöglichkeiten sowohl für ökologische als auch für soziale Fragen vorzuschlagen. Mit diesem Bericht wollen wir daher einen Vorschlag zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen für das Klima in die Diskussion bringen, der es ermöglicht, den sozialen mit dem ökologischen Umbau zu verknüpfen. Eine solche Schaffung von Arbeitsplätzen ist anstrengenswert, um die Politik des ökologischen Umbaus zu beschleunigen, und zugleich auch machbar, weil es Finanzierungsmöglichkeiten gibt.

Dieser Bericht ist jedoch nicht nur für politische Parteien und Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten bestimmt. Gerade auf lokaler Ebene wird der ökologische Umbau mit der Entfaltung und der Vervielfachung von Tausenden von Initiativen am konkretesten. Bei der erfolgreichen Umsetzung des ökologischen Umbaus sind Bürgerinnen und Bürger, lokale Strukturen – Verbände und Gewerkschaften – und Kommunen unabdingbare Akteure. Auf dieser lokalen Ebene müssen die Arbeitsplätze des ökologischen Umbaus, die Notwendigkeit von Umschulungen und Ausbildungsmöglichkeiten diskutiert werden, um Übergänge zwischen den geschaffenen und den vernichteten Arbeitsplätzen zu schaffen.

Der Bericht „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ ist der Grundstein für die Kampagne des Bündnisses, die wir gemeinsam aufbauen werden. Er ist ausbaufähig und sollte durch weitere Beiträge und Debatten vervollständigt, kritisiert und bereichert werden.

Mit welcher Absicht bringen wir diesen Bericht in die öffentliche Debatte ein?

Wir möchten das Jahr 2017 zum Jahr des ökologischen und sozialen Umbaus ma-

chen, während 2016 mit Rekorden endet, die die Pariser Ziele ernsthaft gefährden und politisch gesehen Arbeitslosigkeit, Prekarität und Ungleichheit weiterhin eine „kollektive Abschottung“ vorantreiben. Und wir möchten gegen die Vorstellung ankämpfen, dass die Umsetzung des Umbaus Arbeitsplätze gefährdet.

Wichtig ist uns, den ökologischen und den sozialen Umbau, die zusammen gedacht werden müssen, fest im öffentlichen Diskurs zu verankern und eine Dynamik der Bürger- und Sozialbewegungen zu fördern, die notwendig dafür ist, die Untätigkeit der Politik zu bekämpfen und den Fokus des öffentlichen Handelns auf eine ökologisch wünschenswerte Zukunft zu richten. Wir möchten genügend Kräfte zusammenführen, um multinationale Konzerne und Banken dazu zu zwingen, das Geld „herauszurücken“, das für die Finanzierung von Arbeitsplätzen und unverzichtbaren Investitionen benötigt wird, und um eine ausreichend starke soziale Bewegung aufzubauen, die die Interessen der umweltverschmutzenden Industrien angreift. Wir möchten an die Stelle von Verdrossenheit eine attraktive, erstrebenswerte Zukunft setzen.

April 2017

Mitgliedsorganisationen des Bündnisses:

350.org, Alofa-Tuvalu, Alternatiba, Les Amis de la Terre, Attac, Collectif Associations Citoyennes, CLER, Collectif Roosevelt, Confédération Paysanne, Emmaüs, Espace Marx, FNH, FEDEAR, FSU, Greenpeace, MNCP, RAC, REFEDD, Solidaires, Transform! - Unterstützung durch die LDH

44-Seiten-Bericht mit ausführlichen Quellenangaben [hier](#)

Koordination des Berichts: Didier Aubé, Meike Fink, Jeanne Planche, Julien Rivoire

Übersetzung des zusammenfassenden Berichts : coorditrad (Eveline Haselsteiner, Ulrike Kerstiens, Brigitte Schulte) und SiG-Redaktion

Weitere Initiativen in Frankreich:

<https://avenirecommun.fr/le-livret-energie/>
<https://reseauactionclimat.org/>
<https://alternatiba.eu/>

Welche Bank wählen? – [Leitfaden](#)

Geld zurück – für ökologische und soziale Veränderungen!

Eine Kampagne von Attac Frankreich, von vielen anderen Organisationen mitgetragen, weist auf **200 Milliarden Euro jährlich** hin, die der Staat zusätzlich einnehmen könnte, mehr hier: [SiG 125](#) Seite 10 – Nach diesem Motto fanden Aktionen [gegen Apple](#) und gegen [Banken](#) (wg Begünstigung von Steuerflucht) statt, s. auch [SiG 126](#), S. 14; [SiG 123](#), S. 29

Kohleausstieg 2025: Technisch machbar und klimapolitisch notwendig

6 Thesen zur laufenden Debatte um den Kohleausstieg in Umwelt- & Klimabewegung

Der Kohleausstieg 2025 ist technisch machbar und klimapolitisch notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bündnis aus acht NGOs und Verbänden aus Umwelt- und Entwicklungspolitik in einem Diskussionspapier, das sie an die Fachöffentlichkeit richten.

Die Debatte um den klimapolitisch notwendigen Kohleausstieg wird seit Jahren ohne Ergebnis geführt. Die Politik duckt sich bisher aus Angst vor den Reaktionen aus den betroffenen Regionen weg. Sie ignoriert dabei, dass die jahrelange Verzögerung der aktiven Gestaltung des Strukturwandels die Ausgangslage der betroffenen ArbeitnehmerInnen nur verschlechtert. Gleichzeitig zeigen Beiträge aus der Wissenschaft immer deutlicher, dass zum Vertragen des Problems keine Zeit mehr bleibt.

Auch Bundestag und Bundesregierung haben sich mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Deutschland kann seinen nationalen Beitrag zu diesem Ziel noch erreichen. Der Kohleausstieg bis Ende 2025 ist die Voraussetzung dafür.

Gemeinsam haben Attac, Robin Wood, NaturFreunde Deutschlands, PowerShift,

Konzeptwerk Neue Ökonomie, Bürger-Begehren Klimaschutz, 350.org, Umweltinstitut und das INKOTA-Netzwerk ein Diskussionspapier zum Kohleausstieg 2025 vorgelegt. Darin werden einige Erkenntnisse aktueller Studien aufgegriffen und auf deren Grundlage 6 Thesen zum Kohleausstieg und zur Beschleunigung der Energiewende zur Debatte gestellt.

1. Der Kohleausstieg muss jetzt beginnen: Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis: Wenn die 1,5 Grad- oder auch nur die 2 Grad-Grenze eingehalten werden soll, müssen kurzfristig bereits signifikante Kohlekraftwerkskapazitäten vom Netz gehen.

2. Der Kohleausstieg 2025 ist technisch und ökonomisch machbar: In Kombination mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien, der wesentlich zügiger als unter den aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) 2017 erfolgt, ist ein Kohleausstieg bis Ende 2025 technisch und ökonomisch machbar. Zu diesem Ergebnis kommen Öko-Institut und Prognos in einer aktuellen Studie.

3. Eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien ist unabdinglich: Um die Pariser Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die Versorgungssi-

cherheit zu gewährleisten, muss sich der Zuwachs der erneuerbaren Energien mindestens am EEG 2014 orientieren.

4. Ohne den Kohleausstieg 2025 kann das völkerrechtlich verankerte Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten werden: Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad ist für viele Menschen, gerade im globalen Süden, lebensnotwendig. Die dafür notwendige Begrenzung der CO₂-Emissionen kann jedoch nur mit einem Kohleausstieg bis 2025 erreicht werden.

5. Strukturwandel und Kohleausstieg müssen gemeinsam diskutiert werden: Um den gefürchteten „Strukturbruch“ zu vermeiden, müssen zielgenaue Entschädigungen der Beschäftigten in der Kohleindustrie ebenso wie verlässliche Arbeitsplatzperspektiven zeitnah politisch konzipiert und garantiert werden.

6. Der Kohleausstieg muss von absoluten Reduktionen des Energieverbrauchs flankiert werden: Kohleausstieg und beschleunigte Energiewende müssen von einer Gesellschaftspolitik begleitet werden, die die Frage nach umfassender Lebensqualität für alle jenseits rein materieller Wohlstandsmodelle in den Mittelpunkt stellt.

Ende Gelände kündigt Massenaktion zivilen Ungehorsams im Rheinischen Braunkohlerevier für 2018 an - Den Hambacher Forst durch sofortigen Kohleausstieg retten

Zum ersten Mal seit 40 Jahren gelang es der Klimagerechtigkeitsbewegung durch Proteste und Klagen über eine gesamte Rodungssaison hinweg die weitere Abholzung des Waldes für den Hambacher Tagebau zu verhindern. **Ende Gelände fordert einen dauerhaften Rodungsstopp und kündigt für die nächste Saison ab Oktober 2018 eine Aktion massenhaften zivilen Ungehorsams an.** Am Tagebau Hambach wird das Bündnis wieder für einen sofortigen Kohleausstieg eintreten.

„Der Erhalt des Hambacher Forsts ist eine Sofortmaßnahme für Klimagerechtigkeit hier und weltweit. Alle wissen, dass die Kohle im Boden bleiben muss, um die Klimakrise nicht zu verschärfen. Dennoch zerstört RWE aus Profitinteresse weiterhin den Wald. Ende Gelände stellt sich dieser Absurdität entgegen“, sagte Pressesprecherin Karolina Drzewo.

Im letzten Jahr blockierte das Bündnis Ende Gelände im August und November Koh-

leinfrastruktur im Rheinischen Braunkohlerevier. Mit Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams setzt sich Ende Gelände als Teil der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung für den sofortigen Kohleausstieg ein.



Der Hambacher Forst wurde bereits zu großen Teilen für den Tagebau zerstört. Braunkohle ist die klimaschädlichste und dreckigste Energiequelle. Bevor RWE den Wald aufkaufte, gehörte er den umliegenden Gemeinden. Sie setzen sich heute gemeinsam mit vielen Akteur*innen für den Erhalt des Waldes ein.

Am Sonntag, 18.03.2018, kamen mehr als

600 Menschen im Hambacher Forst zusammen und stellen sich mit einer „Roten Linie“ schützend vor den Wald. Das Bündnis gegen Braunkohle und die Bürger*inneninitiative Buirer für Buir riefen zu der Aktion gegen Kohle auf.

<https://www.ende-gelaende.org/de/>

Strategiekonferenz der Bewegung für Klimagerechtigkeit für Aktivitäten in 2019 vom 17.-19.8. beim Klimacamp im Rheinland vom 11.-22.8.2018 :

<http://www.klimacamp-im-rheinland.de/>

Europäische Konferenz „**Just Transition - Gerechter Übergang**“ im Dez.2016 in Brüssel - Bericht: [Rosalux](#) Arbeitspapier der EKU-AG, 2012 "Eine emanzipatorische Perspektive auf die Energiewende" [hier](#)

Bericht über eine [TUED-Konferenz](#) im Juni 2017

Weitere Artikel auf www.labourmet.de

Alter Summit unterstützt eine öffentliche Eisenbahn in Frankreich und anderswo

Brüssel, den 21. März 2018

Die Regierung von Emmanuel Macron greift die SNCF an. Alter Summit möchte seine volle Unterstützung für die Arbeitnehmer/-innen des Unternehmens und aller Subunternehmen sowie für die Nutzer/-innen und Bürger/-innen zum Ausdruck bringen, die den Preis für die Privatisierung und den Abbau eines effizienten öffentlichen Dienstes zahlen würden. Die Regierung Macron will diese Politik „vor dem Sommer“ durchsetzen.

Wir werden die Aktivitäten unterstützen, die beschlossen werden, wie die Mobilisierung für den öffentlichen Dienst am 22. März 2018, einen Tag der Mobilisierung nicht nur für die Bahn, sondern für den gesamten öffentlichen Dienst.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an unser Engagement für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen, das wir bereits vor kurzem zum [Ausdruck](#) gebracht haben.

Eisenbahnpolitik: eine nationale und europäische Herausforderung

Seit mehreren Jahren versuchen die aufeinanderfolgenden Regierungen, die öffentliche Bedeutung der SNCF und den Status der Eisenbahner/-innen zu schwächen, einen minimalen Service einzurichten und das Netz zu „rationalisieren“ (das heißt Schließung unrentabler Strecken). Außerdem haben sich die Investitionen in den letzten Jahrzehnten auf Hochgeschwindigkeitsstrecken (die nur eine Minderheit von Fahrgästen befördern) konzentriert und damit das regionale und lokale Schienennetz vernachlässigt. So könnte eine Regierung auch einen starken Pfeiler der Gewerkschaft schwächen, der im Falle eines sozialen Konflikts ein ganzes Land blockieren kann.

In Frankreich ist „der Straßenverkehr der erdölintensivste Sektor, und der gesamte Verkehr ist heute zu 95% von den Erdölressourcen abhängig. In Frankreich werden mehr als 80% der Strecken mit dem Pkw zurückgelegt, gegenüber 11% mit dem Zug und 6% mit dem Bus. 87% der Güter werden heute auf der Straße befördert, knapp 10% auf der Schiene. Der Anteil der Bahn ist in den letzten 30 Jahren auf ein Drittel gesunken“ (www.emplois-climat.fr).

Der Prozess der Liberalisierung und Privatisierung des Eisenbahnsektors ist aber auch eine lange europäische Geschichte. Von den ersten Debatten in den 70er Jahren bis 1996 mit dem Weißbuch „Eine Strategie zur Revitalisierung der Eisenbahn in der Gemeinschaft“ wurden in offiziellen Texten die Hauptlinien der europäischen Strategie in diesem Bereich festgelegt, die später in den verschiedenen „Eisenbahnrichtlinien“ umgesetzt werden sollte.



Die erste [Eisenbahnrichtlinie](#) (2001) zielte im Wesentlichen darauf ab, eine rechtliche und funktionale Trennung zwischen dem für die Errichtung, den Betrieb und die Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur zuständigen Infrastrukturbetreiber und dem Eisenbahnverkehrsunternehmen, das Güter- und/oder Personenverkehrsdienste erbringt, herbeizuführen. Die zweite [Eisenbahnrichtlinie \(2004\)](#) sah den 1. Januar 2007 als letzten Termin für die Öffnung aller Schienengüterverkehrsdienste in der Union für den Wettbewerb vor, außerdem die Gründung der [Europäischen Eisenbahnagentur](#) (ERA). Die dritte Eisenbahnrichtlinie (2007) sah den 1. Januar 2010 als letzten Termin für die Öffnung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs für den Wettbewerb vor. Schließlich sollte die vierte am 30. Januar 2013 vorgelegte Richtlinie die Liberalisierung abschließen. Sie enthält zwei grundlegende Bestimmungen: die Öffnung der inländischen Personenverkehrsdienste für den Wettbewerb und die Vertiefung der Trennung zwischen Infrastrukturbetreiber und Eisenbahnunternehmen.

Generell hat die europäische Verkehrspolitik die Liberalisierung aller Verkehrsträger, nämlich des Straßen-, Fluss-, See- und Luftverkehrs, vorangetrieben. Haupt-

nutznießer dieser Liberalisierung ist nach wie vor der Straßenverkehr (und in geringerem Maße der Luftverkehr), der seit Beginn dieser Politik zugenommen hat und damit seinen Abstand zu anderen Verkehrsträgern, insbesondere der Schiene, vergrößert hat.

Wir erinnern daran, dass der Schienenverkehr angesichts der Klimakrise und im Hinblick auf einen ökologischen Umbau eine wichtige Rolle spielt. Der Fahrplan [Verkehr 2050](#) der Europäischen Kommission zielt sicherlich darauf ab, den Schienenverkehr zu fördern und damit die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor bis zur Mitte des Jahrhunderts um 60% zu senken. Aber das kann nur ein Wunschdenken sein, wenn der Prozess der Liberalisierung, Privatisierung und Demontage des Eisenbahnsektors fortgesetzt wird.

Dieser Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess, der in Großbritannien (wo die Wiederverstaatlichung der Eisenbahn gefordert wird), Deutschland, Belgien usw. bekämpft wurde, steht einer allgemein zugänglichen öffentlichen Dienstleistung (Preis, geografischer Zugang) und einer ehrgeizigen Klimapolitik, die auf schnellem und umweltfreundlichem Verkehr basiert, entgegen.

Unterstützen wir die Kämpfe in Frankreich gegen die „Reform“ der SNCF, indem wir unsere Solidarität bekunden und vor allem die Kämpfe in unseren jeweiligen Ländern verstärken!

Solidaritätserklärungen können an sud.rail.federation@gmail.com und <https://www.cheminotcgt.fr/contacts/#general> geschickt werden.

Gewerkschaftsbündnis: s. cheminotcgt.fr (Kommuniqué für den 22.3.); <https://sudrail.fr>

Links (in verschiedenen Sprachen)

EU – [Livre blanc](#) (1996)

[EU-Richtlinien](#) über den Schienenverkehr

Nationale Kampagnen:

Deutschland: <http://www.bahn-fuer-alle.de/>

Großbritannien: <http://actionforrail.org/>

Die Privatisierung des Schienenverkehrs in Großbritannien: [Hummedia](#) (ausführlicher Bericht); [La Tribune](#), [The Guardian](#), [The Guardian](#),

Belgien: [La libre](#); Gewerkschaft [CSC](#)

S. auch: [Erklärung von 160 Persönlichkeiten in Frankreich gegen die SNCF-Reform](#) (Le Monde vom 21.3.)

[Attac Fr zu PPP](#)

[Artikel](#) von Georg Polikeit auf Deutsch; weitere Berichte auf www.labournet.de

Frankreich: Anti-Atom-Aktionen (11. März - 26. April 2018)



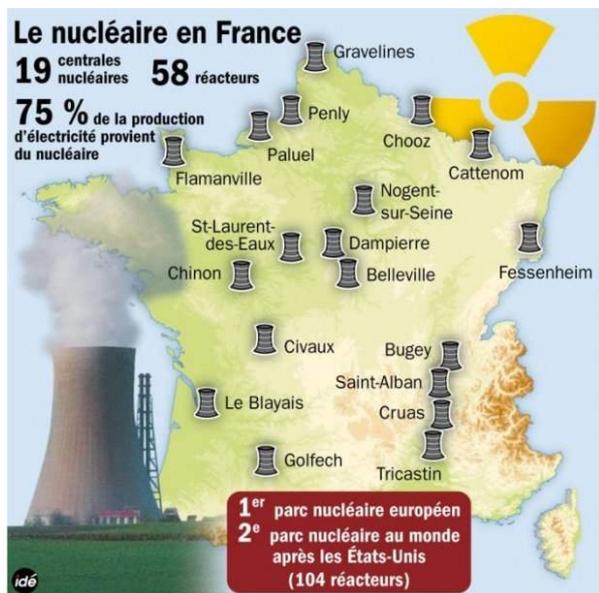
Kalender der Aktionen : <http://www.sortirdunucleaire.org/Liste-des-actions-mob-2018>

Attac Frankreich

Am 11. März vor 7 Jahren begann die Katastrophe von Fukushima. Japan weiß nicht mehr, was es mit seinen Abfallbergen anfangen soll, und die beschädigten Reaktoren werfen ihre gefährliche Radioaktivität weiterhin in die Umwelt ab. Die Behörden organisieren jedoch die Rückführung der Bewohner in die kontaminierten Gebiete, als ob nichts gewesen sei. Eine solche Entscheidung kann die Zahl der Opfer nur unerbittlich erhöhen. In **Frankreich** ist der Ausstieg aus der Atomenergie dringender denn je, da die Atomindustrie Skandale - wiederholte Zwischenfälle, fehlerhafte Baumaßnahmen, Aktenfälschung und Verschweigen von Anomalien - anhäuft.... Während EDF die Betriebsdauer der Reaktoren auf 50 oder sogar 60 Jahre verlängern will, setzt die Regierung ihren Rückwärts-Gang fort: Nicolas Hulot hat unter Berufung auf den "Realismus" auf die Fristen für die Reduzierung des Atomenergieanteils verzichtet. Doch es sind die enormen Investitionen in die Atomenergie, die die Entwicklung von Alternativen blockieren! Selbst die Beschäftigten in der Atomindustrie haben kein Vertrauen mehr in ihre Arbeitsmittel und sind überrascht, dass es in Frankreich noch keinen Unfall gegeben hat. (...)

<https://france.attac.org/agenda/article/grand-rassemblement-antinucleaire>

Fukushima in [SiG89](#) (Attac Japan, Eisenbahnergewerkschaft von Chiba; attac DE: Ausstieg jetzt!)



s. auch: [Atomkraft in anderen Ländern](#), von Ausgestrahlt

Charta des Netzwerks "Sortir du nucléaire"

Wir stellen fest:

- die frühere und jetzige Katastrophen schaffen eine unerträgliche Situation für die Menschen und verheeren für immer ganze Regionen;
- die Gefahr schwerer Unfälle nimmt aufgrund der besorgniserregenden Alterung der Kernkraftwerke zu;
- die Anhäufung radioaktiver Abfälle gefährdet heutige und künftige Generationen;
- die radioaktive Verseuchung durch kerntechnische Anlagen gefährdet die Gesundheit;
- die zivile Nutzung der Kernenergie fördert direkt oder indirekt die Verbreitung und den Einsatz von Kernwaffen;
- die Kosten des Nuklearsektors sind unerschwinglich (Bau und Stilllegung von Anlagen, Entsorgung radioaktiver Abfälle);
- die Atomlobby stellt eine Gefahr für die Demokratie dar;
- Frankreich ist das letzte Land in Europa, das alles auf die Kernenergie setzt.

In dieser kritischen Zeit, angesichts der zunehmenden Gefahren von Unfällen und militärischen Konfrontationen, angesichts der Notwendigkeit einer neuen Energie- und Strategie-Orientierung, fordern wir, Bürger, Wissenschaftler, Abgeordnete, Verbände, Unternehmen... eine sofortige Entscheidung für einen dringenden Ausstieg aus der zivilen und militärischen Kernkraft.

Wir wollen:

- die Einstellung der Projekte zur Entsorgung radioaktiver Abfälle durch unterirdische Lagerung,
- die Einstellung der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in La Hague und der energetischen Nutzung von Plutonium (MOX-Brennstoff),
- die Einstellung des Exports von Elektrizität und aller Nuklear-techniken,
- die Nichterneuerung des Kernenergieparks,
- die Abschaltung der in Betrieb befindlichen Reaktoren.
- die Abschaffung und Beseitigung aller nuklearen oder radioaktiven Waffen.

Es ist möglich durch

- die Entwicklung von Energieeinsparungen,
- die Umsetzung einer anderen Energiepolitik auf der Grundlage erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Holz usw.), die in hohem Maße Arbeitsplätze schaffen,
- den Einsatz in der Übergangsphase von Energieerzeugungstechniken, die am wenigsten umweltschädlich sind (Gaskraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung usw.)

<http://sortirdunucleaire.org/charte>

Naoto Kan, Premierminister in Japan zur Zeit der Fukushima-Katastrophe ,

hat im März eine [Rundreise](#) in Frankreich gemacht. In seiner [Video-Botschaft](#) an das 3. anti-Atom-WSF in Paris im Nov. 2017 (Dokumentation des WSF [hier](#)) hatte er u.a. erklärt: „Bis zum Störfall in Fukushima hatte ich immer gedacht, dass dank der vorzüglichen Qualität unserer Technologie ein Unfall wie in Tschernobyl bei uns nicht stattfinden könnte. Ich habe dann begriffen, wie ich mich geirrt hatte. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass wir im Interesse der künftigen Generationen in Japan und überall in der Welt die Atomkraft aufgeben müssen. In Japan gab es damals 54 Atomkraftwerke, jetzt sind es nur 5, weil die Mehrheit der Menschen in Japan die Atomkraft nicht will.“

Radioaktivität kennt keine Grenzen 10. März 2018: Europäische Brückenaktion für die Schließung aller Atomanlagen



Am Samstag, den 10.03.2018 fand eine Brückenaktion in Deutschland, Frankreich, Spanien mit Anti-Atom Bannern/Bandrollen auf Brücken, an Kreisverkehren oder an Kreuzungen. (...) **Die Anti-Atom-Initiativen** fordern auf EU-Ebene mit Dringlichkeit, dass aus sicherheitsrelevanten Gründen alle europäischen Atomanlagen sofort und unumkehrbar abgeschaltet werden, aufgrund der zunehmenden Bedrohung durch Störfälle, die auf die überalterten Atomanlagen zurück zu führen sind, auch weil es jederzeit möglich ist, dass ein GAU nicht nur durch menschliches Versagen oder durch einen Unfall in einem AKW ausgelöst werden kann, sondern auch durch einen Terrorangriff, Flugzeugabsturz. Sie fordern die Beendigung des Endlagerprojekts für atomare Abfälle in Bure, (...)

Auch mahnen sie, dass ein weiteres Fukushima jederzeit und überall möglich ist und gedenken an den 7. Jahrestag der nuklearen Katastrophe in Fukushima sowie an deren Opfer. Zugleich fordern sie auf europäischer Ebene, dass in erneuerbare Energien investiert und dezentral ausgebaut wird.

Mehr: [Chaine humaine](#) ; ([Fotoreihe](#) und [Liste der teilnehmenden Gruppen](#) – [Attac Untere Saar](#) gehörte dazu)

La France Insoumise hat eine öffentliche Abstimmung vom 11. bis zum 18. März in ganz Frankreich organisiert: „**Sind Sie für den Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie? Also für die schnellstmögliche Abschaltung aller Kernreaktoren durch die Entwicklung erneuerbarer Energien, Energieeinsparungen und Energieeffizienz sowie für die aktive Beteiligung Frankreichs am Kampf gegen die Verbreitung von Kernwaffen und für die weltweite Abschaffung von Kernwaffen.**“
[Argumente](#) - [Anhörungen](#) - [Ergebnis](#): 93,13 % der 314 530 Teilnehmer/-innen sind für den Ausstieg. [Auswertung](#)

Die französische Regierung will den Bau eines **Atomülllagers** Namens Cigéo in tiefen geologischen Schichten in **Bure** mit Gewalt durchsetzen.

500 Militärpolizist*innen [räumten am 23. Februar](#) eine seit 1,5 Jahre andauernde Besetzung des Waldes, der für die Anlage gerodet werden soll.

Die Gegend steht im [dauerhaften polizeilichen Ausnahmezustand](#). Demonstrationen werden verboten, die Menschen bis in ihre Wohnungen überwacht. Sie geben den Kampf nicht auf. Viele dezentrale Bure-Unterstützungskomitees wurden gegründet. <http://de.vmc.camp/>
S. auch den Flyer „[Atomüll ohne Ende](#)“ von [Ausgestrahlt](#)



Das AKW Cattenom ist mangelhaft...

Nach dem Supergau in Fukushima wurden alle europäischen AKW einem Stresstest unterzogen. Trotz der betreiberfreundlichen Gestaltung und dem Minimalprogramm der Tests, fiel das Ergebnis für Cattenom mit der [Note Mangelhaft](#) aus.

Aus einem Interview in der Sendung Monitor vom 18.10.12 mit Herrn Dieter Majer, Technischer Leiter der deutschen Atomaufsicht a.D. (...) Für Majer steht fest: Cattenom müsste sofort abgeschaltet und einer wirklich gründlichen Überprüfung unterzogen werden. „Die ganz wichtigen Unterlagen, Systembeschreibungen, Schaltpläne, Prüfhandbücher, Berechnungen über Einfallswahrscheinlichkeit von Unfällen, all das wurde eben nicht zur Verfügung gestellt für die Anlage.“

Der EU -Stresstest stellte für Cattenom Defizite fest, etwa unzureichende Auslegungen bei schweren Erdbeben und Überflutungen. Die aber seien ja nachrüstbar. Andere schwere Mängel, die Majer festgestellt hat, finden sich erst gar nicht im Stresstestbericht. Dieter Majer: „Da geht es um Korrosion von wichtigen sicherheitstechnischen Einrichtungen, da geht es um fehlende Brandschutz-Einrichtungen, da geht es um elektrische Einrichtungen, die in ihrer Ausführung nicht dem entsprechen, was man in einem Atomkraftwerk zu erwarten hat. Also ein weiterer Betrieb von Cattenom halte ich für nicht verantwortbar.“

... verurteilt werden aber Greenpeace-Aktivisten

Ein Gericht in Thionville hat acht Greenpeace-Aktivisten zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Monaten verurteilt. Sechs davon wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Aktivisten waren im Oktober vergangenen Jahres auf das Gelände des Atomkraftwerks Cattenom eingedrungen und hatten ein Feuerwerk gezündet. Sie haben laut Greenpeace auf die Gefährdung von Atomkraftwerken aufmerksam gemacht, als sie im vergangenen Jahr neben den Abklingbecken ein Feuerwerk entzündeten.

Das Gericht sah das anders. Die Aktivisten wurden zusätzlich zu einer Strafzahlung von 50.000 Euro verurteilt. Greenpeace muss eine Geldstrafe von 20.000 Euro zahlen. Die Umweltorganisation wird voraussichtlich in Berufung gehen.

Vollständiger Bericht [hier](#)

Infos: <http://antiatomnetz-trier.de/informier-dich/cattenom/>
<https://www.stoerfall-atomkraft.de/site/tag/cattenom-non-merci/>

Ach ja, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron möchte aber sechs EPR-Atomreaktoren an Indien verkaufen. - [Bericht von Hans-Josef Fell](#), auch auf der Web-Seite von [Franz Alt](#)

Die Nukleare Kette brechen!

Kazaguruma-Demonstration zum 7. Jahrestag von FUKUSHIMA am 10. März 2018 in Berlin

Die **Kampagne ICAN** wurde 2017 für ihren Einsatz zum Verbotsvertrag von Atomwaffen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Und es ist noch ein langer Weg, bis die Atomwaffen von der Welt verschwunden sein werden. Denn es gibt genug atomare Sprengköpfe, um die Erde mehrfach in die Luft zu jagen.

Zwar sprechen wir vom Ausstieg aus der Atomenergie, aber [Anfang 2017 waren weltweit 449 Reaktoren in 31 Ländern in Betrieb](#), seit Januar 2018 laufen noch 7 Reaktoren in Deutschland.

In **Japan** wurden alle 54 Reaktoren nach Fukushima abgeschaltet aber trotz des Widerstandes der Bevölkerung sind bereits 5 Reaktoren wieder ans Netz gegangen.

Militärische und zivile Nutzung der Atomkraft sind zwei Seiten derselben Medaille, eng miteinander verbunden durch dieselben Glieder der nuklearen Kette – Uranabbau, Forschungsreaktoren, Anlagen zur Anreicherung oder Wiederaufarbeitung. Und am Ende der Kette bleibt der Atom Müll. Durch die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft wird für eine weite Verbreitung waffenfähiger Materialien gesorgt. Um Atomwaffen und Atomenergie abzuschaffen, muss man die gesamte nukleare Kette brechen.

Il diese Kettenglieder produzieren radioaktiven Müll oder Fallout, die über Hunderttausende von Jahren verbleiben. Die radioaktive Strahlung ist für Gesundheit und Umwelt gefährlich und verursacht Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stoffwechselstörungen und genetische Defekte auch noch nach Jahrzehnten, und sogar über Generationen. Für den ständig wachsenden Atom Müll am Ende der nuklearen Kette gibt es keine adäquate Lageroption.

73 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, 32 Jahre nach Tschernobyl und 7 Jahre nach Fukushima: Wir müssen die nukleare Kette weltweit brechen, um das atomare Zeitalter Geschichte werden zu lassen!

Wir fordern:

1. Ein weltweites Verbot von Uranabbau. Uran soll in der Erde bleiben.
2. Die Beendigung der Herstellung von spaltbaren Materialien aus Uran, im militärischen wie im zivilen Bereich.
3. Der umfassende Atomteststoppvertrag soll endlich in Kraft treten[*].
4. Deutschland und Japan sollen dem Atomwaffenverbotsvertrag zustimmen!
5. Schnellstmögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke und Verwerfung von Neubauplänen
6. Der EURATOM-Vertrag muss gekündigt und durch einen Vertrag zur Förderung von erneuerbaren Energien ersetzt werden.

[*] Der Vertrag von 1963 verbietet nur teilweise die Tests, der umfassende Vertrag ist noch nicht abgeschlossen:

[Kernwaffenteststopp Vertrag, Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser](#)

<http://kazagurumademo.de/>

Fotos



Mit einer Vielzahl von Protestaktionen wurde rund um den Jahrestag an das Unglück erinnert und die Forderung nach einem sofortigem Aus aller Atomanlagen zu erneuert.

ausgestrahlt hat auch in diesem Jahr zu bundesweiten Mahnwachen aufgerufen, die in über 60 Orten veranstaltet wurden. Größere Demonstrationen gab es in Berlin, Neckarwestheim und im Rahmen eines europäischen Brückenaktionstages. Aktionen in ganz Deutschland anlässlich des 7. Jahrestags von Fukushima www.ausgestrahlt.de - [Fotos](#)

Attac Österreich

Reihe Energiedemokratie - Öffentliche Ringvorlesung

Ab 6. März findet an der BOKU (Universität für Bodenkultur) in Wien eine öffentliche Ringvorlesung zum Thema Energiedemokratie statt. Es können auch einzelne Vorträge besucht werden, eine Anmeldung ist sodann nicht nötig. **immer dienstags, 18.30-20.30, Augasse 2-6, 1090 Wien, HS 3**

In dieser studentisch organisierten Ringvorlesung wird das Konzept "Energiedemokratie" aus inter- und transdisziplinärer Perspektive betrachtet. Dieses umfasst unter anderem Fragestellungen hinsichtlich der Auswirkungen von Stromproduktion und -distribution auf Gesellschaft und Umwelt, Analysen der derzeitigen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Energiesektor sowie mögliche und bereits praktizierte Alternativen. Die Energiewende wird in diesem Zusammenhang als gesellschaftspolitisches Projekt verstanden, das es zu gestalten gilt.

Programm im Detail:

(...) 17. April: **Machtverhältnisse im Energiesektor** [Michael Torner, KlimAttac/ FH Technikum]

24. April: **Mitmachen erwünscht? - Wie kann Partizipation im Energiesektor gelingen?** [Patrick Scherhauser, BOKU]

8. Mai: **Schauplätze zivilgesellschaftlicher Intervention - Widerstand als Strategie?** [Podiumsdiskussion]

15. Mai: **Wie kann die Energiewende sozial gerecht gestaltet werden?** [Josef Thoman und Michael Soder, AK]

29. Mai: **Wem gehören die Ressourcen? - Wie die europäische Energiewende den Globalen Süden beeinflusst.** [Laura Weis, Powershift]

5. Juni: **Energie demokratisieren - Woran scheitert's? Perspektiven aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft** [Podiumsdiskussion mit Helga Kromp-Kolb (gWN), Florian Maringer (IG Windkraft), Lukas Liebmann (System Change, not Climate Change)]

12. Juni: **Perspektivenwechsel: Energiedienstleistungen statt Energieflüsse** [Angela Köppl, Wifo]

19. Juni: **Best practice Energiedemokratie - Die Welt ist voller Lösungen** [Podiumsdiskussion]

26. Juni: **Energiedemokratie überblicken - Syntheseinheit** [Ulrich Brand, Universität Wien]

<http://www.attac.at/events/reihe-energiedemokratie.html>

EU-Afrika: NGO-Bündnis fordert Moratorium für Handelsabkommen Zu schwach und kontraproduktiv: Kritik an EU-Partnerschaften mit afrikanischen Ländern

15.03.2018

Mehrere Entwicklungsorganisationen appellieren an die neue Bundesregierung, die zwangsweise Öffnung afrikanischer Märkte durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA - Englisch: Economic Partnership Agreements/EPA) der Europäischen Union mit Afrika auszusetzen.

Mit Blick auf die Regierungsbildung ist es nun an der Zeit, die Handelsbeziehungen zwischen Afrika und Europa neu zu gestalten, fordern **Germanwatch, Brot für die Welt, MISEREOR, die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) und Attac Deutschland.**

Absichtserklärungen reichen nicht aus "Mit ihrer Absichtserklärung, man wolle 'Vorreiter für eine faire Handelspolitik mit Afrika' sein und die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten daraufhin überprüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen, weist die Koalitionsvereinbarung in die richtige Richtung", urteilt Boniface Mabanza von der KASA. Dennoch greift der Vorschlag von Union und SPD viel zu kurz und wird den Interessen der afrikanischen Staaten nicht gerecht.

"Deswegen schlagen wir vor, die zwangsweise Öffnung afrikanischer Märkte durch die Interimsabkommen der EU mit Ghana, der Elfenbeinküste und Kamerun einzufrieren, keine weiteren Abkommen dieser Art zu forcieren und alle Verhandlungen im Rahmen der WPA einzustellen. Denn die damit verbundene Liberalisie-

rung des Handels ist für die Staaten Afrikas von Nachteil und dient vor allem den Interessen der EU", sagt Kerstin Lanje, entwicklungspolitische Referentin bei MISEREOR.

Panafrikanische Freihandelszone

Ferner steht im Koalitionsvertrag, dass die zukünftige Bundesregierung die Afrikanische Union beim Aufbau einer einheitlichen panafrikanischen Freihandelszone unterstützen will.

"Die angestrebte Integration in den verschiedenen Wirtschaftsregionen Afrikas wird durch diese Einzelabkommen massiv behindert, indem die EU etwa in Westafrika für Ghana und Côte d'Ivoire andere Außenzölle erzwingt als in der gemeinsamen Zollunion", so Francisco Mari, Referent für Agrarhandel bei Brot für die Welt. Dadurch werden EU-Dumpingexporte auch die Nachbarländer überschwemmen, die gar kein Abkommen wollen.

"Die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stellen einen tiefen Angriff auf die Wirtschaftsstrukturen afrikanischer Länder und Regionen dar. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden einer unfairen Konkurrenz mit der EU ausgesetzt", betont Roland Süß von Attac Deutschland.

"Die Abkommen führen zu massiven Verlusten von Staatseinnahmen durch Zollabbau. Darüber hinaus sprechen sie den afrikanischen Ländern das Recht ab, strategische Partnerschaften mit Drittländern mit einem bestimmten Anteil am Welthandel abzuschließen. Somit stören

sie viele der Prozesse, die die Afrikanische Union anstößt."

Die fünf Organisationen fordern daher, dass sich Deutschland für ein **Moratorium der WPA** einsetzt, um dazu beizutragen, dass die EU-Afrika-Beziehungen auf eine neue, fairere Basis gestellt werden können.

Dokumentation der Konferenz "Die Chance ergreifen. Die EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten"

Im Vorfeld der von den Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung organisierten "G20 Africa Partnership Conference. Investing in common future" organisierten **Brot für die Welt, Misereor, Germanwatch, Attac Deutschland und KASA am 7. Juni 2017** eine Alternativkonferenz. Die Dokumentation dieser alternativen Handelskonferenz ist jetzt unter dem Titel "[Die Chance ergreifen. Die EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten](#)" veröffentlicht worden.

In ihr kommen führende Persönlichkeiten der handelspolitischen Szene des afrikanischen Kontinents zu Wort, die an den Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen teilgenommen haben und ihre Erfahrungen nach mehr als 15-jährigen Gesprächsprozessen mit der EU beschreiben. Ein ergänzendes Positionspapier beschreibt auf Grundlage der Analysen dieser afrikanischen Expertinnen und Experten, wie Wege aus der Verhandlungskrise der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen aussehen müssten.

<http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/eu-afrika-ngo-buendnis-fordert-moratorium-fuer-handelsabkommen/>

Artikel in „**Sand im Getriebe**“ über EPA: [SiG113](#), [SiG117](#), [SiG121](#) Web-Seite [Bilaterals](#) über EPA



bilaterals.org

EVERYTHING THAT IS NOT HAPPENING AT THE WTO
TODO AQUELLO QUE NO SUCEDE EN LA OMC
TOUT NE SE NÉGOCIE PAS À L'OMC

Analysen und Informationen über Handels- und Investitionsverträge, über Bewegungen weltweit: <https://www.bilaterals.org/?lang=en>

Attac Schweiz: Konzernverantwortungsinitiative

Konzerne mit Sitz in der Schweiz stehen immer wieder negativ in den Schlagzeilen:

In ihren internationalen Tätigkeiten verletzen sie allzu häufig Menschenrechte und Umweltstandards.

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken, Umweltverschmutzung beim Rohstoffabbau – solchen unethischen Geschäftspraktiken muss endlich ein Riegel geschoben werden. Deshalb hat eine breite Allianz aus Hilfswerken, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die **Konzernverantwortungsinitiative** lanciert.

Das Ziel: verbindliche Regeln für Konzerne zum Schutz von Mensch und Umwelt – auch bei Auslandstätigkeiten. Dadurch wird im wirtschaftlichen Wettbewerb auch mehr Fairness geschaffen. <http://konzern-initiative.ch/>

Rohstoffhändler aus der ganzen Welt trafen sich vom 19.-21. März am Genfer-

see um über Wachstum- und Gewinnaussichten zu diskutieren. Das Kollektiv gegen die Rohstoffspekulation – dem auch Attac Schweiz angehört – organisiert einen Gegengipfel und eine Demo, um die verheerenden Praktiken dieser diskreten Industrie anzuprangern.

<https://stop-speculation.ch/>
- mehr: [Attac Schweiz](#)

Alternativen zu TTIP, CETA & Co: Österreich: Neue Plattform „Anders Handeln“ startet

Breites Bündnis fordert Kurs-
wechsel der EU-Handelspolitik

<http://www.anders-handeln.at/>

InitiatorInnen : Attac, GLOBAL 2000,
Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung (KABÖ),
ÖBV - Via Campesina Austria, Südwind,
Gewerkschaft PRO-GE, Gewerkschaft vida,
youunion_Die Daseinsgewerkschaft.



Wien, 12. März 2018.

TTIP und CETA waren nur der Anfang: Rund 30 ähnliche Abkommen verhandelt die EU-Kommission derzeit im Auftrag der Mitgliedsländer. (1) Trotz des breiten Widerstands enthalten sie die immer gleiche Konzernagenda: Sonderklagerechte für Konzerne, die undemokratische Vorabstimmung von Gesetzesvorhaben („regulatorische Zusammenarbeit“), weitere Marktöffnung und die Unumkehrbarkeit von Deregulierungen.

Für die Zivilgesellschaft in Österreich ist es daher Zeit für den nächsten Schritt. Aus dem Bündnis „TTIP STOPPEN“ wird die Plattform „Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten“. Sie wird den Widerstand gegen die neoliberale Handelsagenda fortführen und Alternativen in den Vordergrund stellen.

„Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen TTIP oder CETA. Die derzeitige neoliberale Handelsagenda der EU trägt dazu bei, weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich zu vertiefen sowie die Klimaerwärmung und die Übernutzung der Natur zu verschärfen. Sie verschiebt die Entscheidungsmacht von demokratisch gewählten Parlamenten hin zu Konzernen und Kapitalinteressen. Daher ist ein grundlegender Kurswechsel in der EU-Handelspolitik nötig“, erklären die InitiatorInnen. (3)

**„Anders Handeln“ stellt
fünf Alternativen
ins Zentrum der neuen Kampagne:**

- Verbindliche Regeln für Unternehmen statt Konzernmacht vergrößern
Die EU-Institutionen wollen Sonderklagerechte für Konzerne in vielen Abkommen verankern und einen weltweiten Konzerngerichtshof einrichten. „Anders

Handeln“ will demokratische Handlungsspielräume schützen und erweitern, anstatt sie durch Sonderklagerechte zu untergraben. Um Menschen-, ArbeitnehmerInnen- und Umweltrechte weltweit durchzusetzen, benötigt es verbindliche Regeln für Konzerne. Ein entsprechendes Abkommen wird gerade auf UN-Ebene verhandelt. (2)

- Bildung, Gesundheit, Wasser sind öffentliche Güter statt Profitquellen für Konzerne

Die EU-Institutionen wollen Liberalisierungen und Privatisierungen der Daseinsvorsorge über Handelsabkommen unumkehrbar festschreiben - darunter Wasser, öffentlicher Verkehr oder Pflege. „Anders Handeln“ will öffentliche Güter vor privaten Profitinteressen schützen. Die Daseinsvorsorge und die öffentliche Auftragsvergabe haben in Handelsabkommen grundsätzlich nichts zu suchen.

- Höchste Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards statt maximalem Profit

Die EU-Institutionen wollen Abkommen abschließen, in denen Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Umweltstandards als „Handelshemmnis“ gelten. „Anders Handeln“ will hart erkämpfte Menschenrechte sowie Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards schützen und ausweiten - und zwar weltweit. Beschäftigte in unterschiedlichen Ländern dürfen nicht durch Lohn- und Sozialdumping gegeneinander ausgespielt werden.

- Gutes Essen für alle und Lebensgrundlagen sichern statt Klima und Umwelt zerstören

Die EU-Institutionen wollen Abkommen, welche die industrielle Landwirtschaft weltweit fördern und sinnvolle Maßnahmen zum Klimaschutz untergraben. „Anders Handeln“ will Lebensgrundlagen

schützen und bäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und eine demokratische Lebensmittelpolitik stärken. Wir brauchen global gerechte Lösungen gegen den Klimakollaps.

- Demokratie statt Geheimverhandlungen
Die EU-Kommission verhandelt Handelsabkommen weiterhin intransparent und geheim. „Anders Handeln“ will, dass Betroffene von Anfang an eingebunden sind und mitbestimmen können – insbesondere Gemeinden und Parlamente, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft. Geheimverhandlungen darf es nicht mehr geben, alle Verhandlungsdokumente müssen offengelegt werden. So wird sichergestellt, dass das Gemeinwohl im Zentrum steht statt Konzerninteressen.

**Was „Anders Handeln“
von Trump und Co. unterscheidet**

Diese Alternativen verdeutlichen, wie sich die Vision von „Anders Handeln“ von den „mein Land zuerst“ und „Exportweltmeister“-Ansagen von Rechtsparteien oder RegierungschefInnen wie Trump, Merkel und Co. unterscheiden. Statt dem Vorteil für die „eigenen“ Konzerne stellt die Plattform die Vision einer solidarischen und nachhaltigen Handels- und Investitionspolitik für alle Menschen ins Zentrum. Wie bisher arbeitet die Plattform dabei eng mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, mit Umwelt-, KonsumentInnen- und bäuerlichen Organisationen in allen Regionen der Welt zusammen.

<http://www.anders-handeln.at/aktiv-werden/>

(1) Für 2018 plant die EU-Kommission die Abkommen EU-Japan, EU-Mexiko und EU-Mercosur abzuschließen. EU-Singapur und EU-Vietnam will sie ratifizieren und sich für zukünftige Abkommen mit Austra-

lien, Neuseeland und für einen internationalen Konzerngerichtshof das Mandat durch die Mitgliedsländer erteilen lassen. Wie üblich soll all das möglichst im Geheimen und ohne Öffentlichkeit verhandelt werden.

Übersicht:

<http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/>

(2) Ein Grundgedanke für ein verbindliches UN-Abkommen für Konzerne ist, dass Konzerne in dem Land, wo sie ihren Hauptsitz haben, für Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zur Rechenschaft gezogen werden können. Dabei muss sichergestellt werden, dass Menschenrechte in Konfliktfällen über Handels- und Investitionsabkommen gestellt werden. Dieser Vorschlag wird von rund 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 95 Ländern unterstützt. Ein erster Vertragsentwurf ist für 2018 anvisiert - Österreich brachte sich bislang dazu nicht selbst ein, sondern lässt die EU-Vertretung verhandeln. Im Gegensatz zum UN-Vorschlag will die EU mit dem globalen Konzerngerichtshof eine Einbahnstraße für die Durchsetzung von Konzerninteressen und untergräbt damit die UN-Verhandlungen.

(3) UnterstützerInnen:

- Allianz gerechter Handel
- Plattform Anders Handeln Salzburg
- Aktionsbündnis Graz - aufstehn
- AUGE/UG - DKA – Dreikönigsaktion
- FIAN - Gewerkschaftlicher Linksblock
- GPA-djp - Grüne BäuerInnen
- Grüne Bildungswerkstatt NÖ
- Grüne Bildungswerkstatt
- Grüne Wirtschaft
- Internationaler Versöhnungsbund
- Jahoda Bauer Institut
- Junge Generation der SPÖ
- Junge Grüne/Plus - Klimabündnis
- Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich
- Katholische Frauenbewegung Österreich
- Künstlerhaus - Mehr Demokratie
- NeSoVe
- Österreichische HochschülerInnenschaft
- Renner Institut - Sektion Acht
- SOL - Menschen für Solidarität Ökologie Lebensstil
- Sozialdemokratische BäuerInnen
- Sozialdem. Wirtschaftsverband Wien
- Sozialistische Jugend
- Städtebund - Stv BaGru Soziologie
- System change, not climate change
- Transform - Volkshilfe
- VÖWG - VSSTÖ
- Welthaus Wien

Attac Österreich Europäischer Gerichtshof: Konzernklagerechte innerhalb der EU unvereinbar mit EU-Recht

06.03.2018,

Ein heutiges [Urteil](#) des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) könnte den Anfang vom Ende der rund 200 Investitionsabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten bedeuten, welche Sonderklagerechte für Konzerne (ISDS) beinhalten. Nach der Entscheidung des EuGH sind Sonderklagerechte innerhalb der EU unvereinbar mit EU-Recht.

Konzernklagerechte endgültig begraben

Attac fordert alle EU-Länder auf, nicht nur die EU-internen Investitionsverträge, die ISDS enthalten, zu kündigen. Die Regierungen sollen sich endlich grundsätzlich von diesen Sonderklagerechten für Konzerne verabschieden. Sie sollen daher der EU-Kommission alle entsprechenden Verhandlungsmandate für Abkommen mit Drittstaaten entziehen – darunter etwa EU-Japan oder EU-Mexiko. Attac fordert zudem das österreichische Parlament auf, das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada nicht zu ratifizieren. (...)

Mehr: [attac Österreich](#)

Positionspapier des Netzwerks Gerechter Welthandel

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel**



Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss der folgenden Bündnisse entstanden: Zivilgesellschaftliches Bündnis TTIPunfairHandelbar und Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen „CETA & TTIP STOPPEN! – Für einen gerechten Welthandel!“ <https://www.gerechter-welthandel.org>

In den vergangenen Jahren hat sich eine breite Bewegung gegen neoliberale Handelspolitik entwickelt. Sie hat die Politik in Deutschland und Europa nachhaltig verändert. **Millionen Menschen haben mit ihrer Unterschrift gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA protestiert, Hunderttausende haben sich an den Demonstrationen gegen TTIP und CETA beteiligt.**

Mit unserem Widerstand haben wir deutlich gemacht, dass Handelsabkommen nicht mehr unter Ausschluss der Bürgerinnen und Bürger verhandelt werden können und Demokratie nicht zur Disposition der Handelspolitik steht.

Wir haben erreicht, dass eine Globalisierung, die internationalen Konzernen unter anderem durch eine Investitionsschutz-Sondergerichtsbarkeit immer mehr Rechte gibt, ebenso wenig akzeptiert wird wie die Bekämpfung sozialer und ökologischer Standards als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“.

Gleichzeitig stellen wir der aktuellen Handelspolitik unsere Alternativen für einen internationalen Handel im Interesse

der Menschen entgegen.

TTIP ist – nicht zuletzt durch unseren Widerstand – einstweilen gestoppt. Auch wenn das Abkommen aktuell auf Eis gelegt worden ist, können die Verhandlungen jederzeit wieder aufgenommen werden. Es gilt deshalb, wachsam zu sein. **CETA** hat zwar die Hürde des Europaparlaments geschafft, braucht aber nun die Ratifizierung in allen EU-Mitgliedstaaten. **Wir lehnen den CETA-Vertragsentwurf weiterhin ab und arbeiten dafür, dass CETA in seiner jetzigen Form die Zustimmung in Bundestag und Bundesrat nicht erhält.** Einige kosmetische Veränderungen machen aus einem neoliberalen Freihandelsprojekt noch kein Zukunftsprojekt gerechten Handels. CETA enthält weiterhin eine Paralleljustiz für internationale Konzerne, Verfahren zur Angleichung von Standards im Interesse des Handels und eine umfassende Dienstleistungsliberalisierung, insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der Kultur.

Auch die Gefahren des geplanten Dienstleistungsabkommens **TiSA** werden im-

mer offensichtlicher und das Abkommen wird immer mehr in Frage gestellt. Deshalb gilt auch heute: Wir wollen TTIP, CETA und TiSA stoppen!

In den nächsten Jahren sollen durch die EU mehr als 20 Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verhandelt beziehungsweise beschlossen werden. EU-Kommission und Bundesregierung setzen auf eine Ausweitung der bisherigen Handelspolitik und nutzen die Politik der Trump-Administration als zusätzliche Begründung dafür.

Wir halten jedoch die Alternative Freihandel oder Protektionismus für eine falsche, von den wirklichen Problemen ablenkende Frontstellung. Was wir brauchen, ist nicht mehr von der alten Handelspolitik, sondern eine neue Handelspolitik, die soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung setzt.

Die bisherigen Handelsabkommen gehen in die falsche Richtung:

- Der „Wert“ des „Freihandels“ wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt.

– Sonderklagerechte für Investoren gefährden demokratische Handlungsfreiheiten.

- Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen, Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote werden unter Druck gesetzt.

Die bisherige Handelspolitik zieht die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärkt transnationale Konzerne und schwächt kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. Sie setzt die Länder des Globalen Südens unter Druck, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen. Neoliberale Globalisierungspolitik hat in der Vergangenheit zu wachsender Ungleichheit geführt. Sie ist das Gift und nicht die Medizin.

Das „Netzwerk Gerechter Welthandel“ versteht sich als Teil einer internationalen Bewegung: In vielen Staaten setzen sich Menschen gegen neoliberale Handelsabkommen ein, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben.

Wir treten gemeinsam ein für eine solidarische Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist. Wir wenden uns deshalb gegen jede Form von Rassismus, Rechtspopulismus und nationalen Ressentiments. Das Netzwerk versteht sich als ein Ort, an dem darüber diskutiert wird, wie ein gerechter Welthandel erreicht werden kann.

Wir treten für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,

- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.

Dies gilt sowohl für Abkommen zwischen Industriestaaten als auch für Abkommen der EU mit Ländern des Globalen Südens, wie zum Beispiel die „Ökonomischen Partnerschaftsabkommen“ mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (EPAs), die eine erfolgreiche und solidarische Entwicklungszusammenarbeit zu untergraben drohen. Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnisse zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarktakteuren begrenzen und ihnen keine Sonderklagerechte einräumen;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen;
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern;
- Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen statt immer mehr Ausbeutung zu ermöglichen;
- internationale Solidarität und Kooperation fördern statt immer mehr Wettbe-

- werbsdruck zu erzeugen;
- eine Regulierung des Finanzsektors und den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte ermöglichen statt noch mehr De-regulierung zu fördern.

Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um diese neue Handelspolitik zu beteiligen!

Machen wir deutlich, dass die Handels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind.

Unser Ziel ist eine echte Partnerschaft zwischen den Staaten des Globalen Nordens und den Staaten des Globalen Südens, sowie der Einsatz für eine sozial-ökologische Gestaltung der Wirtschaft, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen.



"WTO Out! Building Sovereignty!"
Aktionswoche während der WTO-Konferenz (Dez. 2017) . – [Abschlussklärung](#).

Alternatives Handelsmandat
(von rund 50 Organisationen, u.a. Attac AT,DE,FR 2014 unterschrieben)
SiG-Sondernummer

Sommer- und Aktionsakademien



Attac Österreich
- [Mehr](#)



Attac Frankreich u.v.m.
<https://ue2018.org/>



Auf gute Aktionen können wir bauen!

Der Demofuchs rät: Auf gute Aktionen können Sie bauen!
Darum: Vom **9. bis 13. Mai 2018** nach **Schwäbisch-Hall**, denn dann findet dort die **Aktionsakademie 2018** von Attac DE statt. <http://www.attac.de/aktionsakademie/start/>

Attac Deutschland – Sommerakademie
31. 7.2018 – 4.8.2018

1918 - 1968 - 2018: Zeiten für Veränderung
- Wo bleibt die Revolution? [mehr](#)

Frieden geht!

Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte - für eine friedliche Welt

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der **drittgrößte Rüstungsexporteur von Kleinwaffen** (Pistolen und Gewehre) und **fünftgrößter Rüstungsexporteur von Großwaffensystemen** (Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer).

Deutsche Waffen werden an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten exportiert. Mit ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen verübt, Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet. Zivilist*innen – insbesondere Frauen und Kinder – sind die Hauptleidtragenden. (...)

<http://www.frieden-geht.de>



Zeitung gegen den Krieg

in einer Zeit, in der die britische Regierung den Mordanschlag auf einen Doppelagenten, bei dem die Täterschaft absolut offen ist, für Kriegshetze instrumentalisiert

in einer Zeit, in der sich GroKo IV sich ausdrücklich zur deutschen und EU-Hochrüstung bekennt

in einer Zeit, in der die Bundeswehr und andere NATO-Kampfeinheiten an die russische Grenze verlegt werden und die Einkreisungspolitik der Nato gegenüber Russland fortgesetzt wird

in einer Zeit, in der der russische Präsident Putin als Reaktion auf die Nato-Hochrüstung seinerseits Hochrüstungsprojekte ankündigt, was jede Bewegung für Frieden kritisieren muss

in einer Zeit, in der der NATO-Bündnispartner Türkei mit dem autoritären Erdogan-Regime Krieg gegen die eigene kurdische Bevölkerung und Krieg gegenüber den Kurden in Syrien führt

in einer Zeit, in der sich die Krisentendenzen verschärfen, in der zwischen den USA, EU und China ein Handelskrieg droht, was geschichtlich allzu oft in neuen großen Kriegen – in der Fortsetzung der Weltmarkt Konkurrenz mit militärischen Mitteln – mündete

... berichtet die neue Zeitung gegen den Krieg - [Online](https://www.zeitung-gegen-den-krieg.de)
Bestellung hier: <https://www.zeitung-gegen-den-krieg.de/>

Ostermärsche (Ostern: 1. und 2. April)

Gegenaktionen zum „Tag der Bundeswehr“ am 9. Juni 2018, der an insgesamt **16 Standorten** stattfindet.

Aktionen **Stopp Air Base Ramstein** (25.6. - 1.7.)

Gegenaktionen zum NATO-Gipfel in Brüssel am 11. und 12.7.2018, Infos unter www.no-to-nato.org

Kampagne **„Atomwaffenfrei.jetzt“** mit 20-wöchiger Aktionspräsenz in **Büchel** vom 26. März bis 9. August

Junge Normale 2018 in Österreich Verstehen, um zu handeln



(März-Mai 2018).

Ziel von „Normale“: die Bewusstseinsbildung bei Heranwachsenden und Erwachsenen über gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge durch das **Medium Film**.

www.normale.at

„PIIGS“ – oder wie ich lernte, mich um Austerität zu sorgen und sie zu bekämpfen. Dokumentarfilm von Mirko Melchiorre, Adriano Cutraro, Federico Greco, 55 Min, ital./engl. OF deutsch Untertitelt von normale.at

In «PIIGS» werden die gängige europäische Haushaltspolitik und weit verbreitete Dogmen der Europäischen Union wie Austerität – die so genannten „Sparpakete“, Staatsverschuldung, Defizit und Inflation in Frage gestellt.

Kaum bekannte Fakten u.a. über den Ursprung der die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Lissabon-Strategie werden gut verständlich vermittelt.

Die Austeritätspolitik teilt Europa in Gewinner und Verlierer

und schafft großes Leid – besonders in den so genannten Krisenstaaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien. Ihre Auswirkungen werden beispielhaft an der Kooperative „Il Pungiglione“ bei Rom veranschaulicht, die Menschen mit Behinderungen unterstützt.

Anschließende Filmgespräche mit **Jörg Knall (Attac Österreich)** in Dornbirn sowie interaktive, medienpädagogische Aufbereitung. Spielboden Dornbirn, **Mi, 9.5.2018, 9:00-11:30 Uhr**

„Death by Design“, Dokumentarfilm von Sue Williams 57 Min, engl. OF deutsch Untertitelt von normale.at, USA 2016
Bei der Produktion und Entsorgung von PCs, Laptops, Smartphones und Tablets erforscht die Filmemacherin Sue Williams die schmutzigen Geheimnisse der Elektronikindustrie und deckt deren zerstörerische Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft auf.

Im Silicon Valley (USA) lassen IBM, HP, Intel, Microsoft und Apple Zulieferbetriebe wie Foxconn in China produzieren, vergiften Grundwasser, devastieren Gemeinden und zerstören Leben. Doch es werden auch Firmen und Initiativen vorgestellt, die mit Recycling, Demontage und Reparatur elektronischer Geräte gute Beispiele der Kreislaufwirtschaft sind.

Spielboden Dornbirn, **Di, 8.5.2018, 9:00-11:30 Uhr**
Anschließendes Filmgespräch mit **Konrad Rehling (Südwind – Make ICT Fair!)** und interaktive, medienpädagogische Aufbereitung mit Barbara Waschmann (normale.at)